

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich, 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interfions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interfions für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf.

Man hat die Düsseldorfener Ersatzwahl als eine Probe für die allgemeinen Neuwahlen zum Reichstage im Januar 1912 bezeichnet und mit gutem Recht. Gibt es doch wohl kaum einen zweiten Wahlkreis, der in Hinsicht seiner sozialen Struktur ein solch vielgestaltetes Gebilde böte wie der Wahlkreis Düsseldorf. Den Hauptbestandteil bildet die große Masse der Industriearbeiter — vorherrschend ist die Eisenindustrie in allen ihren Formen — doch zeigt der Wahlkreis weiter eine sehr zahlreiche Schicht des sogenannten neuen Mittelstandes, industrielle Angestellte, Reisende, Privatbeamte, auch die Angehörigen der „freien Berufe“, wie Ärzte, Rechtsanwälte usw. seien hinzugerechnet. Daneben ist das Kleinbürgertum in Handel und Gewerbe noch zahlreich vertreten. In dem ausgedehnten ländlichen Teil des Wahlkreises halten sich das Kleinbauerntum und der Mittelbesitz so ziemlich die Wage mit dem Großgrundbesitz. Weiter stellen die Beamten im Staats- und Kommunaldienst ein großes Kontingent der Wähler. Wenn also die deutsche Reichspolitik der letzten Jahre in ihrer Wirkung auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung irgendwo zum Ausdruck kommen mußte, so war es hier bei der so vielgestaltigen Bevölkerung des Wahlkreises Düsseldorf. Das Resultat der Wahl ist eine ausgesprochene Absage an die feudal-kapitalistische Gesetzgebung der herrschenden Klassen. So der Gesamteindruck dieser Ersatzwahl. Insofern ist die „Probewahl“ geradezu glänzend ausgefallen.

Manche klugen Politiker mögen geglaubt haben, daß durch das Ausschneiden der Nationalliberalen aus dem Düsseldorfener Wahlkampf nur die Politik des sogenannten schwarzblauen Blockes, d. h. in der Hauptfrage die Steuermacherei der letzten Jahre das Kampfbild der Wahlagitator sein würden. Diese Leute haben eben übersehen, daß die Politik des sogenannten schwarzblauen Blockes nichts anderes ist, als die Politik der herrschenden Klassen in Deutschland, die Politik jener feudalkapitalistischen Kreise, die gegenwärtig die politische Macht haben und diese so rücksichtslos zur Erhaltung ihrer herrschenden Stellung gebrauchen. Im Düsseldorfener Wahlkampf ist denn auch kein Gebiet der politischen Vorgänge unerörtert geblieben, das Beiseitegehen der Nationalliberalen wurde umso weniger gespürt, als das Zentrum sich völlig in die Rolle der unbedingten Regierungstruppe eingelebt und in seiner Wahlagitator die „nationale“, „patriotische“ Zuverlässigkeit des Zentrums immer und immer wieder betont hat. Willkommenen Anlaß dazu bot den Zentrumsmachern der Marokkorummel, der die Deffentlichkeit ja gerade während der Zeit des Düsseldorfener Wahlkampfes beherrschte. Die Zentrumspresse überfüllte sich fast in der „patriotischen“ Stimmungsmacherei für ein Deutsch-Marokko, und als die Sozialdemokratie ihre Protestbewegung gegen die Kriegsbefehle durchführte, da war es gerade wieder die Zentrumspresse, die mit wildem Gebelzer über die roten Vaterlandsfeinde, die Hochverräter herfiel und in chauvinistisch übergeschnapptem Marokkotumel selbst die Presse der rheinisch-westfälischen Panzerplattenfabrikanten fast überbot.

In der Tat glaubten die Zentrumsdiplomaten gerade im Düsseldorfener Wahlkampf mit dieser ihrer brünstigen „Vaterlandsliebe“ besonders gute Geschäfte zu machen. Das war bei der oben gezeichneten Struktur des Wahlkreises auch durchaus keine falsche Kalkulation. Die hier stark vertretenen großindustriellen und kommerziellen Kreise — diesen Schichten zuzurechnen war ja auch der Kandidat des Zentrums ausgesucht — mit ihnen vielfachen auswärtigen Beziehungen und ihrem stark imperialistischen Drang mußten gerade für die Betonung der unbedingten Zuverlässigkeit in der Frage der Weltpolitik einen günstigen Resonanzboden abgeben und geben ihn auch ab. Wie sehr diese Kreise an der Düsseldorfener Ersatzwahl interessiert waren, zeigt auch der wuschmaubende Artikel, mit dem die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ den Ausfall der Wahl bespricht. Aber die Zentrumsdiplomaten hatten bei ihrer Kalkulation andere Posten falsch eingelegt: die Industriearbeiter und die Kleinbauern und -Bürger. Besonders bei den Industriearbeitern hat das Zentrum eine schwere Enttäuschung erlebt. Diese ließen sich durch das Geschrei über die Interessen der deutschen Arbeiter an einer „kräftvollen Auslandspolitik“ nicht beirren, sie ertelten dem Imperialismus eine deutliche Abgabe.

Die Abgabe war in diesem Falle umso empfindlicher, als sie von katholischen Arbeitern erfolgte, die das Zentrum noch immer mit religiösen Einflüssen zu allen möglichen politischen Geschäften mißbrauchen zu können glaubte. Die Düsseldorfener Wahl hat gezeigt, daß auch die Macht des Klerus über die katholischen Arbeiter eine Grenze hat. Und nicht bloß bei den Arbeitern, auch in den Kreisen des Kleinbürgertums und der Kleinbauern ist die Unzufriedenheit über die neuzeltliche feudal-kapitalistische Zentrumsentwicklung und Zentrumspolitik so groß geworden, daß selbst hier das religiöse Band nicht mehr stark genug ist, die Scharen zu halten. Die Sozialdemokratie hat bei der Wahl am 19. September gerade in rein ländlichen und sozialkatholischen Gemeinden im Landkreis Düsseldorf gute, zum Teil überraschende Fortschritte gemacht, während das Zentrum in manchen dieser Orte empfindliche

Stimmenverluste aufwies, an anderen Orten aber seine Wähler nicht an die Urne zu bringen vermochte. Einige Zahlen mögen das beweisen. In der Bürgermeisterei Kaiserwerth-Land stieg in den einzelnen Gemeinden die Stimmenzahl der Sozialdemokratie am 19. September 1911 gegen die Wahl 1907: in Vockum von 1 auf 5, in Calcum-Zeppenheim von 8 auf 19, in Wittlaer-Einbrungen von 1 auf 6. In denselben Gemeinden gingen die Zentrumsstimmen zurück: in Vockum von 91 auf 83, in Calcum-Zeppenheim von 154 auf 140, in Wittlaer-Einbrungen von 86 auf 74. In Mündelheim, einer Gemeinde der Bürgermeisterei Angermund, stieg unsere Stimmenzahl von 24 auf 49, die Zentrumsstimmen sanken von 285 auf 271. In der Gesamtbürgermeisterei Angermund, die als eine der festesten Hochburgen des Zentrums gilt, hat die Sozialdemokratie gegen 1907 um 265 Stimmen zugenommen, das Zentrum nur 50.

Die Zentrumspresse versucht ja mit viel Geschrei über diese für die „Volkspartei“ so unangenehmen Tatsachen hinwegzutäuschen; soweit die auswärtige Zentrumspresse in Betracht kommt, mag diese es nicht besser wissen, denn das örtliche Zentrumsbüro in Düsseldorf schweigt sich über diese Dinge aus. Dafür bemüht sich die Zentrumspresse um so mehr, den Zuwachs der Sozialdemokratie auf das Konto der Liberalen zu setzen.

Die Zentrumspresse trifft in ihrem Bestreben, die sozialdemokratische Stimmenzunahme als liberale Hilfe hinzustellen mit den linksliberalen Blättern zusammen. Bei den Linksliberalen ist dieses Bemühen nur zu verständlich. Für sie handelt es sich bei der Düsseldorfener Ersatzwahl auch um eine Probewahl, zwar in anderem Sinne als den eingangs von uns dargelegtem. Für die Linksliberalen, die Fortschrittler, ist der Kampf gegen den schwarz-blauen Block eine Lebensfrage. Als Partei ist der „Fortschritt“ nur möglich als Opposition gegen die Reaktion, und vollends Mandate sind für ihn in größerer Zahl nur zu erringen mit Hilfe der Sozialdemokratie. Daher war die Wahlparole der Fortschrittler im Wahlkreise Düsseldorf: „Gegen das Zentrum, für die Sozialdemokratie“ sehr verständlich. Und ebenso verständlich ist es auch, wenn jetzt die fortschrittlichen Führer versuchen, den Ausfall der Düsseldorfener Wahl die Niederlage des Zentrums auf das Ermannens und die Hilfe des liberalen Bürgertums zurückzuführen. Bezeichnend für dieses Bestreben ist ein Artikel, den der Reichstagsabgeordnete Potthoff für das „Berliner Tageblatt“ geschrieben unter dem vielversprechenden Titel: „Blammenzeichen“. („Berliner Tageblatt“ Nr. 490 vom 26. September.) Herr Potthoff schreibt da:

„Und diese Niederlage hat das liberale, fortschrittliche Bürgertum ihm (dem Zentrum) beigebracht. Die Sünden des schwarz-blauen Blockes wirken doch nachhaltiger, als man annahm. Das Bürgertum ist doch nicht so lau und schlapp, wie man getraut hat. Es hat in Düsseldorf in einer Weise demonstriert, die dem Freunde Respekt und dem Gegner Grauen einflößen muß.“

Wir wollen dem Abgeordneten Potthoff gern glauben, daß sich nach seiner Meinung und auch nach seinem Wunsch die Sache so verhält. Wir wollen ihm auch weiter attestieren, daß er persönlich mit aller Verbe für die Durchführung der fortschrittlichen Wahlparole eingetreten ist; aber von einer „Demonstration des liberalen, fortschrittlichen Bürgertums“ bei der Wahl am 19. September in Düsseldorf kann keine Rede sein.

Das zeigt ein Blick auf die Wahlergebnisse der einzelnen Bezirke. Zwar ist hier ein Vergleich mit der Wahl von 1907 außerordentlich schwierig, da eine ganz neue Wahlbezirkseinteilung vorlag. Immerhin gibt es einzelne Bezirke, die die alten Grenzen so ziemlich behalten haben. Greifen wir einige heraus: der Stadtbezirk 7 ist so ziemlich derselbe, wie der Bezirk 9 von 1907, dabei nach seiner Wählerkraft der interessanteste des ganzen Wahlkreises. Neben einem starken Kontingent der geringst entlohnten Arbeiter, Gelegenheitsarbeiter usw., die in entsprechenden Mietshöhlen hausen, liegen in demselben Wahlbezirk die Paläste Großindustrieller, hoher Beamten und reicher Privatiers. Außerdem ein ziemlicher Bestandteil alteingesessener Kleinbürger, Krämer und Handwerksmeister. In diesem Wahlbezirk erhielten 1907 Stimmen: die Sozialdemokratie 131, das Zentrum 163, die Nationalliberalen 121. Am 19. September dieses Jahres erhielten: Sozialdemokratie 177, Zentrum 150, der Demokrat 17 und der nationale Kandidat Herkenrath 13 Stimmen. Also Zunahme der Sozialdemokraten um 46, Abnahme des Zentrums um 13 Stimmen, das liberale Bürgertum blieb zu Hause, mehr als 200 Wähler in diesem Bezirk stimmten nicht mit. Ein anderer Bezirk mit stark liberalem Einschlag ist der 25. Im Jahre 1907 war dies der 17. Damals erhielten hier Stimmen: Sozialdemokratie 155, Zentrum 235, Nationalliberale 220. Am 19. September erhielten Sozialdemokratie 182, Zentrum 232, der Demokrat 43 und der nationale Herkenrath 46 Stimmen. Also dasselbe Bild: natürliche Zunahme der Sozialdemokratie, eine Abnahme des Zentrums, das „liberale Bürgertum“ streifte, 248 Wähler blieben der Urne fern. So könnten wir aus allen Bezirken, in denen 1907 das „liberale Bürgertum“ aufgepeitscht durch den Sottentotentummeil, in Massen an die Wahlurne getrieben wurde, nachweisen, daß es am 19. September durchaus nicht „demonstriert“ hat, sondern zu Hause geblieben ist. Sank doch in einigen dieser Bezirke die Wahlbeteiligung bis weit unter 50 Proz. Dagegen wurde in den ausgesprochenen Arbeiterquartieren bedeutend stärker gewählt. In den industriellen Stadtbezirken und Vororten mit weit überwiegen-

der Arbeiterbevölkerung, wo 1907 nur sehr wenige liberale Stimmen abgegeben wurden, stieg am 19. September die Stimmenzahl der Sozialdemokratie ganz gewaltig. In Oberbilk, Hlingern, Derendorf Steigerungen bis zu 50, 60 Proz., in Eller, Rath, Verresheim usw. ebenso, in Eller sogar genau Verdoppelung der sozialdemokratischen Stimmen gegen 1907. Also bei der Hauptwahl am 19. September hat das „liberale Bürgertum“ wirklich nicht demonstriert gegen den schwarz-blauen Block, die Sozialdemokratie hat ihren gewaltigen Stimmenzuwachs ihrer eigenen Werbearbeit zu verdanken. Bei der Stichwahl am 29. September, das mag hier hervorzuheben werden, sind in den liberalen Bezirken der Stadt unsere Stimmenzahlen durch das Eintreten vieler liberalen Wähler enorm gestiegen, aber durchaus nicht mehr, als auch das Zentrum in denselben Bezirken der Stichwahl zugenommen hat. In der Stadt haben sich bei der Stichwahl die liberalen Wähler, soweit sie zur Wahl gegangen sind, ziemlich gleichmäßig auf Zentrum und Sozialdemokratie verteilt. In dem schon erwähnten 25. Bezirk z. B. erhielten wir bei der Stichwahl 109 Stimmen mehr, das Zentrum 122. Das gleiche Verhältnis herrschte in fast allen liberalen Stadtbezirken. Im Landkreis sind die liberalen Stimmen in der Stichwahl ausschließlich dem Zentrum zugefallen, die Sozialdemokratie hatte hier nur in den Orten mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung erhebliche Zunahme an Stimmen in der Stichwahl zu verzeichnen, wie das auch in den Arbeiterbezirken der Stadt der Fall war.

Das Zentrum im Wahlkreise Düsseldorf ist also durchaus nicht durch das liberale Bürgertum in den Sand gestreut worden, sondern durch das Erstarken der Sozialdemokratie, durch die Ausbreitung des Sozialismus in die breiten Massen des Volkes. Darauf war auch die Agitation unserer Genossen im Düsseldorfener Wahlkampf gerichtet. Keinen Augenblick ist unsere Agitation von dem Wege des prinzipiellen Sozialismus abgewichen. In einer Reihe von Flugblättern wurde unsere Stellung zu den verschiedensten Fragen dargelegt. Unsere Stellung zur Religion, zur Wirtschaftspolitik, zur Sozialpolitik, zum Militarismus und zur Weltpolitik, und als letztes Flugblatt vor der Hauptwahl, das den Wählern im Kuvert zugestellt wurde, eine Darlegung und Erläuterung unseres Parteiprogramms. An sechs Sonntagen vor der Wahl wurden unsere Flugblätter im ganzen Wahlkreis von Haus zu Haus verbreitet, drei Wochen lang vor der Hauptwahl und bis zur Stichwahl wurde unser Parteiorgan, die „Volkszeitung“, in einer Auflage von 50 000 Exemplaren den Wählern ins Haus gebracht.

Diese intensive Agitationsarbeit hat Früchte getragen. Besonders unsere Aufklärungen über die Wirtschaftspolitik, über die Zoll- und Steuerpolitik haben bei den Wählern gewirkt. Vornehmlich auf dem Lande, auch bei den kleinen Bauern, wo eine gründliche Erörterung gerade dieser Fragen auf großes Interesse stieß. Das Zentrum hat ja versucht, den Wahlkampf nach altgewohnter Weise zu führen mit den schmutzigsten Mitteln, mit Verleumdungen und Beschimpfungen der Sozialdemokratie und einzelner ihrer Führer. Mit einem schier unerhöflichen Ritzenack aus allen möglichen sozialistischen Schriften und aus Reden von Sozialdemokraten hat das Zentrum in Düsseldorf Tag für Tag operiert, aber es hat alles nichts geholt. Ebenjowenig die außerordentlich starke Verwendung von Zentrumstaplänen in der Wahlagitator und das Hineintragen der religiösen Kette in den Wahlkampf. Die Sozialdemokratie marschiert trotz alledem! Sie hat Düsseldorf erobert, und unsere Genossen werden alles daransetzen, die gewonnenen Feste auch in den Stürmen der kommenden Wahlen zu halten!

## Der Krieg.

Auch heute liegen keine sicheren Nachrichten von größerer Bedeutung vor. Es ist nicht einmal sicher, ob das Bombardement von Tripolis, dessen Beginn für Dienstagnachmittag angeündigt war, wirklich stattgefunden hat.

Von den Vermittlungsaktionen der Mächte ist es still geworden. Offenbar will die italienische Regierung zuerst im Besitz von Tripolis sein, bevor sie sich in Unterhandlungen einläßt. Auf der anderen Seite könnte die türkische Regierung, selbst wenn sie wollte, nicht kampfslos die italienische Demütigung auf sich nehmen, ohne den schärfsten Widerstand des Volkes herbeizurufen. Uebrigens gibt es eine definitive türkische Regierung im Augenblick überhaupt nicht. Zwar hat der greise Said Pascha das Großwesirat übernommen, aber bisher hat er noch kein Ministerium zu bilden vermocht, und die alten Minister führen provisorisch ihr Amt weiter. Zeigt aber auch die schwere Lösbarkeit der Ministerkrise von der Versahrenheit und der Verwirrung in den obersten Kreisen, so darf dieser Umstand doch wieder nicht überschätzt werden. Denn die eigentliche Leitung liegt jetzt noch weniger als früher beim Ministerium in Konstantinopel, sondern beim jung-türkischen Zentralkomitee in Saloniki. Und dort scheint man zum äußersten Widerstand — vorläufig wenigstens — entschlossen.

Die österreichische Regierung hat inzwischen in Rom mit größtem Nachdruck zu verstehen gegeben, daß sie einem weiteren Vorgehen an der albanischen Küste nicht ruhig zusehen würde. Die italienischen Entschuldigungen und Beteuerungen könnten vermuten lassen, daß dieses Ein-



schrecken genutzt hat. Aber die Gerüchte von italienischen Landungen an der albanischen Küste wollen merkwürdigerweise immer noch nicht verstummen und so wird man wohl nähere Nachrichten und vor allem solche aus nicht-italienischer Quelle abwarten müssen.

Wie frivolo übrigens das italienische Vorgehen gegen Albanien war, kann man erst dann richtig beurteilen, wenn man weiß, daß die Türkei gar nicht die Absicht hatte, im adriatischen Meer gegen Italien aggressiv vorzugehen und diese Absicht der italienischen Regierung entgegen ihren feierlichen Versicherungen bekannt sein mußte.

### Die Kriegslage

Die militärische Situation im italienisch-türkischen Konflikt ist genau so verworren wie es die durch den italienischen Raubzug heraufbeschworene politische Lage ist. Vorläufig stehen noch viele Fragen offen, die wichtigste in militärischer Hinsicht ist wohl die: hat die italienische Regierung nur mit einem Kaperstreiche gegen Tripolis gerechnet, oder läßt sie es außerdem noch darauf ankommen, die Söhne ihres Landes auch auf einem oder mehreren europäischen Kriegsschauplätzen zur Schlachtbühne zu führen? Die angebliche Landung italienischer Truppen bei Prevesa scheint auf die Absicht, den Krieg auch auf den Balkan zu übertragen, hinzudeuten. Von verschiedenen Seiten wird sogar angenommen, daß Italien mit Griechenland gemeinsame Sache machen und der Türkei von Thessalien aus zu Leibe gehen werde. Es erhebt sich, heute auf alle Kombinationen, die nach dieser Richtung hin angestellt werden, einzugehen. Soviel steht jedenfalls fest, daß die türkischen Streitkräfte einen Kampf mit den Italienern zu Lande nicht zu scheuen brauchen. Dem italienischen Volke wird sicher dabei zur Erkenntnis kommen, daß das in die militärische Zwangsjade geprekte System der allgemeinen Wehrpflicht das Heer zu einem Werkzeuge kapitalistischer Deutepolitiker und ehrgeiziger Offiziere und Generale macht, und daß nur ein auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebautes wirkliches Volkshochverbreiterische Freiwehrgesetz, wie das tripolitaniische Abenteuer einer ist, unmöglich macht. Vorläufig wird das italienische Volk für diese Erkenntnis sehr schweres Lehrgeld zu zahlen haben.

Sehen wir zunächst von allen Komplikationen auf einem europäischen Kriegsschauplatz ab und betrachten wir die tripolitaniische Expedition Italiens für sich allein, so ergibt sich, daß, wenn die Großmächte nicht rechtzeitig Italien in die Arme fallen, dem italienischen Volk ein koloniales Abenteuer bevorsteht, bei dem ihm sehr leicht der Stiefel ausgehen kann. Die Ueberlegenheit der italienischen Flotte wird zwar sehr leicht zu einer Einnahme der Stadt Tripolis führen, und auch die Befestigung der Küste wird auf keine größeren Schwierigkeiten stoßen, aber damit sind die Italiener noch lange nicht Herren des Landes. Die regulären türkischen Truppen in Stärke einer Division sind ihrer Zahl nach — es werden kaum 15 000 Mann sein — allein einem starken Landungsheer der Italiener kaum gewachsen, außerdem sind sie in ihrer ganzen Stärke nicht konzentriert, da ein Teil in die Wälder im Innern verstreut ist. Wenn die Nachrichten sich aber bestätigen, nach denen die türkischen Truppen Tripolis verlassen haben, um sich in das Innere zurückzuziehen, so geht das Bestreben der Türken offenbar darauf hinaus, die Italiener zu einer Verfolgung zu veranlassen und ihnen mit Hilfe irregulärer Aufgebote der Eingeborenen einen Kleinrieg aufzuzwingen, bei dem die Vorteile durchaus nicht auf Seiten der Italiener sein werden.

Die Türken waren, besonders unter dem alten System, bei den Arabern und Berbern Tripolitaniens nicht sonderlich beliebt, als Mohammedaner werden sie aber dem türkischen Glaubensgenossen sicher im Kampfe gegen den Ungläubigen beistehen. Seit ungefähr einem Jahrzehnt haben die Türken eine wenn auch nur summarische Ausbildung der Eingeborenen betrieben, sie haben Militärformationen für Infanterie und Kavallerie geschaffen, haben Söhne angesehener Familien auf einer Art Kriegsschule unterrichten lassen, ferner sollen sie auch Waffendepots zur Ausrüstung der Eingeborenen mit Schindler- und Mäusergewehren angelegt haben. Im Süden des Landes können sie aber auf die Unterstützung der kriegerischen Beduinen- und Berberstämme rechnen, die den italienischen Kolonnen schwer zu schaffen machen werden. Wie es heißt, ist der Militärattaché der türkischen Botschaft in Berlin, Major Ender Bey, der für einen sehr tüchtigen und energischen Offizier gilt, nach Tripolis unterwegs, um den Zustand der Eingeborenen gegen die Italiener zu organisieren.

Das italienische Expeditionskorps soll zunächst 35 000 Mann stark sein. Diese Zahl reicht bei weitem nicht aus, wenn es sich um einen Vorstoß ins Innere des Landes handelt. Von Tripolis bis nach Nurful, dem Hauptort im Doseengebiet von Fessan, sind ungefähr 30 Tagesmärsche zurückzulegen. Der Marsch geht von Dose zu Dose durch unwirtliches, wasserarmes Steppen- und Wüstenland. Um den Weg jeder Dose wird gekämpft werden müssen, eine Kette von Stoppstationen muß angelegt werden, um die Verbindung mit der Küste aufrecht zu erhalten. Die Verpflegung der italienischen Truppen kann nur vom Mutterlande aus erfolgen, sie wird bis zur Küste keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten, wird aber im Innern von Tripolis eine so starke Truppenmacht zur Bewachung

der Zukunft abfordern, daß das Expeditionskorps bald auf hunderttausend Mann und noch mehr anschwellen wird. Jedenfalls werden dafür auch die 50 000 Mann nicht ausreichen, die der „Avanti“ seiner Berechnung der Expeditionskosten — unser italienisches Bruderblatt bezifferte sie auf eine halbe Milliarde — zugrunde legte, nicht ausreichen. Rechnet man hierzu noch die Schwierigkeit der Wasserversorgung, denn die Türken und Eingeborenen werden den Italienern jede Wasserstelle streitig oder das Wasser ungenießbar machen, so kann den Italienern der Einfall in Tripolis noch teurer zu stehen kommen, als der unermüdete Kampf gegen die Abessinier in den neunziger Jahren.

Ob die italienischen Proletariatskrieger, die man jetzt in die tripolitaniische Sandwüste schickt, den Strapazen und Unbilden eines afrikanischen Feldzuges gewachsen sind, ist mehr als fraglich. Denn Proletariatskrieger sind es zum weitaus größten Teile, aus denen sich das 35 000 Mann starke Expeditionskorps zusammensetzt, das jetzt in Neapel und anderen süditalienischen Häfen konzentriert wird, um am 6. oder 7. Oktober die Ueberfahrt auf Schiffen italienischer Transportgesellschaften anzutreten. Das Meereskapital wird hierbei sowie bei den späteren unermüdeten Transporten von Nachschub, Kriegsmaterial und Proviant sicher auf seine Kosten zu kommen wissen. Seine und der übrigen Bourgeoisie Begeisterung für den Korfarenzug nach Tripolis ist daher sehr begreiflich. Den Söhnen der Bourgeoisie, die zurzeit im Heere stehen, mutet man freilich die Befahren der afrikanischen Kampagne nicht zu. Zur Bildung des ersten Expeditionskorps von 35 000 Mann und eines Reservekorps von 50 000 Mann sind, nachdem die Reservisten der Jahresklasse 1888 eingezogen worden sind, aus jedem Regiment je 100 Mann zur Teilnahme am Zuge nach Tripolis bestimmt, aber durch eine kriegsministerielle Verfügung sind die Einjährigfreiwilligen ausdrücklich von der Einstellung ins Expeditionskorps ausgeschlossen. Das aus allen Provinzen Italiens zusammengewürfelte Expeditionskorps wird also fast durchweg aus Söhnen der unteren Volksschichten bestehen. Es sind meist wenig robuste Gestalten, denen infolge der dürftigen Lebenshaltung des italienischen Proletariats keine allzu große Widerstandsfähigkeit gegen die Anstrengungen eines nordafrikanischen Feldzuges innewohnt. Schon das Klima in dem Steppen- und Wüstengebiet wird den so gut wie gar nicht für afrikanische Märsche trainierten Italienern verhängnisvoll werden. In diesen Breiten wechseln Tagestemperaturen von 30 und 35 Grad mit Nachttemperaturen von 5, 3 und sogar 0 Grad ab. Dabei müssen die Truppen auf blanker Erde und unter Zelten kampieren, wozu noch die oben angeführten Schwierigkeiten der Verproviantierung und Wasser-versorgung kommen. Alles das sind Dinge, die für die türkischen Truppen und die irregulären Aufgebote der Berber und Araber kaum in Betracht kommen.

Schwierig und kostspielig wird für die Italiener auch die Beschaffung von Pferden und Lasttieren werden. Schon jetzt hat es Mühe gekostet, die für die Landung nötigen Pferde und Maultiere in Süditalien aufzubringen. Die Vermutung von Wagen ist aber auf einem Zuge ins Innere von Tripolis, wo es nur die ungewissen Spuren von Karawanenstrahlen gibt, ausgeschlossen. Es wird die Beschaffung zahlreicher Kamelkamele notwendig werden, denn Proviant, Wasser, Munition usw. kann nur auf dem Rücken der Kamelkamele ins Innere des Landes dringenden Truppen nachgeführt werden. Die tripolitaniischen Berber und Beduinen werden den fremden Eindringlingen ihre Kamelherden kaum zur Verfügung stellen, es werden also die Schiffe der Küste für schweres Geld in Lunefen, Aegypten usw. angekauft werden müssen.

Das sind nur die wichtigsten Momente, die den italienischen Raubzug nach Nordafrika als ein sehr verhängnisvolles, mindestens aber als ein sehr kostspieliges Unternehmen erscheinen lassen. Ohne ein großer Prophet zu sein, kann man schon jetzt sagen, daß, wenn dem italienischen Volke die Rechnung über das tripolitaniische Abenteuer präsentiert werden wird, der nationale, und imperialistische Raubzug von einem Kaperstreiche abgelöst wird, ähnlich dem, der dem Blutbade von Adua folgte.

Noch schlimmer würde freilich die Geschichte werden, wenn das italienische Heer sich auf dem Balkan engagiert. Da aber heute noch keine Gewissheit darüber besteht, daß dem Donner der Schiffgeschütze bei Prevesa noch ein blutiges Ringen auf albanischen Boden folgen wird, Warten wir uns für heute Ausführungen darüber ersparen.

### Beginn des Bombardements von Tripolis?

Rom, 3. Oktober. Telegramme aus Malta berichten, daß Geschützdonner aus Tripolis vernommen wurde. Man vermutet, daß die Beschließung des Hafens nunmehr begonnen hat, nachdem die dreitägige Frist, welche der Bevölkerung zum Verlassen der Stadt gegeben worden war, abgelaufen ist. Eine amtliche Bestätigung fehlt jedoch. Die eingelaufenen Nachrichten kamen auf drahtlosem Wege, da das Kabel mit amtlichen Depeschen überbürdet ist.

### Die türkischen Truppen in Tripolis.

Paris, 3. Oktober. Aus Tripolis wird gemeldet: Die türkischen Truppen, welche die Stadt verlassen, haben

außerhalb der Stadt Verschanzungen aufgeworfen. Sie scheinen zu beabsichtigen, das Vordringen der italienischen Truppen zu verhindern. Diese Taktik ist erfolgt, um außerhalb des Bereichs der Geschütze der italienischen Kriegsschiffe zu gelangen und den Widerstand gegen die Italiener zu organisieren.

### Kleine Diebstähle.

Mailand, 3. Oktober. Die Genueser Seebehörde beschlagnahmte auf der Werft von Ansaldo und Armstrong einen türkischen Kreuzer, der dort in Bau war und auf den bereits 7 Millionen von der Flotte gezahlt sind. In verschiedenen italienischen Häfen wurden gestern wieder kleinere türkische Handelschiffe beschlagnahmt.

Die „Tribuna“ bezweifelt die Meldung, daß die türkische Flotte in den Dardanellen eingetroffen sei, als falsch. Sie habe sich in Beirut befunden, das sie verlassen hat. Ihre Abreise wurde der „Tribuna“ gemeldet. Sehr wahrscheinlich hatte ein italienisches Kriegsschiff Fählung mit ihr; ob diese aufrechterhalten worden sei, sei schwer zu sagen.

### Ein Aufruf des jungtürkischen Komitees.

Saloniki, 3. Oktober. Das Zentralkomitee für Einheit und Fortschritt richtet einen Appell an die öffentliche Meinung, in dem es gegen die Veräufung durch Italien, von der die Türkei bedroht werde, Verwahrung einlegt. Nicht die Türkei, sondern Italien verlege Menschenrechte und Gerechtigkeit; die Geschichte kenne kein ähnliches Beispiel. Die Türkei könnte mit Repressalien antworten, sie werde jedoch das Völkerrecht beobachten, die Waffen aber werde sie nicht niederlegen, bevor nicht der status quo wiederhergestellt sei. Die türkische Nation fordere die öffentliche Meinung Europas auf, sie moralisch zu unterstützen.

### Demission des türkischen Marineministers.

Konstantinopel, 2. Oktober. Der Marineminister hat demissioniert. In seinem Demissionsschreiben erwähnt er die Verstärkung der türkischen Torpedoboote durch die italienische Flotte und erklärt, da die Flottilla, obwohl er rechtzeitig die Rückkehr der Flotte in die Dardanellen und die Flucht der in der Adriatischen Meer befindlichen Flottilla in die Dalmatischen Gewässer angeordnet habe, der italienischen Flotte nicht entgegenkommen konnte, finde er es unmöglich, auch nur interimistisch die Geschäfte des Ministeriums zu führen.

### Die türkische Flotte in Sicherheit?

London, 2. Oktober. Nach einer Meldung von Stojas Agentur befindet sich die türkische Flotte auf der Reise von Ragara (Dardanellen). Handelschiffe dürften die Dardanellen nach Sonnenuntergang nicht mehr passieren.

### Ein türkischer Transportdampfer in den Grund gebohrt.

Rom, 2. Oktober. Die „Tribuna“ meldet, ist aus Malta die Nachricht eingegangen, daß der türkische Dampfer „Derna“ vor dem Hafen von Tripolis von den Italiern zum Sinken gebracht worden sei.

### Keine Vermittlung.

Konstantinopel, 2. Oktober. Der hiesige englische Botschafter hat dem Großvezir die Antwort des Königs auf den Appell des Sultans mitgeteilt. In der Antwort wird die Unmöglichkeit hervorgehoben, eine Vermittlung zu übernehmen, und der Flotte angeraten, mit allen Mitteln eine Verständigung mit Italien zu suchen. Der französische Geschäftsträger hat dem Großvezir eine ähnliche Mitteilung gemacht.

Der Kriegsminister hat sechs Medibataillone zum Schutz der albanischen Küste von Valona bis Prevesa einberufen.

### Oesterreichs Einspruch.

Mailand, 3. Oktober. Der Korrespondent des „Secolo“ meldet aus Wien: Wie man mir aus gut informierten Kreisen mitteilt, hat Graf Khevenhul in der Unterredung mit dem italienischen Votschafter bei Entgegennahme von dessen Erklärungen über die italienischen Aktionen in der Adria und im Ionischen Meer erklärt, er sei davon völlig befriedigt, müsse jedoch hinzufügen, daß keine weiteren italienischen Angriffe auf die albanische Küste stattfinden dürften, sonst müßte Oesterreich-Ungarn Gegenmaßregeln treffen. Der Korrespondent des Blattes fügte hinzu, er könne versichern, Italien habe sich verpflichtet, jede Aktion nicht nur in der Adria, sondern auch im Ionischen Meer zu unterlassen.

### „Uebungen“ der österreichischen Flotte.

Budapest, 3. Oktober. Die Kriegsschiffe Panzerkreuzer „Sankt Georg“ und Kreuzer „Admiral Spaun“, zwei Torpedobootzerstörer und drei Torpedoboote führen an der Westküste Istriens Uebungen aus. Eine Bereisung für das Ausland ist jedoch nicht erfolgt und zurzeit auch nicht in Aussicht genommen.

Die Unterseeboote sind gleichfalls mit der Durchführung von Uebungen beauftragt und können den Zentralhafen Pola zurzeit nicht verlassen.

### Rußland fordert Kompensationen.

Petersburg, 3. Oktober. Wie der Korrespondent des „New York Herald“ aus autoritativer Quelle erfährt, werde demnächst unter dem Vorbehalt des Jure ein Staatsrat stattfinden, welcher sich hauptsächlich mit der durch den türkisch-italienischen Krieg geschaffenen Situation beschäftigen wird. Es heißt, daß es sich besonders darum handelt, daß auch Rußland seinerseits wie die verschiedensten Großmächte in den letzten Jahren Kompensationen und zwar in erster Linie die freie Dardanellendurchfahrt für russische Schiffe verlangen werde.

### Zur Lebensmittelteuerung.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Die herrschende Teuerung macht sich gegenwärtig in Dresden doppelt fühlbar, weil zu dem Preisaufschlag für Lebensmittel noch eine Steigerung der Wohnungsmieten gekommen ist. Der gleichzeitig mit der Teuerung einsetzende Mietwucher ist eine Folge trassen Wohnungsmangels, der jetzt in Dresden herrscht und für den zum Teil wenigstens der Stadtrat verantwortlich gemacht werden muß. Um den vor mehreren Jahren bestehenden kleinen Ueberschuß von Wohnungen im Interesse der Hausgeiger zu beseitigen, wurde der Wohnungsbau erschwert, ja künstlich verhindert. Der Rat haute keine neuen Straßen und warnte auch durch ein Zirkular die Banken, Geld für Wohnungsbauten herzugeben. Dadurch ist der Wohnungsbau so gelähmt worden, daß schon seit zwei Jahren ein Wohnungsmangel besteht, der immer schlimmer geworden ist, während gleichzeitig die Mietpreise in die Höhe getrieben wurden. Viele linderreiche Familien finden überhaupt keine Unterkunft. Alle Räume für obdachlose Leute sind überfüllt. Der Rat weiß mit ihnen nicht mehr wohin. Jetzt hat er Militärbaracken beschafft, die aber für den Winter ein Unterkommen kaum ermöglichen, da die armen Leute mit





ihren Kindern der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt waren. In den überfüllten Obdachlosenräumen herrschen auch menschenwürdige Zustände. Eine Familie mit drei erwachsenen Personen und neun Kindern ist in einem einzigen Räume untergebracht, durch den aber noch ein Gang nach den Räumen für andre Obdachlose führt. Für mehrere Familien steht nur ein primitiver Kochherd zur Verfügung. Zunächst können die Räume überhaupt nicht geheizt werden. Dabei wird ansehend der Mangel immer größer und die Unterbringung wegen der eintretenden Kälte schwieriger.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben seit Jahren die den Hausbesitzern zuliebe eingeleitete einseitige Wohnungspolitik des Stadtrats scharf kritisiert und Maßnahmen für Beschaffung ausreichender Wohnungsgelegenheit und schließlich menschenwürdige Räume für obdachlose Mieter gefordert. Bis vor wenigen Monaten hat aber unter der Führung des Oberbürgermeisters Weutler der Stadtrat alle besonderen Maßnahmen für überflüssig gehalten und nichts getan. Erst als die Not immer ärger wurde, wurden einige Wohnhäuser von der Stadt errichtet und außerdem 500 000 M. zu weiteren Neubauten und eine gleichgroße Summe zur Ausleihung auf zweite Hypothek bewilligt. Das alles war aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Zudem dauere es auch noch viel zu lange, ehe die geringfügige städtische Hilfe einsetze und die städtischen Häuser bezogen werden könnten. Es sind auch in diesem Jahre nur 880 kleinere Wohnungen neu gebaut worden, während schon über 1000 gebraucht werden, um nur den Bevölkerungszuwachs aufzunehmen.

Mit dem unerhörten Wohnungselend in der sächsischen Hauptstadt beschäftigte sich am Freitagabend auch eine Volksversammlung. Wie groß die allgemeine Mißstimmung über den Dresdener Wohnungsmangel ist, zeigt der Besuch. Mehr als 3000 Personen füllten den Saal zum Erdgeschoss. Die scharfe Kritik, die die Genossen Fleißner und Krüger an der Dresdener Wohnungsmisere und der Wohnungspolitik des Rates übten, wurde mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Durch einstimmige Annahme einer Resolution erhob die Versammlung scharf Protest gegen die einseitige hausagrarische Wohnungspolitik des Rates und forderte weiter menschenwürdige Unterkunft für obdachlose Mieter und umfassenden Bau von neuen Wohnungen durch die Stadtgemeinde.

Den sozialdemokratischen Vertretern im Stadtparlament fällt die Aufgabe zu, dem Wohnungselend in dieser Richtung zu Leibe zu gehen und gegen die Haltung der Hausbesitzermehrheit und der Föderungspolitik des Rates diesen Forderungen Geltung zu verschaffen. Die Dresdener Zustände zeigen aber auch deutlich, zu welchen himmelschreienden Mißständen eine hausagrarische Wohnungspolitik führt.

### Der Rat der Stadt Leipzig und die Lebensmittelsteuerung.

Die herrschende Lebensmittelsteuerung hat auch den Rat der Stadt Leipzig veranlaßt, etwas gegen diese Geißel des Volkes zu unternehmen. Er hat am Sonnabend in seiner Gesamtsitzung beschlossen, „vorbehaltlich weiterer Maßnahmen“ zunächst beim sächsischen Ministerium des Innern zu beantragen:

1. daß der Bundesrat § 20 Abs. 1 der zu dem Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 auf Grund von § 11 Biff. 6 dafelbst von ihm erlassenen Einfuhrscheinordnung vom 17. Februar 1903 dahin abändere,

a) daß die Dauer der Verwendbarkeit der Einfuhrscheine zur Begleichung von Zollgefällen von 6 Monaten auf 3 Monate herabgesetzt werde,

b) daß die Worte „oder von solchen für die in Anlage 2 aufgeführten Waren (Kaffee, Petroleum)“ gestrichen werden und damit die Verwendbarkeit der Einfuhrscheine lediglich auf die Einfuhr der in § 1 genannten Fruchtarten (Weizen, Roggen, Spelz, Gerste, Hafer, Buchweizen, trockene Hülsenfrüchte, Raps und Rüben) beschränkt werde,

2. daß die Eisenbahnverwaltungen aller Bundesstaaten die Frachtsätze für Getreide und Reis im Binnenverkehr, die zurzeit nach Spezialtarif I des Deutschen Eisenbahngütertarifs berechnet werden, bis auf weiteres nach Spezialtarif III, oder wenigstens nach dem für den Ausfuhrverkehr von Getreide gültigen Ausnahmetarife berechnen.

Von Anträgen auf Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse hat der Rat der Stadt Leipzig also abgesehen. Er hat — wie er begründend in seinem Amtsblatte mitteilen läßt —

um diese für die Preisbildungen auf dem Getreidemarkte in Mitteldeutschland höchst wichtigen Maßnahmen gebeten, weil sie vom Bundesrat (Einfuhrscheine) und von den Eisenbahnverwaltungen sofort ausgeführt werden können, ohne daß es der Zustimmung des Reichstages oder der Landtage bedarf. Deshalb sollen auch alle weitergehenden Wünsche, wie z. B. Aenderung der Zölle oder Abschaffung der Einfuhrscheine, hiervon getrennt behandelt werden.

### Protestversammlung in Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. fand am Sonntagmorgen eine machtvolle Kundgebung gegen die Teuerung statt. Im Tivoligarten auf dem Sachsenhäuser Berg erhoben circa 5000 Männer und Frauen scharfen Protest gegen die ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel und verlangten von Staat und Gemeinde Abwehrmaßnahmen. Von zwei Tribünen sprachen die Genossen Edward Bernstein-Berlin und Reichsratsmitglied Glöckel-Wien. Unter stürmischen Zustimmungskundgebungen der Versammelten zeigte die Redner die Ursachen der Teuerung und forderten dringende Abhilfe.

In der zur Annahme gelangten Resolution fordern die Versammelten die Reichsregierung auf, die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen für lebendes Vieh und Fleisch und die Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine zu bewirken. Ebenso fordern sie von der preussischen Regierung Ermächtigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art. Sie fordern ferner die Verwaltung der Stadt Frankfurt a. M. auf, zur Förderung der Produktion und der Zufuhr von Lebensmitteln Anstalten zu treffen, durch die eine Vereinfachung der Preisbildung zugunsten der Konsumenten durch die Stadt geschieht ist. Die Versammelten geloben, bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit allen Kräften dafür zu wirken, daß die reaktionäre, dem Volke feindselig gesinnte Mehrheit im Reichstage befeitigt wird, aus der Erkenntnis, daß nur die sozialdemokratische Partei für die enttäuschten und unterdrückten Volksmassen stets und ständig eintritt.

Die Polizei hatte wieder die üblichen Vorbereitungen getroffen, um etwaige Demonstrationen zu verhindern. Es verlief aber alles ziemlich ruhig.

### Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung.

Düsseldorf, 3. Oktober. Der Magistrat beschloß, umfassende Maßnahmen zur Verabfolgung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober 1911.

### Der Bundesrat und die Lebensmittelteuerung.

Am Donnerstag tritt der Bundesrat zu seiner ersten Plenarsitzung nach den Ferien zusammen und wird die Frage des Notstandes diskutieren. Als erste Aufgabe soll der

Bundesrat über die den Schnapsbrennereien zu gewährenden Vergünstigungen beraten. Den Schnapsbrennern soll nämlich gestattet sein, statt Kartoffeln mehr Getreide zum Zwecke der Schnapsgewinnung zu verwenden.

Es ist bezeichnend, daß die „Kollage“ der Schnapsbrenner für den Bundesrat an erster Stelle steht — erst später kommen die anderen Notstandsfragen an die Reihe.

### Klerikale Verlegenheit.

Die arme „Germania“ ist in größter Verlegenheit. Der Paps und mit ihm die ganze klerikale Presse und die Geistlichkeit in Italien machen für die Räuberpolitik der Regierung Propaganda und predigen eine Art „heiligen Kriegs“ gegen die „Angläubigen“. Die deutsche klerikale Presse aber kann nicht gut anders als das italienische Vorgehen beurteilen. Noch scharfer geht der österreichische Klerikalismus ins Zeug. Ramentlich die „Reichspost“, das Organ des klerikalen Thronfolgers und offizielles Organ der Christlich-sozialen, wütet gegen das „Kirchenräuberische“ Italien sehr im Gegensatz zum Paps und seinen Leuten, die plötzlich italienischen Patriotismus herausbeihen.

Wohl wir nun diesen lustigen Zwiepsalt unter den Königen der verschiedenen Nationen festgestellt haben, beschuldigt uns die „Germania“, die davon ihren Lesern nichts verraten darf, des — Hasses gegen die christliche Religion. Ja, will denn das jehuitische Blatt behaupten, der Paps handle als unsehbares Oberhaupt der katholischen Kirche, wenn er für die Raubpolitik der sonst so beschriebenen Regierung eintritt? Dann dürften ja die klerikalen Blätter aller Nationen auch kein Wort der Beurteilung für den italienischen Banditenkrieg finden. Aber, wer weiß, vielleicht erleben wir das noch und jedenfalls würde das ganz im Geiste der schließlichen Richtung liegen, die ja den unbedingten Gehorsam den kirchlichen Obern gegenüber auch in rein politischen Dingen fordert.

### Politik in der Kaserne.

Die Kriegervereine machen gegenwärtig in Rekruten-„Fürsorge“. Die jungen Leute, die ins Meer müssen, werden zu Festen eingeladen, die von den Kriegervereinen veranstaltet werden. Dort gibt man den Rekruten ein Plaklein, das den Titel trägt: „Der Rekrut“. In ihm sind schöne „Geleitworte“ für Rekruten der Armee und Marine“ enthalten. Das Plaklein wird herausgegeben vom Vorstand des Preussischen Landes-Kriegerverbandes und richtet sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie. In der Einleitung wird den jungen Soldaten gesagt: „Unser Vaterland verdanke seine heutige Größe dem ruhmgelohnten Heere“. Auch über Preußens Geschichte wird einiges erzählt, aber von historischer Wahrheit findet man keine Spur. Was man den Volkshörnern über die „Siege und Tugenden“ der preussischen Könige unterbreitet, wird auch den Rekruten vom Landes-Kriegerverband vorgelesen. Ueber die Wehrpflicht wird gesagt, sie sei die höchste Ehrenpflicht, denn der Soldat sei dazu berufen, Thron und Vaterland gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen! Nach einigen weiteren Aeußerungen über die Wehrpflicht heißt es:

„Aus allem ersehen wir, mit welcher Fürsorge für den einzelnen Krieger der Staat und das Reich vorgehen und wie sehr es unserer Regierung am Herzen liegt, daß die Dienstverpflichtung keine Härten in sich schließt. Wir erkennen aber auch, wie unrecht diejenigen haben, die all ihr Sinnen und Trachten nur darauf richten, gegen die bewährten Einrichtungen unseres Staates, gegen Gesetz und Ordnung, sowie gegen Thron und Vaterland zu behen. Fürwahr, wir Deutschen haben alle Ursache, stolz auf unser Vaterland und unsere starke Wehrkraft zu sein, solange Ordnung und Gehorsam, Vaterlandsliebe und Frömmigkeit unseres Volkes schönste Tugenden sind.“

Die Löhnung von 22 Pf. pro Tag wird als ausreichend geschildert. Der Soldat, der von Hause keinen Zuspruch erhalte und sich mit seiner Löhnung behelfen müsse, könne sich trotzdem manchen Genuß gönnen!

Weiter wird erklärt, der Fahneneld sei ein Kreuzgeißel für das ganze Leben und nicht nur für die Zeit der Dienstjahre, wie so mancher glaube und wie die Feinde von Thron und Vaterland so gerne den jungen und alten Soldaten vorredeten. Das sei ein verhängnisvoller Irrtum, denn einen Eid, der einmal geleistet sei, könne niemand lösen als Gott allein oder derjenige, dem sich die Soldaten eidlich verpflichtet hätten. Der Soldat schwöre die Treue im Beginn seiner Dienstzeit und wolle er nicht meinelidig werden, so müsse er sie halten bis zum Tode. — Der größte und bedeutsamste Festtag im Leben des Soldaten sei deshalb auch der Geburtstag des Allerhöchsten Kriegesherrn. Und im Schlußwort heißt es:

„Er (der Soldat) hat in seiner Kompanie oder der Schiffsbesatzung an Bord treue und vaterlandsliebende Männer kennen gelernt, es hat aber doch einige gegeben, deren Gedanken bereits durch die Wühlereien der Sozialdemokratie vernebelt waren. Der wackere Soldat hält sich von diesen fern, nachdem er eingesehen hat, daß alle Verluste, sie wieder auf die rechte Bahn zu bringen, vergeblich gewesen sind. . . . Doch die Kameradschaft, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das er bei seinen Zuppendellen gefunden hat, das findet er in der Heimat wieder bei dem Krieger- oder Marineverein.“

Vor den Toren der Kasernen muß die Politik halt machen, so haben wiederholt die Vertreter der Heeresverwaltung erklärt; den Kriegervereinen aber gestattet man, die Rekruten mit politischen Tendenzschriften auszurüsten, die sie mit in die Kasernen bringen und die dort den Gegenstand der Diskussion bilden. Stellt dann ein aufgeregter Rekrut den patriotischen Verdrehungen die Wahrheit gegenüber, so können daraus die ernstesten Folgen für ihn entstehen. Vielleicht ist es gerade die Absicht der Kriegervereine, in dieser Weise propagatorisch zu wirken.

### Parteitag der Nationalliberalen.

Der Ausschuh der nationalliberalen Partei hat beschlossen, den diesjährigen allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen auf Sonntag, den 3. Dezember, nach Berlin zu versetzen. In einer am Tage vorher stattfindenden Sitzung des Zentralvorstandes wird der Wahlauftrag für die allgemeinen Reichstagswahlen festgesetzt werden.

### Die „Kompensationen“ des Herrn v. Riberlen-Wachter.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat sich mit der Absicht des Herrn v. Riberlen-Wachter, von den Franzosen eine Gebietsentschädigung am Kongo zu fordern, befaßt, und sie hat ihre Meinung dahin zusammengefaßt:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die uns angeblüh jugendlichen Gebietsentschädigungen an den Kameruner Grenzen für uns keinen wertvollen Zuwachs bedeuten. Das im ganzen sumyfige und wenig fruchtbare Land bietet nicht viel und ist zum großen Teil einer erwerbägigeren Konzessionspolitik ausgeliefert, und unter seiner dünnen Bevölkerung wütet die Schlafkrankheit. Wir würden uns ferner durch den Erwerb dieser Gebiete wesentliche finanzielle Risiken aufladen. Vor allen Dingen darf nicht die Rede sein von einer Abtretung Nordbornus, der Kameruner Nordküste, unseres einzigen Zugangs zum Schladsee, wie sie von französischen Zeitungen als in Frage stehend hingestellt worden ist. Die starken und kriegstüchtigen Stämme dieser Striche nördlich des Benue haben nicht nur

ihre eigene schon entwickelte und noch entwicklungsfähige Kultur, sondern sind vor allem aus vollem Herzen deutsch geworden und wollen deutsch bleiben. Im übrigen könnten wir schon aus dem Grunde nicht in eine Preisgabe der Kameruner Nordküste willigen, weil die Völker in Mittelkamerun, südlich des Benue-Stromes, das mit Recht als Schwäche unserer Seite auslegen würden. Selbstverständlich steht man in der Deutschen Kolonialgesellschaft nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer Kundgebung vom 5. August: Wenn nun einmal die Algeiras-Akte nicht aufrecht zu erhalten war, so konnten für uns Kompensationen in Marokko selbst in Frage kommen.“

### Das Düsseldorfener Wahlergebnis.

Amliches Wahlergebnis. Bei der am 29. September im Stadt- und Landkreise Düsseldorf erfolgten Reichstagswahl sind insgesamt 76 177 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten Parteisekretär Haberland-Barmen (Soz.) 39 283 und Landdirektor Dr. Friedrich-Düsseldorf (Z.) 35 888 Stimmen. Parteisekretär Haberland ist somit gewählt.

### Monarchistischer Einfall in Portugal.

Santiago de Compostela (Prov. Caruna), 3. Oktober. Wie El Eco de Santiago meldet, ist Kapitän Pava Conceiro, das Haupt der portugiesischen Verschwörer, am 1. Oktober 2 Uhr morgens mit 4000 Bewaffneten, mehreren Geschützen und Mitrailleuren sowie 120 Maulteulen in Portugal eingefallen.

Lissabon, 3. Oktober. Dem Vernehmen nach versuchte eine Kolonne von Royalisten die Grenze in der Richtung auf Chaves (Provinz Trago Montes) zu überschreiten, wurde jedoch zurückgedrängt. Ein Zollbeamter wurde getötet. Man machte den Versuch, die Brücke bei Entrocamento in die Luft zu sprengen. Die Bevölkerung von Santo Tirso hat sich erhoben und royalistische Fahnen aufgespiant.

### Oesterreich.

#### Rationales Janirecht.

Die Gemeinde Wien, deren christlichsoziale Machthaber ihr Glück jetzt durch Deutschnationalismus wiedergewinnen wollen, hat drei tschechische Privatschulen gewaltsam geschlossen. Der Statthalter von Niederösterreich hat die Stadtverwaltung beauftragt, die Sperrung der einen Schule wieder aufzuheben. Der Bürgermeister Dr. Reumayer lehnt aber die Ausführung des entsprechenden Magistratsbeschlusses ab. In Böhmen, namentlich in Prag, wo zahlreiche deutsche Kinderheimschulen erhalten werden, hat dieses Vorgehen gegen die große tschechische Minderheit in Wien große Erregung hervorgerufen.

### Spanien.

#### Regierungshandlungen.

Die Regierung des „demokratischen“ Ministerpräsidenten Canalejas hat ein neues Attentat verübt. Sie hat ein Militärstrafverfahren gegen den Gymnasialprofessor Julian Besteiro veranlaßt. Besteiro sitzt im Madrider Untersuchungsgefängnis und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Angeklagt ist er, einen Vortrag in dem Madrider Arbeiterhaus gehalten zu haben, der Kergernis in höheren militärischen Kreisen erregt hat. Er hat nämlich das schwere Verbrechen begangen, die blöde Erziehungsmethode, die in der Offizier-Vorbildungsschule zu Toledo angewendet wird, scharf zu kritisieren! Der Angeklagte ist einer der angesehensten Bahnbrecher der spanischen intellektuellen Jugend, der in Deutschland lange Zeit studiert hat.

Ein Major leitet das Verfahren gegen Besteiro. Es handelt sich um die Anwendung des sogenannten Gerichtsbarkeitsgesetzes vom Jahre 1908, das damals auf dringendes Verlangen der Militärmacht erlassen wurde. Dieses verfassungswidrige Gesetz entzieht dem normalen Richter alle solche strafbaren Handlungen, die direkt oder indirekt durch Wort, Schrift oder Zeichnung gegen die Armee oder das Vaterland gerichtet sind. Was für Garantien der Gerechtigkeit aber das spanische Militärverfahren bietet, lehrt zur Genüge der Fall Ferrer. Von den brutalen Strafen, mit welchen das Gesetz die Beleidigung der Militärmacht bedroht, erhält man eine Vorstellung, wenn man sich erinnert, daß der bekannte Zeichner Sagrista eine Strafe von neun Monaten Zuchthaus zuditiert erhielt wegen der Herausgabe einer Postkarte, die angeblich die Revolution verherrlichen soll.

Die spanische liberale und sozialistische Presse vermag über den Fall nichts zu berichten, da die konstitutionellen Garantien durch die letzten Unruhen aufgehoben sind, das Gesetz der Belagerungszustand besteht. Infolgedessen wird sich der Prozeß Besteiro auch im Dunkeln abspielen, und die Öffentlichkeit wird nur das erfahren, was die offiziöse Presse darüber mitteilt.

### Ein Zensurkonflikt.

Madrid, 3. Oktober. Die Polizei hat alle Ausgaben der letzten Nummer der konservativen Zeitung „El Mundo“ beschlagnahmt, da das Blatt den Entschluß bekanntgegeben hatte, seine Artikel nicht mehr vor der Veröffentlichung der Zensur zu unterwerfen.

### Portugal.

#### Offizielle Abschwächungsversuche.

Lissabon, 3. Oktober. Nach einer heute ausgegebenen amtlichen Mitteilung stehen die der Regierung ausgegangenen Nachrichten nicht im Einklang mit den Gerüchten von einem Einfall der Monarchisten an der Grenze.

Im ganzen Lande, namentlich in Lissabon, wird heute der Jahrestag der Erklärung der Republik gefeiert.

### Schweden.

#### Ein liberales Ministerium.

Stockholm, 2. Oktober. Der König hat den Führer der liberalen Partei Staaff mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

### Finnland.

#### Ein Attentat.

Helsingfors, 3. Oktober. Der Präsident des Hofgerichts, Waldemar von Sellen, wurde in dem Augenblick erschossen, als er aus seinem Hause auf die Straße trat. Der Täter ist an den Folgen der Schußverletzung, die er sich beigebracht hatte, im Hospital gestorben. Die Zeitungen von Helsingfors vertreten mit Ausnahme eines Blattes die Ansicht, daß das Verbrechen nicht auf politische Beweggründe zurückzuführen ist, sondern einem Anfall von Geisteskrankheit zugeschrieben werden muß. Der Mörder war der 24jährige Kommis einer Eisenhandlung Bruno Forsström. Er hatte sich in Sellsens Wohnung versteckt. Der Präsident wurde von dem einen Schuß in den Kopf, von dem anderen in die Achselhöhle getroffen.







Ein sonderbarer Heiliger im Fortschrittslager.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Die fortschrittliche Volkspartei hat nunmehr am Donnerstag...

Brade würde als gemeinsamer liberaler Kandidat zwischen zwei Feuer kommen. Rechts von ihm steht die weltlich-agrarisch-konservative Kandidatur...

Die Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei dürften recht spärlich sein. Als sie Brade am Donnerstagabend musterte, hatten sich etwa 800 bis 1000 Versammlungsbesucher...

Brade ist ein jämmerlicher Redner, der bei seinem eigenen Vortrage einzuschlafen droht. Es war ihm deshalb der fortschrittliche Generalsekretär W. Heile-Hammer an die Seite gestellt worden...

Dr. Otto Brade, der Sohn Wilhelm Brades, überbot darin noch seinen Schrittmacher Heile, allerdings in sehr ungeschickter und ganz verworrenen Weise. Brade ist nämlich ein Meister im unpopulären Stil...

Nachdem der Kandidat Brade seine ganze Lebensgeschichte erzählt und der Versammlung auch mitgeteilt, daß er mit einer Amerikanerin verheiratet sei — man sieht, er war sehr gründlich — machte er in Kolonialschwärm, Flottentrieberei und Meeressübermehrunge...

In der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, traten die Genossen Gänther und Antrid dem sonderbaren Heiligen und seinem Vorredner entgegen. Eine Resolution, in der sich die Versammlung

für die sozialdemokratische Kandidatur Blos erklärte, wäre sicher wegen die fortschrittliche Minderheit angenommen worden...

Dieser Versammlung war am Dienstag, 26. September, eine andere Versammlung vorangegangen, in der sich die ehrlichen bürgerlichen Demokraten von der fortschrittlichen Volkspartei losagaben...

Die sozialistische Einigungskonferenz in Großbritannien.

L. Manchester, 1. Oktober 1911.

Die sozialistische Einigungskonferenz, die gestern und heute in der Caxton Hall in Manchester-Salford stattfand, kann, was die Anzahl der Delegierten, die einmütige und begeisterte Stimmung, die zum Ausdruck kam, und den ehrlichen guten Willen...

Auf dem Kongress waren 218 Delegierte fast aller sozialistischen Organisationen Großbritanniens vertreten. Alle Organisationen waren eingeladen worden. Die I. L. P. lehnte es jedoch ab, sich offiziell an der Einigungskonferenz zu beteiligen...

Eine Reihe Begrüßungstelegramme und Schreiben von den verschiedenen sozialistischen Parteien des Auslandes waren eingelaufen. So hatten die französische, belgische, polnische, rumänische, kroatische, dänische, holländische und deutsch-österreichische Partei...

Muselmanen aus religiösen Motiven kommen. Auch das russische Reich beherbergt, zu 1/3 jedoch in seinen asiatischen Besitzungen, über 12 Millionen Mohammedaner, und auch in den christlichen Balkanstaaten...

Europas Staatskunst war im letzten Jahrhundert stets darauf gerichtet, die Türkei als Zentralgewalt des Islam anzuerkennen, und trotz aller Verringerungen ihres Gebietes, die sich die Türkei im Laufe der Jahrzehnte gefallen lassen mußte...

Die Artillerie der Flugmaschine. Dichter und Träumer haben uns schon phantastische Zukunftsbilder jener Zeiten beschildert, da die Eroberung der Luft die Lebensgewohnheiten der Menschheit von Grund aus umwandeln wird...

reichlichen Partei vor ihrer Einigung und den gewaltigen Aufschwung, den die Partei seit der Einigung genommen hat, und manierte die britischen Genossen auf, sich zusammenzuschließen.

Mit einigen Worten der Begrüßung eröffnete Gynman die Konferenz. Er wies auf den Zweck der Zusammenkunft hin und ermahnte die Anwesenden, alles Trennende zurücktreten zu lassen...

Genosse Lee, der Sekretär der S. D. P., der die Einigungskonferenz vorbereitet hatte, wurde zum Sekretär gewählt. Er gab eine kurze Schilderung der Vorgeschichte der Konferenz...

Aus der Partei.

Das Blutbad von Langhirano.

Rom, 20. September. (Sig. Ver.) Da die Telegraphenbrüche, die Langhirano mit Parma verbinden, am Tage des Generalstreiks durchschnitten worden sind, erfährt man erst heute, nachdem erste vage Nachrichten dementiert worden waren, von einer ungeheuren Schandtat, mit der sich die Karabinieri befaßt haben...

werkzeugen, die dem Militärflieger zur Verfügung stehen. Torpedos, Granaten, Kettengranaten und Fallschirmgranaten. Diese merkwürdigen Geschosse sind an einem Fallschirm befestigt und gleiten während langsam durch die Lüfte. Wenn eine feindliche Flugmaschine mit den weitverbreiteten feinen Drähten dieser schwebenden Bombe in Berührung kommt, gleitet automatisch ein Draht gegen die Granate...

Notizen.

— Franz Liszt als Komponist eines Arbeiter-Chors. Nur ganz wenigen dürfte es bekannt sein, daß auch Franz Liszt sein reges Interesse an den Bewegungen der 48er Jahre durch die Komposition eines Arbeiterchors bekundet hat...



Notwehr, Provokation und ähnlichen Dingen kann diesmal nicht die Rede sein. Die Karabinieri haben anscheinend gedacht, sie befänden sich schon in Tripolitanien und hätten dort „Kulturarbeit“ zu leisten.

Der Abgeordnete Genosse Veronini hat den Minister des Innern wegen der Schandtat interpelliert. Man darf gespannt sein, ob auch diese Episode, die sich in einem eminent gestützten, durch starke Organisation und hohe Lebenshaltung ausgezeichneten Teile Italiens zugetragen hat, ungerührt bleiben wird. Sehr bezeichnend ist, daß schon am Abend des 27. ein Telegramm des „Giornale d'Italia“ von einem Konflikt bei Parma mit drei Toten berichtete, und daß diese Nachricht volle 36 Stunden ohne Bestätigung und ohne Ergänzung durch Einzelheiten bleiben konnte. Glaube die Telegraphenzensur vielleicht, sie könne dem Proletariat und der öffentlichen Meinung die vier Toten einfach unterschlagen?

Das Exekutivkomitee der römischen Arbeiterkammer hat eine Tagesordnung angenommen, die den Minister des Innern auffordert, „einer ruhmvollen Tradition gemäß“ die an dem Blutbad von Vanghirano schuldigen Carabinieri mit einem Orden zu bedenken. Bekanntlich hat Giolitti in einem ähnlichen Falle einmal den Wachtmeister Centanni dekoriert, woran er sich vielleicht nach seiner Umwandlung zum Demokraten nun recht ungern erinnern läßt.

**Manöverniederlegung wegen des Generalkriegs.**  
Rom, den 30. September. (Fig. Ver.) An dem von der Konföderation der Arbeit proklamierten Generalkrieg hat die Stadt Venedig nicht mit der Einmütigkeit und Disziplin teilgenommen, mit der sie sich sonst an ähnlichen Kundgebungen zu beteiligen pflegt. Dieser Umstand hat den Vertreter des ersten Wahlkreises von Venedig, Genossen Rusatti, bewogen, sein Mandat niederzulegen, da er sich in einer wichtigen Angelegenheit im Widerspruch zu seinen Wählern glaubt. Genosse Rusatti, der der intransigenten Fraktion unserer Partei angehört, hat bekanntlich zusammen mit Genossen Agnini seinen Austritt aus der Parlamentarierfraktion erklärt, als diese beschloß, Giolitti ein Vertrauensvotum zu geben. Wenn Rusatti trotz seines Austritts an der Reaktionsaktion in Bologna teilnahm, so tat er dies, weil er es für unerlässlich hielt, angesichts der ersten Lage einzugehen. In Bologna verteilte Rusatti eifrig die Idee des Generalkriegs und glaubte sich hierin in vollem Einverständnis mit seinen Wählern, die sich bisher stets als revolutionär bewährt hatten.

**In den Parteidifferenzen in Württemberg.**  
In Ausführung des Jenaer Parteitagbeschlusses fand am 2. Oktober in Stuttgart eine Sitzung statt, an der teilnahmen: zwei Vertreter des Parteivorstandes, der Landesvorstand, die Preschkommission der „Schwäbischen Tagwacht“, der Vorsitzende der Organisation des ersten württembergischen Wahlkreises und die Stuttgarter Parteileitung. Den Vorsitz führte Reichstagsabgeordneter Genosse Diez. Es wurde festgestellt, daß der Parteivorstand es mißbilligt, daß die Entlassung der Redakteure erfolgt ist, bevor die Preschkommission in Funktion treten und der Jenaer Parteitagbeschluss durchgeführt werden konnte. Der Landesvorstand verzicht demgegenüber die Auffassung, daß er durch den Beschluss der Landesversammlung gebunden war und wie geschehen handeln mußte. Die Stuttgarter Parteileitung erklärte mit Bezug darauf, daß sie auf eine Rückgängigmachung dieser Maßregel kein Gewicht lege; worauf es ihr ankomme, sei die Neuordnung der Redaktionsverhältnisse im Sinne der von der Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossen erhobenen Forderungen.

In den Verhandlungen trat allseitig das Bestreben zutage, bald zu einer Beilegung der Differenzen zu kommen. Es wurde Uebereinstimmung darüber herbeigeführt, daß bei der Neubesezung der Redaktion, die der Landesvorstand gemeinsam mit der Preschkommission vorzunehmen hat, den berechtigten Wünschen der Stuttgarter Parteigenossen Rechnung getragen werden soll. Der neuen Redaktion soll zur Pflicht gemacht werden, die Richtlinien einzuhalten, die der Jenaer Parteitag von 1906 für die Haltung der Parteipresse einstimmig in der Resolution 155 festgelegt hat, in der es unter I und II heißt: „Die Parteipresse und Redakteure und anderer der Parteikontrôle unterstellten Organe haben in erster Linie ihre Aufgabe in der prinzipiellen Aufklärung der Arbeitermassen sowie in der Bekämpfung der politischen Gegner zu sehen. Die prinzipielle Aufklärung hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.“

**Parteitag für Schleswig-Holstein und Fürstentum Lüneburg.**  
Der diesjährige Parteitag der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein, zu der auch das großherzoglich oldenburgische Ländchen Fürstentum Lüneburg gehört, tagte am 1. und 2. Oktober in Eutin. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten waren die wichtigsten Verhandlungsgegenstände: „Der bevorstehende Reichstagswahlkampf“ und „Der reaktionäre Ansturm gegen das Kommunalwahlrecht“. Der Parteitag war besetzt mit 111 Genossinnen und Genossen, darunter 78 Delegierte der einzelnen Kreisorganisationen, die übrigen Funktionäre der Partei und der Presse. Der Geschäftsbericht des Parteisekretärs der Bezirksorganisation, Genossen Bartels-Altona, legte Zeugnis ab von einer äußerst rührigen Parteiarbeit im Agitationsbezirk. Die Einzelheiten aus dem Bericht sind schon im „Vorwärts“ vermerkt worden.

Eine rege Diskussion entstand über die Frage der Abhaltung von Konferenzen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Die alljährliche Abhaltung von solchen Konferenzen für den ganzen Bezirk wurde vom Parteitag als ungemüßig verworfen, dagegen folgender Antrag angenommen:

„Der Parteitag empfiehlt den Genossen in Stadt und Land, in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten nach Bedarf Gemeindevortretungen abzuhalten, in denen sowohl gemeinsame, das ganze Gebiet betreffende Angelegenheiten, als auch grundsätzliche kommunale Fragen erörtert werden.“

Von wesentlicher Bedeutung war auch die endgültige Annahme des von der auf dem vorigen Parteitag dazu gewählten Kommission vorgeschlagenen Regulativs für den Reiseerfonds. Nach den Beschlüssen soll dieser Fonds gespeist werden aus den Tagesverdiensten nach dem Nürnberger Beschlusse, den Ueberschüssen der Reiseveranstaltungen und einem festen Reiseerbeitrag von mindestens 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder der Partei und Gewerkschaften. Dieses Regulativ ist durch die Vertretung der Gewerkschaftsfrauen der Provinz gleichfalls angenommen worden.

Der Etat für das laufende Geschäftsjahr wurde von dem Parteitag in Summe mit 31.814,78 M. und in Ausgabe mit 28.700 M. festgesetzt. Beschlüssen wurde ferner, daß die Kreisorganisationen von ihren Beiträgen 10 Proz. an die Kasse der Bezirksorganisation abzuliefern haben.

Ueber den bevorstehenden Reichstagswahlkampf referierte der Reichstagskandidat des 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Genosse Paul Müller-Berlin. Redner ging in seinem großzügigen Referat besonders auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein ein, gab eine treffliche Uebersicht über die Parteiverhältnisse und übte eine vernünftige Kritik besonders an den Freikämpfern und Nationalliberalen in der Provinz. Er hob hervor, daß für den Wahlkampf im allgemeinen natürlich die Richtlinien, die der Jenaer Parteitag aufgestellt hat, maßgebend sind, daß aber der Parteitag nicht beschlossen habe, bedingungslos jeden Liberalen zu unterstützen. — Von einer Diskussion über das Referat sah der Parteitag ab.

**Ueber: „Der reaktionäre Ansturm gegen das Kommunalwahlrecht“ referierte Genosse Adler-Niel.** Der Extrakt seiner Ausführungen liegt in folgender Resolution, die ohne Diskussion vom Parteitag angenommen wurde:

„Der Parteitag erklärt:  
Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein und dem Fürstentum Lüneburg erkennt, daß die wirtschaftliche Entwidlung und das erfreuliche Wachstum der Partei dahin geführt haben, daß die alte Ordnung der kommunalen Selbstverwaltung den bürgerlichen Schichten immer weniger genügt und zu immer neuen Attentaten und Verschwörungen gegen das bestehende Wahlrecht anregt.“

Demgegenüber bekennet sich die Partei nach wie vor zu der grundsätzlichen Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Mann und Weib in Stadt und Land im Sinne des preussischen Kommunalprogramms.

Sie hält daher die bestehende Städteordnung nur für das Wert einer dürftigen Klassengesetzgebung, dessen Wirkungen sich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwidlung verändern haben und das daher den Machtverhältnissen der bürgerlichen Gruppen nicht mehr völlig genügt. Die Sozialdemokratie ist darum verpflichtet, allen Verschlechterungen dieser Ordnung unter Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes Widerstand zu leisten.

Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag die Genossen in Stadt und Land nicht nur dazu auf, ebenso wie bisher standhaft um neue Mandate in den Gemeindevortretungen zu ringen, sondern auch dazu, allen Bestrebungen, das bestehende Wahlrecht direkt oder indirekt zugunsten der Arbeiterschaft zu ändern, auf das schärfste und mit allen Mitteln entgegenzutreten und dabei immer wieder die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts deutlich in den Vordergrund zu stellen.“

Für die Wahl der Delegierten zu den internationalen Arbeiterkongressen wurde folgender Wahlmodus beschlossen: Der ganze Agitationsbezirk bildet einen Wahlbezirk. Kreisorganisationen bis 3000 Mitglieder können einen, bis 6000 Mitglieder zwei und über 6000 Mitglieder drei Kandidaten vorschlagen. Die Wahl erfolgt in den Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Ortsvereine. Als gewählt gelten die Kandidaten, die im ganzen Agitationsbezirk die meisten Stimmen erhalten haben.

Als Sitz der Agitationskommission wurde wieder Altona, als ihr Vorsitzender wieder Genosse Bartels gewählt. Die Preschkommission für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ soll die Parteioorganisation von Groß-Niel wählen. Der nächste Parteitag soll in Kiel stattfinden.

**Der deutsch-tschechische Bruderkrieg.**

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ bespricht den vor einigen Tagen im „Vorwärts“ erschienenen Artikel des tschechischen Genossen J. Topalowitz. Die Aufstellung der Orientfrage und hebt besonders den Passus des Artikels, der sich gegen den „brudermörderischen Kampf zwischen deutschen und böhmischen Parteien“ wendet, hervor. Die „Arbeiterzeitung“ schreibt dazu:

„Der tschechische Genosse meint es sicher gut und seine Mahnungen sind wohl beachtenswert. Aber er kennt unsere guten tschechischen Freunde recht wenig, wenn er meint, bei ihnen mit Mahnungen zur sozialdemokratischen Vernunft auf bereite Gemüter zu stoßen. Wie sie diese brüderliche Mahnung aufnehmen werden, ersieht man schon aus der Bemerkung der „Delicate List“: Dieses wahrheitsliebende Blatt bringt nämlich die Verwegenheit auf, zu den Ausführungen des tschechischen Genossen den Kommentar zu schreiben, daß sie „offensichtlich an die Adresse der — deutschen Sozialdemokratie gerichtet“ seien! Obher kann die Entstellung wohl nicht gehen. Allerdings kann das tschechische Blatt die Entstellung erst wagen, nachdem es den Text des Genossen Topalowitz zu jener „Schlußfolgerung“ vorläufig — präpariert hat. Zum Beispiel schreibt Topalowitz, der „brudermörderische Kampf zwischen deutschen und böhmischen Parteien und Gewerkschaften“ solle gelöst werden. In der Uebersetzung der „Delicate List“ lautet diese (entscheidende) Stelle: „Schluß mit dem brudermörderischen Kampfe zwischen deutschen Parteien und Gewerkschaften!“ Dann weist Topalowitz darauf hin, daß es in Oesterreich-ungarn „eine Menge von selbständigen Parteien und Gewerkschaften“ gibt, was er als schädlich erachtet. Die „Partei und Gewerkschaften“ werden in der Uebersetzung ins Tschechische sorgfältig ausgelassen; der tschechische Leser darf nicht erfahren, daß der tschechische Genosse auch für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung plädiert! — Man könnte schon einmal die Frage aufwerfen, wie lange sich die tschechischen Arbeiter in Wien diese Art von Verdächtlichkeit gefallen lassen werden. . .“

Eine internationale Konferenz der sozialdemokratischen Arbeiter wurde im Anschluß an den 18. internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus am 11. und 12. September im Haag abgehalten. Außer dem internationalen sozial. Abstinenzsekretär, Genossen Dr. Honauer-Brüssel, nahmen daran Vertreter von Deutschland (Reumann), Oesterreich (Dr. Blasfas), Böhmen, Ungarn, Holland, Belgien, Frankreich und Italien teil. Den Vorsitz führte Schmidt-Amsterdam. Es wurde beschlossen, gegenüber den vorwiegenden bürgerlichen und Regierungstendenz, die den Kongreß beherrschten, dort entschieden den sozialistischen Standpunkt zur Geltung zu bringen und die Abstinenz als Mittel im Klassenkampf zu betrachten. Ferner wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die Alkoholfrage, insbesondere der Kampf gegen das Alkoholsyndikat auf der Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses gesetzt werde. Die Schaffung einer Zentralkommission für eine Zeitungs-korrespondenz wurde in die Wege geleitet. — Die Vertreter Hollands und Böhmens erklärten, daß ihre Landesgenossen jedenfalls das kürzlich von den Vertretern der Arbeiter-Abstinenzbünde Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz beschlossene gemeinsame Programm annehmen würden. Die Arbeiter-Abstinenzbewegung ist also die erste, die ein allgemeindeutsches und demnächst internationales sozialistisches Programm aufgestellt hat.

**Der Wahlkreis Imola gegen den Reformismus.**

Rom, den 30. September. (Fig. Ver.) Am Vorabend des Parteitages, der unwiderruflich am 15. Oktober stattfinden wird, haben die Delegiertenwähler der verschiedenen Sektionen manche Ueberzeugungen geäußert. Am überraschendsten ist aber das Ergebnis der Kreisversammlung des Wahlkreises Imola, der, früher von Andrea Costa vertreten, seit vielen Jahren zur reformistischen Richtung gehört. Imola hat diesmal mit seinen Traditionen gebrochen und hat die Tagesordnung Lebera gegen den Ministerialismus angenommen. Man darf darauf gespannt sein, wie sich der heutige Vertreter des Wahlkreises, Genosse Graziosi, der zu den entschiedensten Reformisten gehört, zu diesem Votum stellen wird. In der italienischen Partei erregt die Delegiertenwahl von Imola, das über eine ziemlich hohe Stimmengahl verfügt, das allergrößte Aufsehen.

**Schnelle Entwidlung der sozialistischen Presse in Amerika.**

Endlich ist das Eis gebrochen und der jahrzehntelangen mühevollen Aufklärungsarbeit unserer amerikanischen Genossen blüht der wohlverdiente Erfolg. Der sozialdemokratische „Herald“ spricht von einem „wunderbaren Erwachen“. Das Erscheinen neuer sozialistischer Zeitungen in allen Teilen des Landes ist einfach staunenerregend. Wie sah man in diesem Lande eine solche Bewegung zugunsten einer großen Sache. Fast jeden Tag kommt ein neues Parteiblatt auf die Anstaltschiffe unserer Redaktion. So gehen ganze Tonnen sozialistischer Propagandamaterials ins Volk, das in der aufnahmefähigen Stimmung ist, die seine Wirkung verbürgt. Die Bewegung geht sehr rasch vor sich. Doch ist dieser raschen Entwidlung eine jahrelange solide Grundlegung vorausgegangen, so daß keine ernste Gefahr vorliegt. Wir können auch dieses gewaltige Wachstum der sozialistischen Tagespresse in keiner Weise als künstlich ansehen. Die Bewegung hat sich zu dem Punkte entwidelt, wo sie ihre örtlichen Wendehüde nötig hat. Die politische Wirkung wird unvermeidlich sein.“

**Pollzeistliches, Gerichtliches usw.**

**Vereingekannter Reichsverbändler.**

Der Gutbesitzer Julius Hesse in Gutmannshausen bei Wuttstädt schloß sich durch einen Artikel im „Thüringer Landboten“, Volkskalender für 1911, desfalls beleidigt, weil das Schicksal einer polnischen Landarbeiterin geschildert wird, die in ihrem Dienstverhältnis zum Krüppel geworden und dann als lästige Ausländerin aus dem Großherzogtum Sachsen ausgewiesen sei. Das Mädchen habe angegeben, daß ihr Gutsherr sie nicht wieder beschäftigt habe, weil sie zu ihm nicht lieb gewesen sei. Obwohl nicht der Name des Gutbesizers und auch kein Ort angegeben war, klagte der Gutbesitzer Julius Hesse gegen den Landtagsabgeordneten Gaudert in Weimar. — Vor dem Schöffengericht im Wuttstädt erstreckte Genosse Gaudert den vollen Beweis der in dem Artikel gemachten Angaben. Es erfolgte deshalb auch die Freisprechung, obwohl sich der dem Hesse der Landwirte angehörende Rechtsanwalt Wötter in Wuttstädt die größte Mühe gab, dem Gericht zu beweisen, daß eine Verurteilung erfolgen müsse, weil ein sozialdemokratischer Parteisekretär gegen einen Vertrauensmann des Reichsverbandes in herabwürdigender Weise vorgegangen sei. — Beim Landgericht glaubte der Reichsverbändler mit seinem Anwalt, der gegenüber dem Genossen Gaudert verteidigenden Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, seine germanische Abstammung hervorzuheben, was ihm sofort die gebührende Abfertigung eintrug, mehr Glück zu haben. — Doch die Beweisabnahme bestätigte nicht nur in vollem Umfange die in dem Artikel behaupteten Tatsachen, sondern förderte für den Kläger noch andere, ihm nicht angenehm germanischer Abstammung die größte Mühe gab, die Verurteilung zu einer Verurteilung zu gewinnen, weil der Sozialdemokrat mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf die Landarbeiter gegen die Gutbesitzer aufbehe und nun gar einen Vertrauensmann des Reichsverbandes öffentlich herabgewürdigt habe, konnte das Gericht nicht anders, als die Verurteilung des Gutbesizers zu verwerfen und die schon einmal erfolgte Freisprechung des Landtagsabgeordneten Gaudert noch einmal zu bestätigen.

**Graf Wolff-Metternich vor Gericht.**

Gestern begann abermals die bekanntlich im Juli abgebrochene Verhandlung gegen den halb 25-jährigen Grafen Gisebert Wolff-Metternich, Sohn des Rittergutsbesizers und Kammerherrn Levin Graf Metternich. Der Angeklagte wurde, wie unseren Lesern erinnerlich ist, wegen allzu großen Schuldenmachens als junger Mensch nach Chile geschickt. Er war dann in verschiedenen Stellungen in Buenos-Aires tätig, kam nach Deutschland zurück, machte wieder in Schulden. Ihm wurde schließlich das Haus seines Vaters verboten. Mit 4000 M. ausgestattet, fuhr er wieder nach Südamerika, kam aber bald nach Deutschland zurück. Im Mai 1909 kam er nach Berlin und trat mit einem Geisteskrankheitsarzt in Verbindung, damit dieser ihm eine reiche Frau besorge. Vom Vater erhielt er nur einen monatlichen Zuschuß von 30 M., machte aber außerordentliche Schulden. Später verheiratete sich der Angeklagte in Wien mit der Schauspielerin Kasentin. Er geriet in den Verdacht, Mitglied einer internationalen Hochkaplerbande zu sein, zu der Bekannte von ihm, der Handlungsgehilfe Stalkmann, welcher sich Baron von König nannte, und der Kapitän Newton gehörten. Wegen Falschspiels wurde er am 10. Dezember 1910 verhaftet und von Oesterreich ausgeliefert. Die Falschspiellafäre hat sich hingezogen, weil der Hauptangeklagte Stalkmann geloben war.

In der vorliegenden Verhandlung handelt es sich um eine von der Falschspiellafäre abgetrennte Anklage wegen Betruges. 31 Betrugsfälle werden dem Angeklagten zur Last gelegt. Hohe Beträge soll der Angeklagte sich durch seinen langhollischen Namen und vor allem dadurch verschafft haben, daß er die Ansicht verbreitet und bekräftigt habe, er habe begründete Hoffnung, sehr reich zu heiraten. Insbesondere habe er wissenlich falsch behauptet, Anklage zu haben, sich mit Frau Dolly Landsberger, der Tochter der Frau Wolf Wertheim, verheiratet zu können. Dolly Landsberger war als noch nicht 16-jähriges Mädchen mit einem Dr. Landsberger verheiratet worden und hatte sich kurz nach der Hochzeit im „Hotel Verplanade“ aus dem Fenster gestürzt. Ihre Heilung hatte längere Zeit gedauert, Scheidung der ersten Ehe ist erfolgt. Während der Angeklagte behauptet, dadurch zu der Annahme berechtigt gewesen zu sein, daß Dolly Landsberger ihn heiraten werde, hatte deren Mutter, Frau Wertheim, in der letzten Verhandlung als Zeugin bekundet, davon hätte gar keine Rede sein können, der Begründung ihrer Tochter sei ein Leutnant Wetter gewesen, es hätte stets geheißen:

Wetter — ja, Wetter — nicht.

Wenn er eingeladen war, die Wertheimsche Familie auf der Reise zu begleiten, so habe man angenommen, daß er als eine Art Reise-marschall gegen Bezahlung die Reise mitmachen solle.

Die Verteidigung hatte die Glaubwürdigkeit der Aussagen der Frau Wertheim bestritten und beantragt, sie nachmals sowie die Tochter Frau Dolly Landsberger zu vernehmen. Dem Antrage war stattgegeben. Die beiden Frauen haben aus Meran ärztliche Zeugnisse eingesandt, nach denen sie krank seien. Ein Antrag der Verteidigung, einen Gerichtsarzt nach Meran zu entsenden, um über den Gesundheitszustand Bericht zu erhalten, ist vom Gericht abgelehnt.

In der gestern eröffneten Verhandlung fehlten von den Zeugen Frau Wolf Wertheim, Frau Dolly Landsberger, Dr. Artur Landsberger und eine Reihe anderer von der Verteidigung geladener Zeugen.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellen die Verteidiger Dr. Jaffe und Dr. Alberg einen

**Ablehnungsantrag**

gegen den Vorliegenden, Landgerichtsdirektor Gröger, und einen Beisitzer. Der Angeklagte hege gegen den Vorsitzenden aus folgenden Gründen Verformisn der Befangenheit: Der Justizminister habe den Untersuchungsrichter angewiesen, die Voruntersuchung wegen Falschspiels dem Geich entgegen nicht abzuschließen. Die vorliegende Betrugsanklage sei eingeleitet, wiewohl die Staatsanwaltschaft ihn früher außer Verfolgung gesetzt habe, weil in der Falschspiellafäre eine Freisprechung mit Sicherheit zu erwarten sei. Die Einmischung von oben erzeuge sich auch daraus, daß dem Staatsanwalt Dr. Schwiderrath die Genehmigung zur Zeugenauskunft nicht voll erteilt sei, es sei auch versucht, eine falsche Genehmigung dem Landrichter Dr. Kay zu entziehen. Angeklagter sei der Ansicht, an höherer Stelle würde seine Freisprechung unangenehm auffallen, weil sie zum Ausdruck brächte, daß man einen Reffen des deutschen Vorkämpfers in London auf unzureichenden Verdacht hin vom Ausland habe ausliefern lassen und über neun Monate in Untersuchungshaft gehalten habe. Wahrscheinlich sei dem Vorstehenden diese Auffassung des Justizministeriums mitgeteilt und er somit beeinflusst. So erkläre sich auch nur, daß der Vorsitzende erklärt habe, er werde jede Gemeindeführung ablehnen, welche Angriffe gegen die obwiesende, höchstwillig von der Gerichtsstelle fernbleibende Frau Wertheim enthalte. Eben darauf sei zurückzuführen, daß der Antrag auf Entsendung eines Gerichtsarztes nach Meran abgelehnt war. Ferner lehne der Angeklagte den Beisitzer Landrichter Briener ab, dessen Zwischenbemerkungen in der vorigen Verhandlung erregten, daß er Dinge, die er auf privatem Wege erfahren habe, bei seiner Nichterträglichkeit zur Anwendung bringen wolle. So habe der Beisitzer auf einen Einwurf des Angeklagten, er habe damals Geldmittel gehabt, geäußert: Ja, woher sollten Sie denn das Geld? Ich weiß es ja, aber ich darf es nicht sagen. Ferner habe der Beisitzer auf den Antrag, den Justizrat Weisbach zu vernehmen, geäußert: Ist der Justizrat Weisbach etwa Sandhals der Firma A. Wertheim? Und auf die bejahende Antwort: So ja, das wollte ich nur wissen.

Der Angeklagte Graf Wolff-Metternich behnt das Ablehnungs-gesuch auf alle Beisitzer aus, die in der letzten Sitzung mitgewirkt hatten. Das sind: Landgerichtsrat Eisner und Landrichter Renard.



Der Beifitzer Landrichter Brieskorn hat der vorigen Verhandlung nicht beigewohnt. Der Angeklagte erklärt unter anderem, ihm sei aus authentischer Quelle mitgeteilt, die Kammer habe bereits ein Urteil davon festgelegt: ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Das tue man nach derselben Quelle, weil man doch einen Grafen Metternich, der noch dazu Neffe des deutschen Botschafters in London sei, nicht solange in Untersuchungshaft lassen könne, ohne ihn entsprechend zu bestrafen. Das würde auch dadurch wahrscheinlich gemacht, daß gegen ihn erst vorgegangen sei, als der Botschafter in London auf Anfrage bei der Staatsanwaltschaft erklärt habe, er werde die Schulden seines Neffen nicht bezahlen. Es liege die Befürchtung einer Beeinflussung der Richter von Seiten der vorgehenden Behörde vor.

**Verhandlung über das Ablehnungsgefuhr.**  
Unter Vorsitz des Landrichters Brieskorn tritt hierauf ein Drei-Richter-Collegium in Tätigkeit, um die Ablehnungsanträge zu prüfen. Dasselbe verhandelt mündlich. Angeklagter führt noch neu zu seinem Ablehnungsantrag hinzu, im Untersuchungsgefängnis sei er krank und schwach geworden, er habe auf dem Weite gelegen und sei mit 48 Stunden bei Wasser und Brot bestraft worden, weil er beim Eintritt eines Obergewächters nicht sofort aufgestanden war. Die abgelehnten Richter erklären, daß ein Grund zu einer Ablehnung nicht vorliegt. Weber vertritt noch offiziell eine Beeinflussung von oben vorgelegen, die angebliche Verfügung des Justizministeriums kennen sie nicht und glauben auch nicht, daß eine solche vorliegt. Landrichter Briener erklärt, die Frage wegen des Sanitäts habe er zu seiner Information gestellt.

Nach kurzer Beratung lehnt das Gericht die Ablehnungsanträge ab. Es wird nun in die

**Verhandlung selbst**  
eingetreten. Bei seiner Vernehmung erklärt der Angeklagte unter anderem: Bei der projektierten Reise mit Bertheims habe er keineswegs die Rolle eines Reisemarschalls gespielt. Stundenlang habe er täglich mit Frau Dolly Landsberger verkehrt, sie seien auch zusammen im Auto spazieren gefahren. Es sei auch vorgekommen, daß die Eltern abends zu Bett gingen und er der Tochter auf Anforderung der Mutter noch bis 1 Uhr nachts Gesellschaft leistete. Sie hätte sich dann auf ein Chaiselongue gelegt und er auf einem Taburett vor ihr gesessen. Sie hätten sich Du genannt und auch geküßt. Der ganze Verkehr habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er als Schwager sohin angesehen gewesen sei. Er habe mit Frau Dolly mit Frau und Braut verkehrt. Oft habe er bei den starken Gegensätzen zwischen Mutter und Tochter den Vermittler gespielt. So sagte die Tochter zur Mutter: Du mit Deiner Vergangenheit darfst Du doch überhaupt nichts erlauben. Da beruhigte ich beide, Frau Bertheim lehnte den Kopf an meine Schulter und dankte mir. Auf die Frage, wie er zu der Annahme gekommen sei, ohne Mittel die Frau Dolly zu heiraten, erklärt der Angeklagte: Frau Bertheim wollte ihre Tochter gern wieder verheiraten. Die erste Ehe war schief gegangen, nun sollte die Tochter einen Grafen haben. Es kommt ja häufig vor, daß Töchter begüterter Eltern, die gern einen Namen haben wollen, auch jemanden nehmen, der kein Geld hat. Am 8. Januar schrieb mir Frau Bertheim, vorläufig möchte ich nicht kommen, die Tochter sei krank. In Wahrheit lag die Sache so: Der Kommandeur des 2. Garderegiments hatte seinen Offizieren verboten, im Hause Bertheim zu verkehren. Deshalb wurde die Krankheit vorgefertigt. Daß sich Frau Bertheim schäme, geht auch daraus hervor, daß sie ganz erstickt war, als sie bei einer Unterredung mit dem Fürsten Salim-Selim hörte, daß ich auch mit dem österreichischen Kaiserhaus verwandt sei, weil der Prinz mit einer Tante von mir und auch mit dem österreichischen Kaiserhaus verwandt ist. Wenn Bertheims später mit der Heirat anderen Sinnes geworden sind, so mag das daher rühren, daß sie wohl gehört hatten, daß ich auf die Kandidatur einer reichen Heirat hin schon Geld aufzunehmen suchte. Meine jetzige Frau hat eigenes Vermögen und ein jährliches Einkommen von 50-60 000 Mark. Mehrere Heiratsvermittlerinnen hatte ich an der Hand, denen ich erklärt hatte: unter einer Million tue ich es nicht, es müße aber auch eine gute Familie sein.

Die Verteidigung beantragt, den Medizinalrat Dr. Hoffmann zur Erstattung eines Gutachtens über die ausgebildeten Zeugen der Bertheimschen Familie nach Meran zu senden und die Heiratsvermittlerin Fräulein vermittelte Bornlein als Sachverständige darüber zu vernehmen, daß ein Heiratskandidat mit dem Namen Graf Wolff-Metternich mit Leichtigkeit Partien mit Wittgen von vielen hunderttausenden Mark haben könne. Die Anträge der Verteidigung werden abgelehnt.

**Beweisaufnahme.**  
Einige Krankenschwestern, die Frau Dolly Landsberger nach ihrem Sprung aus dem Fenster des Esplanadehotels gepflegt haben, bekunden, daß das Verhältnis zwischen Mutter und Tochter das denkbar schärfste war. So bekundet die Krankenschwester Alex, Frau Bertheim habe der Tochter gegenüber die gemeinsten Schimpfwörter gebraucht, wie „elliche Jüdin“, „Nest“, „Bestie“, „Dirne“, „Frauenszimmer“ und Schmutzige, aus dem Servallenden entnommene Schimpfwörter. Als Frau Bertheim von der schlechten Erziehung ihrer Tochter sprach und diese fragte, warum man sie nicht in eine Pension geschickt habe, antwortete Frau Bertheim: Dann wärst Du von einem Handwerker schwanger nach sechs Wochen wieder nach Hause gekommen. Wichtig sei auch, daß Frau Bertheim wiederholt ihre Tochter veranlassen wollte, in dem Scheidungsprozeß falsche Anschuldigungen zu erheben. Frau Bertheim habe wiederholt Briefe des Dr. Landsberger an seine Frau abgelesen und nicht abgeleitet. Die Krankenschwester Rose Kob bekundet, zwischen Mutter und Tochter sei es oft zu heftigen Szenen gekommen. Als die in Melanostetgen befindliche Frau Dr. Dolly L. mal gebeten habe, einen anderen Weg als den beim Spazierfahrten einzuschlagen, auf dem sie so viele Bekannte treffe, habe die Mutter aus vollem Halse geschrien: Wenn sie Dich sehen, sehen sie nichts weiter als eine... (hier habe ein gemeines Schimpfwort eingesetzt). Oft sei die Tochter von der Mutter mit den unflätigsten Schimpfwörtern belegt. Frau W. habe mal zu ihrer Tochter gesagt, ihr Großvater habe nicht umsonst die Willkuren zusammengestrichen, damit sie Champagner kaufen und sich amüsieren könnte. Einmal habe sie erklärt: Ich will Dir nur eins sagen, ich habe Deinen Vater zugrunde gerichtet und richte auch Dich zugrunde.

Zwei Offiziere, die im Hause Bertheim verkehrten, bekunden, der Angeklagte habe sich immer so gegeben, als ob er Hoffnung auf eine Heirat mit Frau Dr. Dolly L. habe. Die frühere Erzherzogin der Dolly L., Fräulein v. Danstein, bekundet: Es hat oft böse Szenen zwischen Mutter und Tochter gegeben. Die Mutter hat oft sehr unanständige Worte gebraucht. Sie sagte auch, sie habe ihre Tochter und habe sie auch schon vor der Geburt geküßt. Dolly ist oft von der Mutter mißhandelt worden. Frau W. legte immer besonderen Wert auf langwolle Namen. So sagte sie mal zur Tochter: „Jetzt wäre der Herzog der Abzuger für Dich fällig gewesen.“

Staatsanwaltschaftsrat Schwickler, der in einer Strafsache gegen Et. Landsberg die Bearbeitung hatte, bestätigt die Richtigkeit des Inhalts mehrerer von der Verteidigung vorgelegter Briefe an Dr. Landsberger. In einem Brief der Frau Dr. Dolly heißt es mit Bezug auf ihre Mutter: Eins ist sicher, daß seit dem 1. Juni etwas in mir vor sich geht, als diese Frau, die meine Mutter ist, mich bestrafe. Mir war, als ob etwas in mir tot sei, es wird auch nie mehr in mir aufleben. In einem anderen Briefe wird mitgeteilt, als eine Frau Solbach Frau Bertheim um Abnahme einiger Willkuren zur Unterstützung jüdischer Kinder bittet, daß, habe die Mutter geantwortet: Hält mir gar nicht im Traume ein; wenn nicht eine Orzele mich bittet, denke ich gar nicht daran, zu geben. Wiederholt gibt in den Briefen Frau Dr. Dolly L. dem Gedanken Ausdruck, wie traurig es für sie sei, täglich und stündlich mit einer Frau zusammenzuleben, die die Mutter ist und der man fremd gegenübersteht, ja, die man nicht einmal achtet. An einem Tage habe die Mutter zu ihr gesprochen: Mir ist es lieber, Du wärst die Maitresse eines Prinzen, als die Frau irgendeines Herrn Wäner. In einem Brief Ende 1907 heißt es: Ich bin schon geküßt worden, ehe ich lebte. Mama erzählte mir hundertmal, wie sie mich hatte. Nur den einen Wunsch hatte sie in dieser Zeit, von der „Unbequemlichkeit“ befreit zu sein. Ich war das Kind des

Mannes, den sie hatte und sie übertrug den Haß auf mich. Meine erste Erinnerung aus meiner Kindheit ist die: Ich lag im Wagen. Mama zeigte mir ein Bild und sagte: das ist Deine Tante. Es war ein Bild einer Maitresse meines Vaters. Von dem Sumps in der Seele dieser Frau, die meine Mutter heißt, machst Du Dir keine Meinung. Du, ich nicht zu lange in dieser Halle. Ich schäme mich, diese Frau als Mutter zu haben.

Der frühere Staatsanwalt, jetzige Landrichter Dr. Koh bekundet, daß mal eine Strafsache gegen die Schwiegermutter der Frau Bertheim, eine Frau Vinkus, geführt sei. Das Verfahren beruhte auf einer Strafanzeige der Frau Bertheim. Frau Vinkus war die Mutter ihres später von ihr geschiedenen Mannes. Frau Vinkus war mal als Beugin vor dem Kammergericht vernommen, da hatte Frau Bertheim an sie Briefe aus alter Zeit gerichtet. Die Antworten der damals 70jährigen Dame sollten nach der Behauptung der Frau Bertheim unrichtig sein. Das Verfahren wurde eingestellt.

Da der Angeklagte erklärt, so erschöpft zu sein, daß er der Verhandlung nicht mehr folgen könne, wird diese auf heute 9 Uhr vormittags vertagt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Konferenz über die Berufsberatung des weiblichen Geschlechts.

Tief empfundene soziale Gebrechen sind die Veranlassung, welche die Leiterinnen der deutschen Anstaltsstellen und viele für Volkswohlfahrt interessierte Persönlichkeiten am Freitag und Sonnabend im Berliner Rathaus zu einer Konferenz vereinigten. Die Vorsitzende wies in ihren einleitenden Worten, anknüpfend an den neuen Roman H. G. Wells, daraufhin, daß frühere Staatsmänner Gesetze ohne besondere Rücksichtnahme auf die Frauen geschaffen, daß ein moderner Politiker das nicht mehr könne. Abdann hielt Dr. Silbermann ein Referat, indem er darlegte, daß die anarchische Art der Berufswahl, die durch die Entwicklung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände entstanden, ein Uebelhandnehmen ungelernter Arbeit gezeitigt, und daß dadurch nicht nur die betreffenden Individuen, sondern die ganze Volkswohlfahrt leide. Deshalb man diesem kleinen Uebel, der seinen Schritten nach immer für ja n d e s s e m ä h e Untersuchungen der erwerbsbedürftigen Frauenwelt eintritt, in einer so zahlreichen von berufenen Frauen aller Schattierungen belebten Konferenz, die sich für die allgemeinste Berufswahl zusammengefunden, gerade dieses einleitende Referat zugewiesen, erscheint rätselhaft. Es wäre denn, daß die Damen gern einen Herrn mit auf dem Podium sitzen haben wollten. Es erhielt abdann das Wort zu einem Vortrag Frau Levy-Kathena, von der die direkte Anregung zu dieser Konferenz ausgegangen. Sie legte ihrem Referat folgende Leitfäden zugrunde: Die Berufsberatung des weiblichen Geschlechts muß Frauen aller Altersstufen und aller Stände umfassen. Die schulentlassene Jugend, der zumeist der Rat weitblickender Mütter und der Einfluß der Berufsberatung fehlt, bedarf verständnisvoller Führung, die ihr die rechten Wege für die Berufswahl weist. Für ältere, unvorbereitete zum Erwerb gezwungene Frauen ist planmäßige Fürsorge erforderlich. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es zweckmäßig, die Beratung des weiblichen Geschlechts nach besonderen Gesichtspunkten und getrennt von der für männliche Personen auszugestalten. Als Grundlage für die Auskunftsberatung dient die Beschaffung zuverlässigen Nachrichtenmaterials. Die für die Beratungstätigkeit erforderlichen umfassenden Kenntnisse müssen durch einschlägige Studien erworben und durch dauernde methodische Fortbildung erweitert werden. Die gemeinnützige Beratung soll in einer objektiven Kennzeichnung der Berufsbedingungen, unter Hinweis auf die Anforderungen, die sie in geistiger, körperlicher, sittlicher und materieller Hinsicht stellen. Die Angliederung von Lehrstellen oder Stellenvermittlung, von Darlehens- und Unterhaltungsstellen usw. ist nicht zweckmäßig, weil sie das ideale Ziel einer von Augenblicksercheinungen und unbefriedigten, unparitätischen Beratung und Aufklärung in den Hintergrund drängen. Mittel der Beratung und Belehrung sind Sprechstunden, schriftliche Auskünfte, Vorträge in Schulen, an Elternabenden, in Bildungsvereinen, Werkstätten, Wegweiser, Auskunftsblätter, periodische Veröffentlichungen usw. Die erstbestmögliche Ausgestaltung der Beratungstätigkeit ist die Schaffung allgemeiner, öffentlicher Berufsämter mit Frauenabteilungen unter geschulter weiblicher Leitung. Zur Erreichung dieses Zieles ist der Zusammenschluß der bestehenden Organisationen und die Einrichtung eines gemeinnützigen, vordbildlich wirkenden Frauenberufsamtes, dem Verweisen aus öffentlichen Mitteln zu gewähren sind, notwendig. Meta Gadesmann-Diffendorf unterzog in einem weiteren Referat die Organe der Berufsberatung einer scharfen Kritik, in der sie nachwies, daß sie meistens ganz unzureichend, daß sie keine Fühlung mit den tatsächlichen Verhältnissen, mit der Schule und dem Arbeitsmarkt hätten. Ueber die Aufgaben von Schule und Lehrerschaft in Beziehung auf die Berufsberatung sprach Fräulein Martha Wenzlich, über die Aufgaben der Arbeitsnadmeweise Fräulein Edith Klausner und über die Aufgaben der Berufsorganisationen Fräulein M. Behm.

Die Diskussion ergab fast von allen Seiten die gleichen Klagen, das verfehlte Wirken der (bürgerlichen) Zeitungen und Zeitschriften, das Verjagen der Schule, weil die Oberlassen meistens in Händen von Männern, die gar nicht geeignet, die Mädchen richtig zu beurteilen, insbesondere in Rücksicht auf einen Beruf. Besonders ernstlich berührten die Worte der Vorsitzenden des Bundes Deutscher Frauenvereine, Fräulein Dr. Beumer, die rückhaltlos ähnlich erklärte, daß an den höheren Schulen, bedingt durch die heutige (reaktionäre) Schulpolitik, den jungen Mädchen von den Direktoren falsche Richtwege für die Berufswahl angewiesen würden. Es wäre Zeit, meinte diese Rednerin, daß ein Erlaß des Kultusministeriums endlich einmal diese Materie regelt. Es wurde auch vielfach auf England hingewiesen, das sich die Erfahrungen der Deutschen zunutze gemacht und schon im November v. J. ein Gesetz herausgebracht, wonach die Schulleistungen sich um die Berufswahl verdient machen können und sollen. Im großen und ganzen lief der Wunsch der Anwesenden darauf hinaus, daß ein Berufsamt von Staat wegen geschaffen werden müsse. Es sei das notwendig für männliche und weibliche auf Erwerbsarbeit angewiesene Elemente. Und so lange eine so wichtige Angelegenheit, wie die gesamte Berufsbildung unseres Volkes, auf die privaten Organe betreffs der Berufswahl angewiesen ist, wird auch trotz aller vollen jüngerer Anschlüsse wahrscheinlich nicht Gefundes herauskommen, denn unsere privaten Vereine haben doch alle mehr oder weniger ihre Sonderinteressen im Auge, die sie am allerwenigsten bei Berufsberatung zurückstellen werden. Eine besondere Frage bleibt auch noch, wie die älteren, durch Todesfälle oder anderes Unglück plötzlich vor die Berufswahl gestellten ungelernten weiblichen Wesen beraten werden sollen. Es wurde schließlich zur Gründung eines Verbandes der Auskunftsstellen für Frauenberufe geschritten und auch die Herausgabe eines vorläufigen Berufsleiters beschlossen.

Was aus dieser Gründung hervorgehen wird, ist heute nicht zu beurteilen. Es kann etwas sehr Gutes werden, das sich zur Wohlfahrt des Landes und seiner Kinder auswirken kann, wenn die richtigen Kräfte an die Spitze des Verbandes gelangen. Es kann aber auch etwas werden, woran die Sozialdemokratie dauernd ein scharfes Auge zu richten gezwungen sein wird, einmal der Leitung wegen, die rein-bürgerlich, und — wenn Regierungs-einflüsse reaktionärer Art, wie wir sie heute also schon bei den Beratungen der höheren Töchter, die man ungern habieren sieht, die man lieber den Frauenschulen und Seminaren zugeführt läßt — sich auch bei der Berufswahl unserer Volksschülerinnen geltend machen sollten. Alles, was die Jugend betrifft, betrifft uns, und diese Sache betrifft, wie keine andere, unsere arbeitende Jugend.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Landfriedensbruchprozess,

so berichtet man uns unterm 8. Oktober aus Halle z. S., beschäftigte am Montag von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr nachts das hiesige

Schwurgericht. Angeklagt waren zehn Ruchsergesellen und des Geschirrführer Körner von Scheuditz und Umgegend, die sich gelegentlich der Ruchserausperrung am 18. Februar auf der Chaussee nach Pöppig zusammengetrotet und Gewalt gegen einen Arbeitswilligen transport begangen haben sollen. Arbeitswillige aus Leipzig hatten bei der bestreiten Firma Kunat in Scheuditz Hausfriedensdienste geleistet und sich am erwähnten Tage, einem Sonnabend, in einem mit Felten behängten und einer Plane überzogenen Wagen nach Pöppig schaffen lassen. Sieben Männer und eine Frau hatten es sich in der Mitte des Wagens auf Schemeln und Bänken bequem gemacht und als der merkwürdige Transport auf Lützschena zuzufuhr, sollen mehrere Angeklagte mit Steinen nach den Insassen geworfen haben. Ein einziger Arbeitswilliger namens Reihner wurde durch einen Steinwurf am Schenkel verletzt und will infolge dessen einige Wochen arbeitsunfähig gewesen sein. Der Angeklagte Körner war der Geschirrführer des Gefährts gewesen und die Staatsanwaltschaft vermutet, er habe mit den ausgesperrten gemeinsamen Sache gemacht und sei langsam gefahren, damit die Streikenden dem Geschirre bequemer folgen konnten. Zur Beweisaufnahme waren über 50 Zeugen aufgeboden, von denen aber niemand befragen konnte, daß die Angeklagten gewesen hätten.

Der Benannte Rechtsanwalt Heinemann-Berlin hielt eine ausgelegte Verteidigungsrede, in der er u. a. darauf hinwies, daß, wenn man diese Angeklagten wegen Gewalttätigkeit gegen Personen verurteilen wollte, man auch eine Anzahl Studenten, von denen einer eine Latere demoliert, wegen Landfriedensbruch bestrafen könnte. Der hiesige Rechtsanwalt Spilling, ein Herr, der gewöhnlich Reichsberhandlungsleute vertritt, und unglücklicherweise als Officialverteidiger Körners fungierte, hielt mehr eine Kriegervereinsrede als ein Verteidigungsrede, indem er erklärte, als er

### von der Uebung aus dem Kaisermandat

heimgekehrt sei, wäre er nicht angenehm davon berührt gewesen, daß er Landfriedensbrecher verteidigen sollte. Einige Angeklagte habe man ihm abgenommen und er hätte sich noch mehr gefreut, wenn man ihm auch noch als Verteidigung abgenommen, dann hätte er doch nicht bis zum späten Abend im Gerichtssaal verweilen brauchen. Mit der Rede, die mit allgemeinem Kopfschütteln aufgenommen wurde, hat Herr Spilling das Officialverteidigersystem recht drastisch illustriert.

Von den Angeklagten wurden schließlich zwei freigesprochen, sechs wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je vier Monaten, einer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und bezüglich zweier Angeklagter wurde die Verhandlung vertagt.

## Aus aller Welt.

### Die Sturmverheerungen.

Immer noch treffen Nachrichten ein, die von weiteren Opfern des furchtbaren Sturmes zu melden wissen, der am Sonnabend und Sonntag in der Nordsee wüthete. In Hamburg ist der Dampfer „Herbrand“ eingetroffen, dessen Kapitän berichtet, daß in der Nähe von Behmarn in der Nacht zum Montag ein unbekanntes Segelschiff mit der ganzen Besatzung gesunken ist. — Der Kahn „Wilhelmina“, der mit einer Ladung von 800 Tonnen Kohlen vom Schlepper „Maria I“ von Duisburg nach Antwerpen geschleppt wurde, ist Montag nacht infolge des herrschenden Sturmes in der Steenbergischen Bucht bei Zeeland gesunken. Die Besizerin des Rahnes ist mit fünf Kindern und zwei Mann der Besatzung ertrunken. — Wie ein Telegramm aus Ostende meldet, ist die Fischerbarke Nr. 200 während des Sturmes an der holländischen Küste mit drei Mann Besatzung gesunken. Von Bord mehrerer Fischerdampfer sind Matrosen über Bord gespült worden und ertrunken. Von fünf Booten, die sich noch auf See befinden, hat man keine Nachricht. — Nach einer telegraphischen Meldung aus Amsterdam sind von 180 Booten der Ruchserflotte des holländischen Dorfes Bruinisse während des Sturmes am Sonntag 120 verloren gegangen oder stark beschädigt worden. Auf den Rüssen sind zwischen Dordrecht und der Nordsee 45 Boote gesunken. Die Mehrzahl der Mannschaften ist ertrunken. Bei Steenberg sollen 28 Leichen angetrieben worden sein.

### „Nationale“ Jugendpoesie.

Die „Unib.-Ztg.“, „Zeitschrift für nationale Jugenderziehung“, bringt in ihrer Nummer vom 15. September 1911 folgendes grüßlichschöne Poem:

#### Heidentraum.

- Der Junge schläft.  
Von weitem hört er noch Kommando schallen,  
Von ferne sieht er noch Kameraden wachen  
In Kameradschaft frisch bereit und wohl  
Im Herzen Lust, die Seel' so voll.
- Der Junge schläft.  
Im Traum' hebt er die Hand zu neuen Taten.  
Er sieht als Heldherrn sich in Schaar der Kameraden.  
Er schaut den Feind, die Rahn' ergreift er da  
Und stürzt auf ihn mit gellendem Ruf „Hurra“.
- Der Junge schläft.  
Er liegt am Schlachtenfeld, sein Auge bricht.  
Der Kaiser steht vor ihm, der sieht ihn an und spricht:  
„Ein Vorbild liegst hier, zu Tod' verwundet,  
Rehmt euch ein Beispiel dran an diese Stand“.
- Der Jung' erwacht.  
Er steht sich um, er liegt im warmen Bett.  
„O Gott, wenn ich nur wirklich am Schlachtenfeld liegen hätt'!“  
Darum der Jung' so lähn gebacht, ich weiß's genau,  
Es war sein erster Tag in blau-weiß-blau“.
- Dieses Gedicht stammt von Martin Costa,  
einem jungen Dostreicher.

Das ist eine Probe jener gesinnungstüchtigen „Poesie“, durch die „nationale“ Jugendzeitschriften die Jugend zu „erziehen“ bemüht sind!

Und für solche Zwecke hat der preussische Landtag eine Million bewilligt!

### Kleine Notizen.

Helene v. Dönniges gestorben. In München hat sich am Dienstag Frau Helene v. Schewitsch durch Einnehmen von Gift das Leben genommen. Die Verstorbenen, die als Mädchen Helene v. Dönniges hieß, war die Ursache zu dem Duell, in dem Ferdinand Vassalle fiel.

Zähliger Abzug eines Fliegers. Nach einer Meldung aus Spokane (Ver. Staaten) ist der Flieger Cromwell Dixon am Dienstagnachmittag aus einer Höhe von 100 Fuß abgestürzt; er war sofort tot.

Die schlechte Jenseit. Der Oberlehrer Jömer vom Magdeburger Realgymnasium wurde Dienstag nachmittag in seiner Wohnung von einem Oberretterianer vertrieben Anhalt durch Revolverkugeln schwer verletzt. Der Täter machte einen Selbstmordversuch, verletzte sich aber nur. Er wurde verhaftet und vorläufig nach dem Krankenhaus gebracht. Der Schiller schloß sich durch das Zeugnis des Lehrers benachteiligt.







## Das Lob der Reichs-Verversicherungsordnung.

11.

Das Charakteristische bei der Erledigung der Reichsversicherungsordnung ist, daß sie den bestehenden Rechtszustand verschlechtert und zwar über die Vorlage der Regierung hinaus. Es ist deshalb ein ganz unehrliches Spiel, wenn von den Zentrumsanhängern wehmütig erklärt wird, wir könnten nicht anders, die Regierung ließ nicht die Erfüllung ihrer Wünsche zu. Gewiß hat sich die Regierung gegen eine weitere Belastung gestraubt, aber ob sie in allen Fragen bei einem entschiedenen Auftreten des Reichstages bei ihrer ablehnenden Haltung geblieben wäre, ist sehr fraglich. Hinter der entschiedenen Haltung der Regierung verbirgt sich nur eine Ausrufe des Zentrums, das heillos ist, von sich die Verantwortung auf die Regierung abwälzen zu können. Die letzte Entscheidung der Sozialdemokratie zur Reichsversicherungsordnung war nicht geleitet durch die Ablehnung so vieler berechtigter Forderungen der Arbeiter auf eine Mehrleistung der Versicherung, sondern von dem Gesichtspunkt gefaßt, daß unter keinen Umständen wichtige Rechte der Arbeiter preisgegeben werden dürfen. Aber diese Preisgabe der Arbeiterrechte vollzog das Zentrum auf Wunsch der Scharfmacher im eigenen Lager und um der Regierung zu zeigen, daß seine Mitwirkung unentbehrlich ist. Die Befestigung ihrer Position erschien ihnen mit der Preisgabe wichtiger Arbeiterrechte nicht zu teuer erkauft.

Den christlichen Arbeitern muß natürlich vorgerechnet werden, daß alles versucht wurde, mehr zu erreichen; wenn nicht die Sozialdemokratie. Das ist die Melodie, die Herr Königbauer in seiner Schrift anstimmte. Man gibt zu, daß die Vertreter des Zentrums in der Kommission bei verschiedenen wichtigen Fragen gegeneinander stimmten, bis dann schließlich der eiserne Ring geschlossen wurde, der die Seitenhänge des Herrn Becker und Schirmer nicht mehr zuließ, und nun mußten die Herren selbst daran gehen, die von ihnen ehemals empfohlenen und angenommenen Anträge zu beseitigen; zur Strafe dafür, daß sie Herrn Gerold, Jel, Sibe und Trimborn nicht immer gefolgt waren. Sie haben den Auftrag gut, aber mit wenig Rannschwürde durchgeführt. Es ist ganz dankenswert von Herrn Königbauer, daß er in seiner Broschüre die Beschlüsse des christlichen Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1909 und des Verbandes der katholischen Arbeitervereine für Süddeutschland vom Jahre 1910 wiedergibt. Sehen wir zu, was hat die Zentrumsfraktion und ihre Arbeitervertreter zur Erreichung der dort aufgestellten Wünsche im Reichstag unternommen. Wir greifen nur einige und wichtig erscheinende Punkte heraus. In den Leitfähen des christlichen Gewerkschaftskongresses zur Reichsversicherungsordnung heißt es u. a.:

„Die Einschränkung der ersteinstantlichen Befugnisse der Träger der Unfall- und Invalidenversicherung — die allen Rechtsgrundlagen zuwider Partei und Richter sind — durch die den zu schaffenden „lokalen“ Versicherungsämtern in der Versicherungsordnung zugeordneten Kompetenzen im Rentenfestsetzungsverfahren ist zu begründen.“

Das war die Stellung zu dem Rententwurf, in der endgültigen Vorlage ließ die Regierung diese Bestimmung, die der Kongress ganz guttunlich lobend erwähnt, auf Verlangen der Scharfmacher fallen. Von keinem der Zentrumsabgeordneten ist auch nur in der Kommission der Versuch gemacht worden, einen Antrag im Sinne der Kongressleitfähen zu stellen, im Gegenteil, man bekämpfte sofort einen dahingehenden Antrag der Sozialdemokraten. Herr Erzberger hielt eine große Anklagerede gegen die Versicherungsämter und bewirkte schließlich entgegen den Absichten der Regierung die Abhängigkeit des Versicherungsamtes von der unteren Verwaltungsbehörde.

In den Leitfähen heißt es weiter: „Den Versicherten ist das gesetzliche Recht auf Vertretung vor den entsprechenden Instanzen durch Vertrauenspersonen zu sichern.“

Dieses Verlangen hat das Zentrum in das Gegenteil umgemünzt; es hat in § 1604 den Arbeitersekretären die Vertretung vor dem Versicherungsamt direkt verboten, aber den Berufsgenossenschaften die Stellung eines Vertreters gestattet. Es ist also in ganz frivoler Weise eine sachgemäße Vertretung der Arbeiter unmöglich gemacht, obwohl auch die christlichen Arbeiter es ausdrücklich forderten.

Man verlangt weiter, daß Betriebs- und Innungskrankenkassen nur gegründet werden dürfen, wenn mehr als 500 Mitglieder in Frage kommen. Das Zentrum macht daraus 150 Mitglieder für die Industrie, 50 für die Landwirtschaft. In der ersten Lesung der Kommission, wo also noch kein Kompromiß mit den Konserdativen bestand, beantragten die christlichen Gewerkschaftsführer Becker und Schirmer, die Mitgliederzahl auf 100 für die Industrie und 20 für

die Landwirtschaft herabzusetzen. Danach scheinen die Konserdativen später diese christlichen Arbeitervertreter zu der Änderung in zweiter Lesung veranlaßt zu haben, daß die Zahlen wenigstens auf 150 resp. 50 heraufgesetzt wurden. — Die Leitfähen des christlichen Gewerkschaftskongresses verwerfen die Landkrankenliste. Im Zentrum hat sich niemand gefunden, der dem Verlangen beigetreten wäre.

Weiter heißt es in den Leitfähen: „Eine Untersuchung auf den Gesundheitszustand der Arbeiter von Betrieben mit Betriebskasse ist unzulässig.“

Herr Becker, Schirmer und Behrens, die auf dem christlichen Kongress zugegen waren — Herr Behrens als Vorsitzender, Herr Becker als Begründer der hier zitierten Leitfähen —, haben sich nicht gemüht, auch nur einen Antrag im Sinne ihrer Leitfähen zu stellen.

Der christliche Gewerkschaftskongress hat an keiner Stelle verlangt, daß die Unternehmer bei der Anstellung der Kassenbeamten besonders ihre Zustimmung geben müssen; in den Leitfähen sowie auch in der Diskussion auf dem Kongress ist ausdrücklich betont, daß die Einführung der Verhältniswahl genügt, um den Einfluß der christlichen Gewerkschaften zu sichern. Das Verlangen ist von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt worden. Die Entziehung der Arbeitervertretung, die das Zentrum einführt, trifft alle Arbeiter gleichmäßig, die christlichen Arbeiter können sich beim Zentrum für diesen Lebensdienst bedanken.

Die Leitfähen verlangen in der Krankenversicherung die Einführung einer Schwangerschaftsunterstützung, die Gewährung des vollen Krankengeldes für die Angehörigen, wenn der Versicherte in einem Krankenhaus untergebracht ist. Jetzt entrichten sich dieselben Leute, die vor Arbeitern diese Forderungen seinerzeit begründeten, daß die Sozialdemokratie solche „unerfüllbaren“ Anträge stelle, und rechnen ihren Anhängern vor, wieviel Millionen die Anforderung mehr kostet. Man verschweigt aber, daß die eigenen Anhänger außerhalb des Parlaments dieselben Forderungen stellten, und daß sie von ihren Vertretern blüpiert wurden, denen es gar nicht einfiel, die Anträge im Reichstag zu vertreten; wohl aber verfiel man sich dazu, mit Entrüstung die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen.

In der Invalidenversicherung forderten die Leitfähen des christlichen Gewerkschaftskongresses die Versicherung der Heimarbeiter, die Gewährung der Invalidenrente bei Eintritt der Berufsunfähigkeit und die Einführung höherer Lohnklassen. Ansprüche, auf die das Zentrum verzichtete und die gar nicht erhoben wurden, sondern glatte Ablehnung erfuhr, wenn sozialdemokratische Anträge vorlagen.

In ähnlicher Weise hat der süddeutsche Verband der katholischen Arbeitervereine seine Stellung zur Reichsversicherungsordnung durch eine Resolution präzisiert. Unter anderem verlangte er die Beibehaltung des Rekurses in Unfallsachen, die Verjüngung auch der arbeitsfähigen Witwen, höhere Hinterbliebenenrente, geheime und direkte Wahl der Arbeitervertreter. Die letzte Forderung ist in der Reichstagskommission von Herrn Becker auf das entschiedenste bekämpft worden, als die Sozialdemokraten einen dahingehenden Antrag stellten. Von einer Erfüllung der anderen Forderungen war im Zentrum nie die Rede. Es waren also die Leitfähen auf dem christlichen Gewerkschaftskongress und die Beschlüsse der süddeutschen katholischen Arbeitervereine nur ein Schauplatz für die Nummen, die da meinen, es sollte etwas für die Arbeiter getan werden. In Wirklichkeit hat sich niemand von den christlichen Arbeitervertretern durch diese Meinungsumgebung beirren lassen und wie einen überflüssigen Ballast die Würde fortgeworfen. So wie hier sind wohl kaum bei einer anderen Sache die christlichen Arbeiter von ihren Vertretern zum Narren gehalten worden.

Aber stolz verkündet Herr Königbauer in seiner Broschüre: Die Kraft des Zentrums wurzelt darin, daß es ein festes Programm besitzt. Das „feste“ Programm, das von den Zentrumsparlamentarikern lächelnd beiseite geschoben wird, wie die mahngedenden Scharfmacher es wünschen. Um nun diesen Verrug der christlichen Arbeiterkraft zu verleiern, schimpft Herr Königbauer über die vielen Forderungen der Sozialdemokraten, die, wie wir darlegten, von den christlichen Arbeitern vielfach selbst gestellt wurden, ihnen jetzt aber als unverständliche sozialdemokratische Wünsche vorgehalten werden. Das sagt ein Mann, der auf dem christlichen Gewerkschaftskongress selbst zugegen war und die herbe Kritik an der Reichsversicherungsordnung übte und die Landkrankenlisten mit folgendem vernichtenden Urteil belegte:

„Vor allen Dingen aber würde die Einführung von Landkrankenlisten eine bedeutende Verschlechterung des jetzigen Zustandes bedeuten, insbesondere für jene Gegenden, wo die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter schon der Krankenversicherung unterstellt sind. Wenn die Landkrankenlisten zu bestimmten Zeiten die Zahlungen einstellen, so weiß ich nicht, von welchem Standpunkte die Regierung ausgegangen, als sie dies vorschlug; brauchen die erkrankten Mitglieder derselben zu bestimmten Zeiten des Jahres überhaupt nichts zu essen?“

Die hier aufgestellte Frage mag sich jetzt Herr Königbauer von seinen Freunden im Zentrum beantworten lassen, die alle dafür eintreten, daß den Landarbeitern im Winter das Krankengeld auf die Hälfte gekürzt werden kann.

Die Rede mag wohl Herr Königbauer vergessen haben, als er jetzt in seiner Broschüre die Versicherung der Landarbeiter mit so großer Begeisterung als eine Wohltat bezeichnet. Eine Wohltat, die das Zentrum den Landarbeitern bei der Beratung des ersten Krankenversicherungsgesetzes vorenthielt, die die Landarbeiter heute schon besitzen, wenn nicht damals die Versicherung der Landarbeiter vom Reichstag mit Hilfe des Zentrums abgelehnt wäre. Wenn die Arbeiter, die Anhänger des Zentrums sind, kritisch die Schrift des Herrn Königbauer lesen, dann müssen sie sich sagen: Wir sind vom Zentrum unverschämt belogen und betrogen.

## Soziales.

### Von den Ansprüchen aus § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes.

Die Landgemeinde Lettin, eine der Vorortgemeinden von Halle a. S., hatte gegen Halle und eine Reihe anderer Gemeinden Ansprüche auf Grund § 53 des Preussischen Kommunal-Abgabengesetzes erhoben. Sie machte geltend, daß sie als Arbeiter-Wohnsiedlung in bezug auf ihre Schullasten in erheblichem Umfange benachteiligt sei dadurch, daß eine größere Zahl Arbeiterfamilien in Lettin Wohnsitz genommen oder behalten haben, weil die Männer in den betreffenden Nachbargemeinden, insbesondere auch in Halle, in Fabriken und Bergwerken arbeiten. Gegen Halle bezifferte Lettin keinen Anspruch auf einen „angemessenen Beitrag“ zu seinen Schullasten, zunächst auf 1085 M. für das Jahr 1908, über die das Oberverwaltungsgericht jetzt als letzte Instanz zu entscheiden hatte. Es fanden längere kommissarische Verhandlungen statt. Darauf erhöhte im Laufe des nächsten Jahres Lettin den Anspruch auf 1408 M. Am 14. März 1910 entschied dann der Bezirksausschuß zu Merseburg als Bescheidbehörde, daß Lettin auf Grund des § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes Ansprüche an die verschiedenen Nachbargemeinden habe und bezifferte diese. Die kleineren Gemeinden schieden nunmehr aus dem Verfahren aus, da sie sich beruhigten.

Halle wurde durch den Beschluß für verpflichtet erklärt, an Lettin für 1908 einen Zuschuß von 1408 M. zu zahlen. Es wurde also der nachträgliche höhere Anspruch Lettins zugrunde gelegt.

Halle erachtete das für rechtlich unzulässig und beantragte im Wege der Klage beim Bezirksausschuß mündliche Verhandlung und Entscheidung dahin, daß es nur zur Zahlung von 1085 M., also in Höhe des ersten Anspruches von Lettin, verpflichtet sei. Der Antrag sei zu behandeln wie ein Klageanspruch, über den hinaus nicht entschieden werden dürfe.

Der Bezirksausschuß blieb aber bei seinem Beschluß. Das Oberverwaltungsgericht, bei dem Halle nach Verufung einlegte, hat jetzt das Urteil des Bezirksausschusses mit folgender grundsätzlichen Begründung bestätigt:

Halles Auffassung sei verfehlt. Im Gegensatz zu ihr sei anzunehmen, daß der bereits bezifferte Anspruch aus § 53 im Laufe des Bescheidverfahrens erhöht werden könne. Wenn Halle eine Parallele ziehe mit dem Einspruchsverfahren gegen Veranzahlung zu Gemeindeabgaben, so treffe das nicht zu. Die Zuschüsse aus § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes hätten nicht den Charakter von Gemeindeabgaben. Ferner sei es auch nicht zulässig, hier die Grundsätze über die Klageerweiterung für das Verwaltungsstreitverfahren anzuwenden. Nach § 53 sei zunächst der Anspruch bei der Betriebsgemeinde anzumelden, und zwar innerhalb des Steuerjahres, für das der Anspruch erhoben werde. Das habe nur die Natur einer vorläufigen Anmeldung. Es solle erst der Versuch einer Einigung zwischen den Beteiligten gemacht werden. Während das, dann habe das Beschlußverfahren etwa die Natur eines schiedsgerichtlichen Verfahrens. Daraus ergebe sich, daß die als Schiedsrichter auftretende Bescheidbehörde, solange sie ihren Beschluß nicht gefaßt habe, auch Anträge berücksichtigen könne, die den ersten Anspruch erhöhen. Das entspreche auch der Absicht des Gesetzgebers, der Wohnsiedlung zu helfen. Es sei ja klar, daß zur Zeit der Anmeldung des Anspruches, also bei Einleitung des Bescheidverfahrens, die Verhältnisse noch so verworren lagen, daß die Gemeindebehörde noch nicht übersehen konnte, welche Höhe des Anspruches die Gemeinde vor Schaden bewahre.

Marktpreise von Berlin am 2. Oktober 1911. nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreise (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Bohnen 34,00—80,00. Kartoffeln 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,00 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,00. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 8,20—6,40. 1 Kilogramm Karfen 1,00—2,40. Käse 1,80—2,80. Jambier 1,40—3,60. Dichte 1,20 bis 2,80. Barche 0,80—2,00. Schote 1,40—3,00. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Streife 2,50—30,00.

# Ausnahme-Tage zur Einschulung

Ganz besonders günstige Kaufgelegenheit!

- Blaue Cheviot-Anzüge für 2-8 Jahre durchweg 2 90 M.
- Stoffanzüge sehr haltbar, verschiedene Muster und Fassons, 3-6 Jahre . . . . durchweg 4 50 M.
- Manchester-Anzüge 1. viel Farb., Bienenfaas. 3-5 Jahre . . durchweg 3 50 M.
- la Manch.-Anzüge unverwundl., gute Verarb.. 3-5 Jahre . . . durchweg 6 50 M.
- Kammgarn-Anzüge in blau, braun, oliv. Schöne Fass., 3-9 Jahre, durchweg 6 50 M.
- Sport-Anzüge in vielen Mustern u. Fassons, sehr haltbar, 3-9 Jahre . . . durchweg 6 50 M.
- Sport-Anzüge reiche Ausmusterung, für 10 Jahre (jede größere Nummer 50 Pf. mehr) 9 50 M.

- Jackett-Anzüge neueste Stoffe u. Fass., 12-14 Jahre durchweg 9 u. 7 50 M.
- Loden - Joppen warm gefüttert, für 4 bis 9 Jahre . . . . . durchweg 3 50 M.
- Loden - Joppen in vielen Farben, warm gefüttert, 10-14 Jahre durchweg 4 50 M.
- Knaben-Pyjack Aermel mit Abschehen, für 3-8 Jahre . . . . durchweg 4 25 M.
- Knaben-Hosen blau und gemustert, 3-8 Jahre, durchweg 1 50 M. u. 60 Pf.
- Schüler-Hosen in vielen Mustern 9-14 Jahre, durchweg 2 00 M. u. 1 50 M.
- Knaben-Manchest.-Hosen 8-8 Jahre durchweg 2 35 M.



Schüler-Mützen viele Formen von 60 Pf. an

Große Posten Muster-Anzüge, Pyjacks, Ulster, Paletots Prima Stoffe, aparte Fassons, teilweise unter Herstellungspreis

Lod.-Pelerinen für Knab. u. Mädch., nur impr. Stoffe, in 50 grau, oliv und braun . von M. 4 an

# BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art  
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11  
Oroße Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstraße 10







**Mehlhandlungen**  
W. Bachmann, Charl., Beckstr. 15.  
**Bethke, Georg**, Muskauer-  
str. 44.  
Rizd., Elbest. 33, Kais. Friedr. St. 54.  
Trepow, Grätz-Str. 64.  
Bordasch, G. Ri., Kais. Friedr. St. 54.  
C. Basse, Reinickendorferstr. 92.  
Bugge, Rob., Köpenick, Schreinerstr. 6.

**Frese, Ernst**, Geschäfte  
im SO.

**Gaegel, Otto**, Charlotten-  
burg.  
**Paul Gaegel, Spandau**.  
Emil Parke, W. Alexanderstr. 161, 162.  
Göhring, W., Ackerstr. 139-140.  
Reerma, H., Ri., Hermannstr. 172.  
**Heinrich, R.**, Rixdorf,  
Bergstr. 144,  
Kais. Friedr. St. 248.  
Karl Hahn, Schererstr. 9.  
**Korn, Hugo**, Wrangel-  
str. 117.  
H. Krüger, Schönbr., Hauptstr. 153.  
E. Kunze, Charl., Knobelnd.-St. 16.  
**Lenz & Jagmann**, Wismarstr. 53,  
Posenerstr. 15, Stralauer-Allee 18.  
Lüttke, H., Fruchtstr. 67.  
Gus. Meyer, Elbst. St. 19, Wilm. St. 1.  
C. Neugebauer, Ober-Schönholzer-  
Allee.  
**Nietsch & Rabsahl**, Silvestr. 153.  
Otto Nowack Nachf., Spandau,  
Greifswalderstr. 11,  
via vis Lippewerdt.  
F. Pflüger, Colonnenstr. 45.  
**P. Rentner**, Steinmetzstr. 17,  
Kaffee-Kassens-  
Rostocker-Str. 12.  
**Schleinitz, A.**, Marienstr. 14,  
Mark. Marktschloß,  
Mark. Dominsel.  
**Schneider, Emil**, Reichen-  
bergerstr. 38.  
Walter Seidel, Bouselstr. 28.  
Thiele, Nachf., Prinzenstr. 18.  
H. Wendler, Reinickendorferstr. 64.  
Reinhold Werner, Tegel, Trankstr. 20.  
B. Zyczynski, Ri., Panierstr. 59.

**Möbelmagazine**  
Fischerstr. 12, Leise-  
ufer 22, am Grunplatz.  
Berliner Norden, Ackerstr. 139, 140.  
Döhring, W., Ackerstr. 139, 140.  
Döhring, W., Ackerstr. 139, 140.  
Döhring, W., Ackerstr. 139, 140.  
**A. Dohmann, Stromstr. 44.**  
**Wilh. Gabbert**, Brunnen-  
str. 102.  
Geppert, Paul, Zossenerstr. 33.  
Gercke, Fritz, Müllerstr. 145.  
**Gleiser, A.**, Alexand-  
erstr. 42.

**H. Gebert**, Rickenstr. 44.  
Grill, Reinickendorf, Schreinerstr. 19.  
**Harnack**, Stallschreiberstr. 57,  
Ber. und Teilzahl,  
Verkauf i. Fabrikgeb.  
Hopp, Jul., Brunnenstr. 138.  
**Janitzkow, F.**, Turmstr. 48,  
Möbelfabrik.  
König, A., Ri., Berlinerstr. 192.  
**Herm. Kogel**, Rixdorf,  
Hermannstr. 15.

**Küchenmöbel**  
Berliner Küchensmöbel-Fabrik  
Neue Königt. 31-32, T. VII 4746

**Lüdtke**, Kottbuser 83/85  
Damm  
Schwedter Str. 2  
a. d. Kast. Allee  
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.  
Lüdtke, R., Ri., Bergstr. 4.  
Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a.

**Misch**, Siegmund  
Droß-Str. 18  
anah Teilsch.

**Rebsch, E., Spandau**.  
C. Reiter Nachf., Veiermannstr. 21.  
**Schmidt, Otto**, Möbelfabrik  
Gartenstr. 52.  
A. Schuster, Ober-Schönholzer-  
Allee 59.  
Schwanke, Ri. d. Ri., Hermannstr. 329.

**Rob. Seelisch**, Möbel-  
Fabrik  
Berlin O., Elgerstr. 71/73a. Spezialität:  
Kleins u. mittlere Wohnabteilungen.

**Wilhelm Slotawa**  
Turmstr. 81, Waldenserstr. 24

**Siebeky, W.**, Gneisenaustr. 18,  
eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst. Swinemünd.  
Wendland, Ernst, Straße 121,  
Möbelfabrik - Ber. u. Teilzahl.  
**Herm. Wendland**, Reinickend-  
straße 114.

**Jos. Werner**, Charlottenburg  
Scharrenstr. 16.  
Wilh. Witt, Wilhelmshavenstr. 64.

**Möbel-Transport**  
Krüger, Rixdorf, Hermannstr. 254, T. 518.  
Ritterstr. 96, IV., 4195.  
**J. Lange**, Billigste Preisberechnung.  
Paul Schur, G. u. H. Dürkstr. 19 25.

**Molkereien**  
**Milchkuranstalt**  
am Viktoriapark  
Kreuzbergstr. 37-38, T. A. VI. 1079  
Kinder- und Kurlmilch.

**Milch Schmidt**  
Rixdorf  
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.  
**Molkerei „Nord-West“**, Hermannstr. 59  
Bredowstr. 28

**„Schweizerhof“**,  
Meiserei und Milchkuranstalt.  
Erdener Str. 46, u. Tel. II. 2565.

**Musikalien**  
**Scholz**, Frankfurter-Allee 73b  
Frankl.-Chaussee 115.

**Musikinstrumente**  
**Braun, Emil**, Musik. Oester  
Reichstr. 2.  
Klart, Rich., Brunnenstr. 45.  
Plato & Co., Köpenickerstr. 105/6.  
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181  
**Loebner, Müllerstr. 14.**

**Musik-Haus**  
Zentralhaus  
Größtes Spezialgeschäft der  
Brandenb. Spittelmarkt 14 a.

**Reetz, Spandau**, Havelstr. 21.  
**Schäfer, Otto, Ri.,** Lieberstr. 115.

**Nähmaschinen**  
**Afrona-Nähmaschinen**  
G. A. Müller, Andrusstr. 79, Petersburger-  
str. 37, Spandau, Schwabstr. 29.  
Göllnowstr. 26.  
**Bellmann, E.**, Waschmasch.  
Rosenthalerstr. 19.  
**Ed. Wroda**, Alle Systeme; Teilzahl.  
bestes deutsches Fabrikat  
**Pfaff**, Steinhauser, Spandau.  
**Lilauer, Vert. Wilke**, Ri., Berlinerstr. 84,  
Hermannstr. 44/60.  
**Pfaff-Nähmaschinen**  
G. Wendt, Wilmstr. 51/55.

**Singer**  
Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.

**Optiker**  
Bardorf, Mosbit, Turmstr. 74.  
**Dase, Paul, N.**, Müllerstr. 174.  
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.  
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 148.  
Wienstruck, Spandau, Veiermannstr. 19.

**Papier- u. Schreibw.**  
Seidler, Louis, Ri., Bergstr. 43.  
Vogt, Wilh., Skalitzerstr. 75.

**Pfandlohn**  
**Rixd Pfandleihe 58** nur 58  
Bergstr. 58  
Spezialbiller Notverkauf, Hochwertiges  
Herrsgut, Uhrenwerk, Schmuckst. etc.

**E. Kron**, Köpenickerstr. 62 a, I.  
**Schmidt, Fennstr. 3**  
E. Senfleben, Kottb.-Damm 28, I.

**Putz- u. Modewaren**  
**M. Haase**, Rixdorf, Bergstr. 1  
Putzgeschäft  
Spezialhaus  
**34 Hermann-Str. 34**, Damenhüte.  
**Hedwig Krieg**, Reinickendorferstr. 17  
Damenhüte.

**Bertha Mierzwa**, Frankfurter  
Allee 65  
Spezialhaus für Damenhüte

**Peters**, Spezialh. L. Damenhüte  
L. Frankl.-Chaus. 132 a  
Liedr. d. Konsumgenossenschaft.

**Puppen**  
**P. R. Zierow**, Schönhauser  
Allee 179

**Restorhandlungen**  
LeiseFrömel, Greifswalderstr. 159.  
Carl Koch, NO, Palisadenstr. 97.  
Pauline Preisling, Reinickendorferstr. 33.  
Berth. Schreiber, Kess-Königstr. 25.

**Schuhwaren, Schuhm.**  
Ernst Adam, Friedrichshagen.  
Anhalt, E., Andreasstr. 13.  
Baumgart, H., Manteuffelstr. 28.  
**Billige Stiefel**, Sickingenstr. 6  
Damaschke, Invalidenstr. 144.  
J. Denzig Nchl., Chaussee 29.  
Eilers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.  
Engel, W., Reinickendorferstr. 92  
Osk. Engler, Swinemünderstr. 63.  
Osw. Fabian, Kegelstr. 1.  
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.  
Formanowicz, Jenckstr. 53 (10. Bld.)  
Otto Grätsch, Chaussee 129/67.  
Goldmann, J. S. Schwalderstr. 24.  
Heinrich Johann, Petersb.-Str. 36.  
Herling, C., Petersburgerstr. 90.  
H. Jetzlaff, Badstr. 54.  
Herm. Körner, Köpenick.  
G. Kramer, Wilm., Berlinerstr. 181.

**Kn'** Fabrikmarke  
für haltbare  
Filzschuhe  
und  
Pantoffeln.  
P. Lange, Nowawes, Priesterstr. 59  
Piedr. A. Lange, Landbergerstr. 63.  
Paul Lehmann, Friedrichshagen.  
Nehring, Charl., Kais. Augusta-Allee 9  
C. Neumann, Falkenaustr. 37.  
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.  
Pflümann, Jagowstr. 20, 21.  
**Reetz, Max**, Spandau, Schön-  
walderstr. 12.  
G. Reichenberg, Schönb. Akerstr. 4.  
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.  
Schuhwarenhaus des Westens, York-  
str. 48.

**Schwensener, Turmstraße 48.**  
Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 8  
Soramer, Wilh., N. Schloß-Allee 35.  
A. Trettin, Friedrichshag. Friedrichstr. 23.  
Witt, Spand., Nennendorferstr. 99.

**Schirme u. Stöcke**  
Otrod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.  
Herrmann, Lichtenstr. 3, Elg. Fabrikate.  
M. Lerche, Schöneberg, Kollonnenstr. 52  
A. Riecke, Badstr. 11, Bezüge billigst  
Herm. Rosenky, W. Nasselstr. 4.  
G. Schleussner, Warschauerstr. 85.

**Seifen**  
Gustav Gumbel, Kantstr. 64.  
Heidke, Paul, Burgdorferstr. 12.

**Teppiche u. Gardinen**  
Carl Gebrüder, Teppiche, Nibelsteine,  
Gr. Frankfurterstr. 82, Gardinen, Linsenan.

**J. A. Schulz**, Weinberg-  
weg 10 I.

**Trauer-Magazin**

**Westmann**  
Mohrenstr. 37 a, Gr. Erkt. Str. 115.

**Uhren u. Goldwaren**  
**Abel**, Goltzstr. 59,  
am Winterfeldpl.  
Oscar Aldag, Charl., Krummstr. 22.  
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.  
Otto Brauer, Müllerstr. 164.

**Charlottenburg**, Spandauerstr. 82  
K. Ri. d. Ri., Ri. d. Ri., Trank

**Max Busse**, Spandauerstr. 18  
Brüggemann, Reinickendorferstr. 99.  
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.  
Bronnenstr. 138/137.

**Ellinghausen, Gebr.**, Grunewaldstr. 48.  
Fenske, S., Kottbuserdamm 96  
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 8  
**J. Gebhardt**, Berlinerstr. 124.  
George, Adolph, Badstr. 65.  
Carl Glesen, Oranienstr. 105 a.  
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.  
H. Kammer, Charl., Krummstr. 22.  
**M. Mariel**, Brunnenstr. 118.  
Kolebusch, W., Prft. Chaussee 61  
E. Knuth, Bethagen, Senzstr. 3  
R. Leichter, Dreye, E. Wilschkerstr.  
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 40  
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.

**Lüders, H.**, Schönberg,  
Kollonnenstr. 55.  
Nolte, M., Simon-Dunster, 13.  
Brunnenstr. 112.  
**Rudolf Plunz**, Brunnenstr. 81  
Schöneberg,  
**Emil Quade**, Hauptstr. 148.

**Quitzow, Joh.**, Müllerstr. 1 a.  
Carl Schiewinsky, Koppenstr. 4.  
**R. Schmelz**, Reichen-  
bergerstr. 143  
Willy Schmidt, Veiermannstr. 13.  
Schöneberg  
Hauptstr. 165.

**Gustav Scholz**, Schönemann, G. Ri., Berl.-Str. 71.  
F. Schönwib, Berl. O., Goltzstr. 27  
W. Schultz, Postagen, Neue Bahnhöfstr. 32  
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 5 a.  
Schulz, Osw., Frankl. Allee 34.  
Gust. Schöder, Oranienstr. 158-164.  
Swinemünderstr. 86  
Ecke Lortzingstr.

**W. Stendel**, Max Storch, Elbingerstr. 190.  
M. Tomchus Nchl., Brückenstr. 16.  
Paul Trank, Charl., Spand.-Str. 32.  
Truxa, W., Frankl. Allee 185.

**Uhren- u. Goldwaren-Industrie**  
Berlin 200, Lindenstr. 16. Beste  
direkt Bezugsquelle! Katalog gratis.  
Versand nach außerhalb, billigste Preise.  
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74  
Rixdorf,  
**Wittig, Ad.**, Berlinerstr. 44.  
Zabel Nchl., Charl., Berlinerstr. 118.

**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung - Schutz-  
Sternversicherungs- straße 2.  
„Friedrich Wilhelm“  
Berlin W8, Behrenstr. 44-61  
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterver-  
sicherung. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.  
Jahres- u. Monats-Wochenbeiträge

„Iduna“ zu Halle a. S.  
Berlin, Charlottenstr. 82  
Volks- und Lebensversicherung.

**Warenhäuser**  
**Warenhaus M. Hirsch**  
Spandau  
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte  
**Hugo Beling**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.  
Bettlinger, Eng., Wald-Ecke, Wilmstr.  
Conrad, Großdammstr. 207.  
Oranienstr. 207.  
Eile m. Weyle, Lieberstr., Gerichstr. 16.  
Frl. Lull.  
**Sello, Hermann**, Stadtd.  
Einselverkauf zu Engrospreisen.  
G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.  
Bitte Preis. zu verl. Tel. III. 6192.

Größt. „Zur Sonne“, P. Freudenberg,  
Martin, Bruno, Ri., Hermannstr. 19.  
auch Liköre u. Säfte.  
**Ignatz Sello**, Brunnenstr. 16  
und Filialen.

**Waschmittel**  
Verlangen Sie  
„Edelweiß“  
Krone aller Waschmittel.  
**Weiß, Wollw., Trikot.**  
Ahlacher, Gust., Chorinerstr. 75.  
H. Barts, Schönhauser Allee 107.  
Bredow, Otto, Ri. Hermannstr. 56  
Bouselstr. 76  
**M. Gardels**, Taurogenerstr. 10  
Kraut  
Str. 51a.  
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6  
Hoppe, E., Schreinerstr. 52.  
Lortzingstr. 1.  
**Julius John**, Dünkerstr. 3.  
Kastrin. Pl. 1.  
Bettstr. 5.  
**Jonas, Hermann**, Rixdorf,  
Hermannstr. 172.  
Carl Klein, Höchststr. 16, N. O. 18.  
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.  
Kriebe, Schöneberg, Leuthenstr. 5  
A. Kresler, Caprivistr. 5.  
**Ch. Loewy**, Rixdorf, Bergstr. 32/33  
via vis der Kirche.  
Meyer, Ernststr. 12, (Arbeitsboden)  
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kess.-Lad.  
Hussiten-  
str. 43.

**M. Schaefer**  
S. W. Hollmannstr. 43  
W. Manassestr. 17.  
Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.  
Hermann Meyer, Schönb. 31. 21.  
J. Stein, Reinickend. W. Schreinerstr. 118  
Tharow, O., Charl., Cauwerstr. 14  
L. Vierzarm, Zionskirchstr. 34.  
E. Voigt, Reinickendorf, Amselstr. 101.  
Urbanstr.

**Albert Vogt** - 31. -

**Wild u. Geflügel**  
Rixdorf,  
Berliner Str. 43.  
Hirren-  
straße 122.  
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19  
Zastrow, Linsberger-Allee 47, Facha.  
Zimmer, H., Priesterstr. 12.

**Zahn-Atelier**  
E. Bode, N. Schönhauser Allee 43, I.  
Hollbruch, Herm., Fackelstr. 3, geg. 1871  
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1883.  
Muskauerstr. 14  
Ecke Nibelsteine.

Wir haben eine Bitte!

Trotz unserer schon so billigen Preise ergehen fast täglich Ersuchen an uns um Sonder-Rabatte aus irgendeinem Grunde, wie auch verschiedentlich versucht wird, von unseren Preisen etwas abzuhandeln.

Wir kämpfen mit aller Macht gegen die Ungerechtigkeit der Sonder-Rabatte, die einem Teile des Publikums ungerade hohe Preise abzwängen, um einem anderen ungerade Rabatte gewähren zu können.

Unsere Preise sind äusserst kalkuliert. Sie können in ganz Berlin nicht so gute Ware zu so billigen Preisen bekommen, wie bei uns; aber an den einmal von uns berechneten Preisen - die deutlich an jedem Kleidungsstück vermerkt sind - müssen wir strikte festhalten.

Wir bitten Sie daher, derartige Ersuchen nicht an uns zu richten, um uns die Unannehmlichkeit zu sparen, Sie abweisen zu müssen!

Wir sind Ihres vollen Vertrauens würdig, und bitten Sie, uns durch einen Versuch Gelegenheit zu geben, Sie davon zu überzeugen.

C. & A. Brenninkmeyer

KÖNIG STR. 33.

AM ALEXANDERPLATZ.

Joseffi

JUNO

Beste 2 Pfg.-Cigarette







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Rixdorf (L.-B.) ist irrthümlich die Neue Welt, Hafenhöhe 108-114, von der Liste gestrichen worden, sie steht aber noch wie vor zu den alten Bedingungen zur Verfügung.

In Reichenwalde bei Storkow hat der Restaurateur Paschin seine Unterschrift zurückgezogen, ist mithin von der Liste zu streichen.

In Mariendorf feiert der Gesangverein „Gastwert Mariendorf“ am Sonnabend, den 14. Oktober, sein Stiftungsfest im Sporthaus Karlshöhe, Jnh. A. Stechert, Tempelhofer Straße 10. Das Lokal steht der organisierten Arbeiterschaft zu Vermählungen nicht zur Verfügung. Da jedoch versucht wird, Willetts in Arbeiterkreisen umzusetzen, bitten wir dieselben zurückzuweisen.

Die Sozialkommission.

Sechster Wahlkreis. Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Dienstag, den 10. Oktober, im Roabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24, statt. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Wir machen auf die am 6., 7. und 8. Oktober stattfindende „Vorwärts“-Agitation aufmerksam und erwarten, daß alle Parteigenossen und Genossen ihre Pflicht erfüllen. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Morgen, Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Lerches Hefallen, Friedr. Str. 112: Vollversammlung für Frauen und Männer. Tagesordnung: Lebensmittelsteuerung, Kriegsgeld und Reichstagswahl. Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Das psychiatrische Groß-Berlin.

Trotz der in vielen Punkten berechtigten starken Gegenstände zwischen Öffentlichkeit und modernem Irrenwesen muß anerkannt werden, daß die Psychiatrie auf dem Gebiete der Irrenpflege, wenn auch hier noch manches der Verbesserung und der Beseitigung von veralteten Anschauungen bedarf, in den letzten Jahrzehnten Tüchtiges geleistet hat. Es sind natürlich nicht die Irrenärzte allein, welche sich die humane Irrenbehandlung auf das Konto schreiben dürfen. Vielmehr brach sich längst auch in den geldgewährenden Instanzen die Ueberzeugung Bahn, daß für die moderne Irrenpflege das Beste gerade gut genug sei. Insbesondere hat bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Roten Hause stets neue Millionen für den Bau neuer notwendiger städtischer Irrenanstalten mitbewilligt. So stehen heute die öffentlichen psychiatrischen Anstalten Groß-Berlins, von Systemhäusern und einzelnen hygienischen Eünden abgesehen, wohl mit in erster Reihe im Wettbewerb. Die unmodernen Einrichtungen der Anstalt Dalldorf sind begrifflichertweise von der neueren Irrenhausstechnik überholt worden. Dagegen können die Bauten der Irrenanstalten in Herzberge und Buch sowie der Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten sich auch vor kritischeren Augen sehen lassen. Die vierte städtische Irrenanstalt in Buch, deren Rohbau schon weit vorgeschritten ist, verspricht ihrem Erbauer ebenfalls Ehren.

Der Höchstbestand dieser fünf Anstalten beträgt 3827 Männer, 2984 Frauen und 87 Kinder (Wuhlgarten). Dazu kommt noch die Dalldorfer Idiotenanstalt mit 170 Kindern, ergibt zusammen 7089 Pfleger. Außerdem sind in Familienpflege 380 Männer, 294 Frauen und 80 Kinder, in einer größeren Anzahl von Privatirrenanstalten, welche zu der Stadt Berlin immer noch in einem Vertragsverhältnis stehen, 1380 Männer und 993 Frauen untergebracht. Demnach wird die Stadt Berlin, sobald die vierte Irrenanstalt in Buch fertiggestellt ist, für mehr als zehntausend geistesfranke Personen zu gleicher Zeit leistungsfähig sein. Der Höchstbestand der einzelnen Anstalten wird natürlich in neuerer Zeit nicht immer erreicht. Die eine Zeitlang chronisch gemordene Ueberfüllung hat erfreulicherweise aufgehört. Nur in Herzberge, dem Sauer-Laubenschlag, kommt es gelegentlich noch vor, daß Platzmangel herrscht und Kranke in unangemessener Weise untergebracht werden. Interessant ist nämlich, daß Herzberge die kolossale Jahres-Ausnahmeziffer von 2150 Männern aufweist, während die Ziffer in Dalldorf und Wuhlgarten nur um wenige Hunderte über den Höchstbestand hinausgeht, in Buch sogar zurückbleibt.

Nicht weniger als 19 Privatirrenanstalten befinden sich in den Berliner Vororten. Nach einem Tableau vom Herbst 1910 waren hier 1828 Kommunalranke (die meisten aus Berlin), 966 selbstzahlende Geistesranke in geschlossenen Abteilungen und nur 82 Nervöse untergebracht. Fehn dieser Privatirrenanstalten nehmen Reimerhöfe überhaupt nicht auf. Man sieht also hier zahlenmäßig den großen Mangel an Gelegenheit zur Unterbringung rein nervöser, also nicht geisteskranker Leute, für die nur „Haus Schönau“ in Behlendorf mit der Zweiganstalt „Dirkenhof“ (zusammen rund 100 Patienten) vorhanden ist und das den Kranken der Landesversicherungsanstalt Berlin vorbehaltenes Sanatorium Beeky mit 284 Personen Bestand und 270 Personen (1910) Jahresaufnahme. Zu den Privatirrenanstalten zählt auch noch die Trinkerheilstätte Waldsrieden bei Fürstemoalde, erbaut und geleitet vom Berliner Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.

Eine psychiatrische und Nerven-Klinik enthält bekanntlich auch die königliche Charité mit einem Höchstbestand von 109 Männern und 108 Frauen (Aufnahme im Jahre 1909: 1188 Männer, 899 Frauen, 177 Kinder; darunter vom Bericht zur Beobachtung überwiesenen 35 Männer und 13 Frauen). Zur Beobachtung überwiesener männlicher Strafgefangener aus den Strafanstalten Berlin-Noahit, Brandenburg, Sonnenburg, Ludau und Kottbus dient die Irrenabteilung der königlichen Strafanstalt Noahit mit einem täglichen Durchschnittsbestand von 39 Männern. Eine psychiatrische Beobachtungsstation für Hülfsverwundete, zunächst mit etwa 15-20 Betten, ist im städtischen Erziehungshaus Wichtenberg geplant.

Unter den sonstigen psychiatrischen Einrichtungen ist neben der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde sowie dem Psychiatrischen Verein besonders das sehr reformbedürftige Institut der Berichtärzte erwähnenswert. In diesem Institut wirken in Berlin nur sechs völlig überlastete

Berichter. Jeder derselben hat durchschnittlich im Jahre 80 schriftliche Gutachten in strafrechtlicher Hinsicht und 40 in zivilrechtlichem Interesse zu erstatten. Dazu kommen noch fast doppelt so viele mündliche Gutachten. Es bedarf keiner Frage, daß unter dieser Ueberlastung der Wert dieser Gutachten, zumal die betreffenden Herren daneben noch umfangreich mit anderen ärztlichen Dingen beschäftigt sind, sehr bedenklich leidet.

Zur Verhandlung des Botanischen Gartens.

Der Umstand, daß im Botanischen Garten schöne alte Bäume der Art zum Opfer fallen, hat in weiten Kreisen große Empörung hervorgerufen, zumal der Garten von der Stadt Berlin mit großen Mitteln erworben wurde, um im Westen einen Volkspark zu erhalten. Es wurde nun bekannt, daß der Gandalionus nicht der Stadt sondern andern Stellen zuzuschreiben sei und zwar wurde die Regierung für diese Verhandlung verantwortlich gemacht. Jetzt sieht sich nun die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veranlaßt, sich zu der Angelegenheit zu äußern, indem sie schreibt:

„Mit Unrecht wird den Ministern die Absicht unterstellt, im vorliegenden Falle von dem gerade in der Ministerialinsanz stets sorgfältig beobachteten und wiederholt den nachgeordneten Behörden empfohlenen Grundsatze der Erhaltung aller Baumgruppen abzuweichen und zur Freilegung der Fassade des an diesem Park im Bau begriffenen Kammergerichts die Befestigung eines großen Teils des Baumbestandes zu fordern. Tatsächlich wird nur die Entfernung einiger weniger, zum Teil nicht einmal ansehnlicher Bäume gewünscht. Als die Aufgabe des alten Botanischen Gartens feststand, wurde als Bauplatz für das Kammergericht der der Potsdamer Straße gegenüberliegende, an die Elsholzstraße grenzende Teil des Grundstücks gewählt und der Hauptfront des Gebäudes nach dem Garten zu angeordnet, in der Annahme, daß dieser als Park erhalten bleiben und der mit einem Kostenaufwande von nahezu 5 Millionen Mark zu errichtende Neubau für eine mit der Stadt Berlin in langer geschichtlicher Entwicklung verknüpfte hohe Behörde in dieser bevorzugten Lage statlich in die Erscheinung treten (1) werde.“

Als ganz selbstverständlich war hierbei vorausgesetzt, daß bei der Anlage des Parks auf einen solchen Monumentalbau geübren Rücksicht zu nehmen sei. (1) Es sind deshalb auch im Vertrauen auf einen Käufer, wie es die Stadt Berlin war, bei dem Verkauf des Gartens nach dieser Richtung keine Bedingungen gestellt worden. Als dann später ein Plan für die Renaussierung der Königs-Kolonnaden gesucht wurde, war für den Entschluß, die jetzige Stelle am Eingang des Parks in seiner mit der Hauptachse des Kammergerichts zusammenfallenden Mittelachse zu wählen, nicht allein der Gedanke entscheidend, daß damit ein vornehmer Parkeingang geschaffen würde, sondern wesentlich auch die Erwägung, daß zugleich eine hausintensive gebaute Gesamtanlage mit ausgeprägter Begleitung zwischen den den Eingang betonenden Kolonnaden und dem Mittelbau des Kammergerichts als Abschluß gewonnen würde.

Es ist zu erhoffen, daß bei der neuerdings begonnenen Umgestaltung des Gartens solche naturgemäße Rücksichten auf die Anlage als Ganzes im Zusammenwirken von Architektur mit Landschaftsgartenkunst nicht außer acht gelassen werden. Gelegentlich der Besichtigung hat sich gezeigt, daß bei dem gegenwärtigen Zustand die Hauptfront des Kammergerichts einseitlich des Mittelbaus durch die vorhandenen Bäume dem Beschauer nicht allein beim Eintritt in den Park durch die Kolonnaden, sondern auch auf dem weiteren Wege zum Gebäude derart verdeckt bleiben wird, daß es als ein bedeutsamer Staatsbau überhaupt nicht erkennbar ist. (1)

Bei einer Frontlänge des Kammergerichts gleich einem Drittel der Vorlänge ist die Freilegung der ganzen Fassade, von welcher in der Presse gesprochen wird, niemals in Frage gekommen. Es wird nur auf die Fortnahme einer geringen Anzahl von Bäumen Wert gelegt, damit der architektonisch besonders hervorgehobene Mittelbau des Kammergerichts beim Durchschreiten der Kolonnaden erldit werden kann, und damit die künstlerischen Beziehungen zwischen den beiden Monumentalbauten, durch die der Gesamteindruck des Parks nur bedeutender werden kann, angemessen zur Geltung kommen.“

Mit vollem Recht bemerkt hierzu die „Tägliche Rundschau“: „Als der Alt-St. Park von der Stadt Berlin gekauft wurde, geschah es in der Absicht, dem alten Botanischen Garten so viel zu retten, wie zu retten möglich war, um dem Westen den dringend nötigen Erholungsplatz zu erhalten. Dieser Zweck muß immer die Hauptache bleiben, und alle Rücksichten auf Monumentalbauten“, wie sie die Regierung sich schmeicheln vorausgesetzt hat, müssen dahinter zurücktreten. Berlin braucht keine Parks mit „barnehmen Eingängen“, sondern Parks mit Bäumen und hat für einen solchen, nicht aber für den Blick auf einen „bedeutsamen Staatsbau“ zwei Millionen bezahlt. Das hätten sich die Herren Baukünstler und die in Betracht kommenden Regierungstellen schon bei der Planung des neuen Gebäudes sagen müssen. Wenn jetzt den künstlerischen Beziehungen zwischen den Königs-Kolonnaden und dem neuen Kammergericht zuliebe hund um den Gesamteindruck des Parks bedeutender“ zu machen, Bäume geopfert werden sollen, so zeigt das eine bedauerliche Verflennung des Begriffes „Erholungsplatz“. Hoffentlich hat die Stadt Berlin mehr Verständnis dafür und beharrt bei ihrem Widerstande gegen die Vernichtung der Bäume. Das plötzlich erwachte Bedürfnis der Regierung, den Bewohnern Berlins Kunstgenüsse zu bereiten, wird sich ja auch auf andere Weise befriedigen lassen!“

Das Kaiserbild bleibt steuerfrei. Vor einiger Zeit meldeten wir, daß der Fiskus das vom Kaiser für den Sitzungssaal des Berliner Rathauses geschenkte Bild als schenkungssteuerpflichtig angesehen habe. Der Magistrat wollte sich auf eine Klage nicht einlassen und beschloß, die Steuer zu bezahlen. Wie jetzt nachträglich mitgeteilt wird, hat die Oberzolldirektion Berlin sich nach näherer Prüfung der Begleitumstände für die Steuerfreiheit jener Schenkung ausgesprochen, und der Finanzminister ist dieser Auffassung beigetreten.

Schwachbesetzte und schwer erwerbssähig werdende junge Mädchen finden eine altseltige, ihrer Eigenart angepaßte Ausbildung in der Städtischen Fortbildungsschule für Schwachbesetzte, Brunnenstr. 186 (2. Hof, Schulhaus). Das Winterhalbjahr beginnt am 10. Oktober. Die Mädchen erhalten Unterricht in Deutsch, Rechnen, Hauswirtschaft, weiblicher Handarbeit, Gesang und Turnen. Der Besuch der Schule ist unentgeltlich. Anmeldungen werden Dienstags und Freitags von 5-6 Uhr angenommen.

Unzüchtige Polizeiverordnung. Die Polizeiverordnung betreffend die Aufrechterhaltung der Keuschheit, Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe in den bebauten Straßen des Amtesbezirks Köpenick-Forst bestimmt im § 21: „Jeder Besitzer eines bebauten Grundstücks, welcher außerhalb seines Wohnorts hat, ist verpflichtet, einen Sitzstiel oder einen sonstigen im Gemeindegelände wohnende Person zu halten, an welche polizeiliche oder sonstige Verfügungen des Amtes- oder Gemeindevorstandes resp. des Untervorstandes mit rechtlicher Wirkung für ihn ausgehändigt werden können. Die betreffende Person muß dem Amtsvorstand mitgeteilt werden.“

Gemäß dieser Vorschrift hatte der Amtsvorstand von Köpenick-Forst an Herrn Violet in Berlin, welcher in Rohndorf-Wähe ein Grundstück hat, eine polizeiliche Verfügung erlassen, wodurch er ihn aufforderte, eine solche Person in Rohndorf-Wähe, an die die Verfügungen usw. in der in der Polizeiverordnung gedachten Weise zuzustellen sind.

Herr Violet foht die Verfügung an und machte geltend, die fragliche Bestimmung der Polizeiverordnung sei unzüchtig. Es könne

demzufolge auch keine derartige Polizeiverfügung an ihn erlassen werden.

Der Kreisaußsich und der Bezirksaußsich wiesen die Klage ab, indem sie die Vorschrift für gültig und die Verfügung für gerechtfertigt erachteten. Wenn der Besitzer außerhalb wohnt, könnten zweifellos, so wurde ausgeführt, große Unzutrefflichkeiten entstehen, wenn kein Vertreter da sei. Man brauche nur an außerordentliche Naturereignisse denken. Es könnten Zustände entstehen, die für die Allgemeinheit gefahrdrohend seien. Wenn ein Vertreter des Wirts anwesend sei, würden Schutzmaßregeln viel zweckentsprechender und in kürzerer Zeit getroffen werden, als wenn der fernweilende Wirt erst benachrichtigt werden oder die Polizei eigenmächtig vorgehen müßte.

Das Oberverwaltungsgericht setzte aber die Verfügung außer Kraft und führte aus: Die fragliche Polizeiverordnung sei unzüchtig. Es handle sich dabei nicht um die Erfüllung eines eigentlichen polizeilichen Zwecks, sondern lediglich darum, der Polizei eine größere Bequemlichkeit bei der Ausübung ihrer polizeilichen Befugnisse gegenüber außerhalb wohnenden Hausbesitzern zu verschaffen. Das Oberverwaltungsgericht sei aber mit dem Kammergericht der Meinung, daß Polizeiverordnungen unzüchtig seien, welche der Polizei nur die Erledigung ihrer Aufgaben erleichtern wollten. Aus demselben Grunde sei die an B. erlassene Verfügung als unzüchtig anzusehen.

Das Kuratorium für den Vieh- und Schlachthof beschloß in seiner gestrigen Sitzung, Bewerbungen um die Stellen männlichen Fleischbeschauers bis zum 1. Oktober 1912 nicht entgegenzunehmen, da bis dahin der Bedarf an Fleischbeschauern durch die noch vorliegenden Bewerbungen gedeckt ist. Nach einem früheren Beschluß bleiben die Listen für Bewerbungen weiblichen Fleischbeschauers bis zum Jahre 1915 geschlossen.

Die Resultate der Johannisthaler Flugwoche. Die Gewinne der einzelnen Flieger begreifen sich wie folgt: Wettkewerz B. Pfeischer 3716,71 M. (826 Min.), Eitelad 3288,70 M. (738 Min.), Witte 2909,77 M. (633 Min.), Grünich 2711,98 M. (610 Min.), Jrl. Weese 2498,56 M. (592 Min.), Rahat 2000,53 M. (452 Min.), Engelhardt 1818,87 M. (409 Min.), Schürmeister 1489,88 M. (336 Min.), Schwandt 1471,60 M. (331 Min.), Delecia 1404,91 M. (316 Min.), Caspar 1333,78 M. (300 Min.), Schauenburg 1311,55 M. (295 Min.), Hannische 1142,81 M. (257 Min.), Wertheim 862,53 M. (194 Min.), Roelle 820,98 M. (186 Min.), Dito 578,10 M. (130 Min.), Höver 417,95 M. (94 Min.), Steinbeil 337,94 M. (76 Min.).

Im Flugzeugwettkewerz A. erhielt Alfred Pfeischer auf Albatros-Zweidecker den 1. Preis in Höhe von 5890,07 M. Joseph Eitelad auf Kumpfer-Taube erhielt den 2. Preis von 4000,93 M.

Ein Fernsprechkontrollamt.

Das der Ueberwachung des Betriebes der Fernsprechämter dienend soll, ist mit dem 1. Oktober ins Leben getreten. Es befindet sich in den Räumen des Telegraphenschulamts in der Pflanzstraße. Es ist mit sämtlichen Fernsprechämtern von Groß-Berlin durch eine Anzahl von Doppelleitungen verbunden; diese münden beim Kontrollamt auf eigens konstruierten Schaltstellen, bei den Fernsprechämtern dagegen auf je einem Vielfachschalter, an dem sie mit beliebigen Arbeitsplätzen von Telephonistinnen verbunden werden können. Das Kontrollamt bestimmt auch, welche Arbeitsplätze jeweilig der Ueberwachung unterliegen sollen, und entsendet täglich einen Beamten zu jedem Fernsprechamt zwecks geheimer Vornahme der Verbindungen. Es ist also dafür gesorgt, daß weder die Telephonistinnen noch andere Beamte der Fernsprechämter, ja nicht einmal die Vorsteher, eine Ahnung davon haben, welche Plätze gerade kontrolliert werden. Die Folge ist, daß, obwohl täglich nur ein geringer Bruchteil der Arbeitsplätze eines Amtes der Kontrolle unterzogen werden kann, doch alle Beamtinnen jederzeit damit rechnen müssen, daß sie überwacht werden. Die Kontrollbeamten können sich auch mit dem Telephon einschalten und sind in der Lage, alles zu hören, was die Beamtin des Fernsprechamtes spricht, natürlich auch, was die Teilnehmerin mit ihr verhandelt. Jeder Verstoß, jede Unhöflichkeit der Beamtin, falsche Verbindungen, lässiges Arbeiten usw. werden beim Kontrollamt vermerkt, und Auszüge aus den Aufzeichnungen werden täglich den betreffenden Fernsprechämtern und der Oberpostdirektion übersandt, die daraufhin gegen die Schuldigen einschreiten. Das Kontrollamt wird auch noch folgenden Zwecken dienen: In Fernsprecheleitungen machen sich häufig Fehler bemerkbar, die nur auf Minuten stören und dann anscheinend behoben sind, abermals auftreten, wieder verschwinden und so fort, so daß bei der Prüfung gewöhnlich keine Unregelmäßigkeit festgestellt werden kann. Richtig werden solche Leitungen einige Zeit hindurch über das Kontrollamt geführt und dort dauernd beobachtet. Sobald dann der Fehler sich wieder zeigt, legt der Beamte die elektrischen Meßinstrumente an, und es genügen wenige Augenblicke, um die Natur und den Sitz der Störung zu ermitteln.

Polizist-polnische Räuber sind wieder einmal auf dem Schlesischen Bahnhof aufgetreten. Obwohl die Kriminalpolizei in der letzten Zeit viele dieser gefährlichen Kreie verhaftet und andere ausgewiesen hat, treiben die dreisten Räuber immer noch ihr Unwesen. Diese Leute halten sich meistens unangemeldet im Osten Berlins auf und wohnen bald in diesem bald in jenem Logierhaus. Ihre Raubereien führen sie gewöhnlich zu mehreren gemeinsam aus. So auch vorgestern wieder auf dem Schlesischen Bahnhof. Hier hatten es zwei dieser Gesellschaft auf eine ältere Frau abgesehen, die nach einem längeren Aufenthalt in Amerika nach Oesterreich, ihrer Heimat, zurückkehrte. Die Frau hatte einen Teil ihrer Ersparnisse persönlich mitgebracht. Um bei der Ankunft in ihrer Heimat gleich überreichliches Geld zur Hand zu haben, tauschte sie für ungefähr 120 M. an der Wechselkasse des Bahnhofs ein. Diesen Vorgang sahen die beiden Räuber. Sie beschloßen sofort, die Gelegenheit auszunutzen. Als die Frau arglos ihr eingewickeltes Geld nachzählte, überfiel einer der Kreie sie von hinten und hielt ihr die Arme fest, während der andere ihr das Geld entriß. Dann verließen beide, eilig mit der Deute zu entkommen. Die Veräudte, die einen Augenblick vor Schrecken sprachlos war, erholte sich jedoch bald wieder und schrie um Hilfe. Ein Kriminalkommissar eilte herbei und nahm mit mehreren Beamten des Bahnhofs die Verfolgung der Uebelthäter auf. Es gelang ihnen denn auch, die beiden in der Matternstraße eingeholen und festzunehmen. Die Räuber entpuppten sich als die Arbeiter Stanislaus Kozurek und Karl Redroschitzky, die schon wiederholt verurteilt sind. Beide wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Im Bade tot aufgefunden wurde gestern früh ein im Krankenhause in der Hofenheide angestellter 19 Jahre alter Krankenwärter. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der junge Mann abends zuvor den Schlüssel zum Bad geben lassen. Gestern morgen fiel es allgemein auf, daß der junge Wärter nicht zur Stelle war. Nach einiger Zeit wurde derselbe tot in der Badesonne aufgefunden. Da der junge Mann herbeigeführt ist, nimmt man an, daß ein Herzschlag seinen Tod herbeigeführt hat.

Unfall im Deutschen Theater. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittag im Deutschen Theater. Als dort nach der Nachmittagsprobe die Dekorationen zur Abendvorstellung auf die Bühne gebracht werden sollten, stürzten die beiden Bühnenarbeiter Zimmermann und Raboda von einer Leiter ab. Sie fielen so unglücklich, daß sie schwer verletzt nach der Charité gebracht werden mußten. Dort stellten die Ärzte bei Zimmermann einen komplizierten Unterschenkelbruch und bei Raboda eine schwere Rückenverletzung fest. Besonders der Zustand Zimmermanns gibt zu Besorgnissen Anlaß.



Sparlos verschwunden ist seit dem 27. v. M. der fünf Jahre alte Knabe Alfred Reichardt, welcher Petersburger Str. 79 bei seinem Vater, dem Wärmerschleifer Reichardt, gewohnt hat. Das Kind ist etwa einen Meter groß, kräftig, blond und trägt zuletzt blauen weichgestrichelten Wollanzug, kurze Hosen, schwarze Strümpfe, gelbe Knöpfstiefel mit Lackleder besetzt, gelbe Schärze und ein rot eingefärbtes Hemd von welchem Reimen ohne Zeichen. Mitteilungen über den Verbleib des Kleinen nimmt jedes Polizeirevier oder die Kriminalpolizei Berlin zu 4545 IV. 41. 11 mündlich oder schriftlich entgegen.

Zeuge gesucht. Der Kofergast, welcher am 17. September, nachts 12 Uhr 30 Minuten die Straßenbahn Köpenick-Schlesischer Bahnhof benutzte und Zeuge des Zwischenfalles eines anderen Kofergastes mit dem Schaffner wurde, wird um Angabe seiner Adresse gebeten an Publicus, Ober-Schöneweide, Wattstr. 20.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf-Salensee.

Städtische Maßnahmen gegen den Rotstand. Der von der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung der Maßnahmen gegen die Teuerung eingesetzte Ausschuss hielt Montag abend seine erste Sitzung ab. Es herrschte im Ausschuss so ziemlich Einstimmigkeit darüber, daß es die Pflicht der Stadtgemeinde sei, der Bevölkerung im Kampf gegen die Lebensmittelteuerung zu helfen, und auch die in der Sitzung anwesenden Mitglieder des Magistrats erkannten grundsätzlich diese Pflicht an. Ebenso gab sich über die Art der Maßnahmen eine erfreuliche Uebereinstimmung zu erkennen. Nach längerer Erörterung beschloß der Ausschuss, daß der direkte Verkauf von Milch und Reis anzubahnen sei, daß hingegen der Verkauf von Kartoffeln und Gemüsen sowie unter Umständen auch der Verkauf von Fleisch sowohl direkt durch städtische Verkaufsstellen als auch indirekt durch die am Orte ansässigen Händler in der Weise erfolgen soll, daß die Händler für die von der Stadt bezogenen Waren den vom Magistrat festgesetzten Preis nicht überschreiten dürfen. Zu diesen Maßnahmen soll geschritten werden ohne Rücksicht auf die etwa von der Groß-Berliner Gemeindeforenz geforderten Verhältnisse. Ueber die auf eine Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter und Beamten gestellten Anträge will der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung beraten.

### Sichtenberg.

Mit dem Jenaer Parteitag beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Nach einem ausführlichen Parteitagbericht des Genossen Jaffe wandte sich in der Diskussion der Vorsitzende gegen das Verhalten der Genossin Lugenburg auf dem Parteitage. Mit dem Beschluß betreffs Waiseier kann er, Redner, sich nicht zufrieden geben, da derselbe zu unliebsamen Störungen Veranlassung geben könne, wenn diejenigen, welche den Reibebeitrag nicht entrichten, ausgeschlossen werden. In der Konsumfrage vertrat Redner die Meinung, daß die Konsumbetragung neutral bleiben müsse, schon weil es gesetzlich unzulässig sei, daß man dieselbe mit der Politik verquide. Die Konsumvereine sollen aber auch jedem offen stehen, der sich ihnen zuwenden. Genosse Mehlhose ist mit der Haltung der Delegierten einverstanden. In der Marollesfrage hätte schon früher etwas gesprochen werden müssen. Betreffs der Waiseier dürfte eine Änderung nicht eintreten. Wenn wir den Weg der Gewerkschaftsbeamten gehen wollten, dann wäre die Waiseier schon längst begeben. Genosse Weßlich kann dem Genossen Jaffe in der Waiseierfrage nicht zustimmen. Da die Angelegenheit bereits auf einem Parteitage geregelt war, sei es nicht nötig gewesen, daß noch über verschärfte Maßnahmen gesprochen wurde. Man sollte die Waiseier ruhig auf dem Internationalen Kongress zur Sprache bringen; wenn dort die Mehrheit zu der Auffassung komme, daß die Waiseier das nicht mehr sei, was sie sein soll, so sei es besser, daß sie selbst aufgehoben werde. Einen solchen Beschluß würde er, Redner, obwohl er Anhänger der Waiseier sei, für das richtigste halten. Den Ausführungen des Genossen Jaffe in der Genossenschaftsfrage konnte er nicht zustimmen. Die fragliche Resolution habe sich nicht gegen die Berliner Zeitung, sondern gegen Kaufmann gerichtet. Nachdem noch die Genossen Schubert und Jaffe gesprochen, erklärte sich die Versammlung mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Protestiert wurde dagegen, daß die Konsumresolution ohne Befragen sämtlicher Groß-Berliner Delegierten zurückgezogen worden ist.

### Johannisthal.

Eine große Besetzung erfuhr in der letzten Gemeindevorstellung wieder einmal der eigennützig Charakter der Grundbesitzermehrheit. Zunächst gelangte der Antrag der Finanzkommission, die mit anstehenden Krankheiten befaßt sind, vom Staat zu fordern, zur Annahme. Ein von unseren Genossen gestellter Zusatzantrag, daß, wenn die Kostendeckung vom Staat abgelehnt wird, die Angelegenheit von neuem zu behandeln, eventuell die Kosten von der Gemeinde zu übernehmen seien, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Aufhebungsgesetze übertrieben sei und ein solches Vorgehen einen Eingriff in die Privatrechte eines jeden einzelnen bedeute. Des weiteren lag ein Antrag der Finanzkommission vor, 10.000 M. zur Beschaffung von Gartenerzeugnissen zu bewilligen und diese zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abzugeben. Vertrauensvoll auf den Beschluß der Finanzkommission waren denn auch bereits vom Gemeindevorstand die Vorarbeiten zum Einkauf und zur Abgabe von Kartoffeln gemacht worden. Es lagen Broden guter Gartenerzeugnisse vor. Allein innerhalb einer Woche entdeckten die bürgerlichen Gemeindevorsteher unter Führung von Herrn Knaape ihr mittelständlerisches Herz und stimmten nach heftiger Debatte den Antrag nieder. Nur der Gemeindevorsteher und die Vertreter der dritten Klasse stimmten für den Antrag. Die Mitglieder der Finanzkommission, die in der Kommissionssitzung für, in der Gemeindevorstellung aber gegen den Antrag stimmten, motivierten ihren Umfall damit, daß die ganze Sache verfräht sei und man erst abwarten müsse, was die Ernte ergebe. Herr v. Trüschler suchte seinen Rückzug mit dem Antrage zu decken, einen Probeeinkauf von einer Wagonladung zu machen und nach dem Ergebnis weiter zu handeln. Bei Formulierung dieses Antrages durch den Gemeindevorsteher verschärfte der Antragsteller die Durchführung seines Antrages damit, daß die Gemeindevorstellung erst wieder befragt werden müsse. Der Antrag wurde angenommen. Auf diese Weise hat es die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevorstellung fertig gebracht, eine wohlgemeinte Aktion der Gemeindevorverwaltung zur Vinderung der Rotlage zu durchkreuzen. Ganz anders verhielten sich die Herren, als bei Punkt 6 der Tagesordnung (Erhebung von Beiträgen für die Neupflasterung der Friedrichstraße) die Interessen der Grundbesitzer behandelt wurden. Ein Antrag der Finanzkommission wollte den Teil des Kostenbetrages, der durch die Verbreiterung der Bürgersteige und Umplasterung eines Teils der Friedrichstraße entstanden ist, auf die Gemeindefälle übernehmen, von dem verbleibenden Teil sollten die Anlieger der Friedrichstraße 80 Proz. tragen. Ein Antrag der Grundbesitzer wollte dagegen diese nur mit 50 Proz. belasten. Die Aufforderung des Gemeindevorsteher an die Anlieger der Friedrichstraße, daß sie die Sitzung zu verlassen hätten, da ihre Interessen zur Verhandlung ständen, brachte die gesamten bürgerlichen Vertreter so in Harnisch, daß sie bis auf Herrn v. Trüschler und Herrn Sauerwald den Saal verließen. Dadurch war die Vertretung nicht mehr beschlußfähig. Der Gemeindevorsteher schloß hierauf die Sitzung.

### Zehlendorf (Wannseebahn).

Der Zweck ist erreicht. Die Vorschule für den Westen ist nunmehr beschlossene. Zwar wurde in der Gemeindevorstellung von einem Verschwörer festgestellt, daß zunächst ganze 86 Kinder für die Schule in Frage kommen. Aber was tut's. Es ist für den Westen. Da muß die Vertretung schließlich zu und Amen sagen. Dafür können dann die Kinder des Ortsteils Schönow noch ein paar Jahre

länger die Schulbank der einlässigen Volksschule drücken. Dieser zum Himmel schreiende Zustand offenbart für unsere Gemeindevorstellung ein dringendes Bedürfnis. Nur dann ist ein Bedürfnis vorhanden, wenn die Kinder des Westviertels nicht alle Bequemlichkeit auf dem Schulwege haben. Wie sehr selbst in den Kreisen der Gemeindevorsteher Klarheit darüber besteht, daß von einem Bedürfnis für diesen Schulbau eigentlich keine Rede sein kann, geht am besten daraus hervor, daß von einem selbständigen Bau Abstand genommen und der Vorstand ermächtigt wurde, einem Vertragsentwurf des Architekten Will, der sich bereit erklärte, den Bau auszuführen, zuzustimmen. Wenn auch nach einiger Zeit der Bau übernommen wird, so macht es dann doch nach außen den Eindruck, als wenn in der Tat ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist. Die Tiefgründigkeit unserer Vertretung zeigt die Antwort, die dem Vertreter Müller erteilt wurde, als er befragt wurde, aus sozialen Gründen von einer Trennung der Aborte, Spielplätze und der Eingänge Abstand zu nehmen bei der etwaigen Verengung der Schule auch für Volksschüler. Man antwortete ihm, — daß durch die Trennung keinerlei Unkosten entstanden. — Für die Regulierung des Buschgrabens wurden 15.000 M., die aus dem Entwässerungsfonds genommen werden sollen, bewilligt. — Eine Vorlage, betr. Umbau des Bahnhofs Zehlendorf, wurde mit dem Zusatz angenommen, daß die Bahnartenausgabe möglichst am alten Platz bleiben möge.

### Straßen.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins berichtete Genosse Berger-Kummelsburg über den Parteitag in Jena. Am Schluß seiner Ausführungen wies Berger darauf hin, daß uns der Parteitag den richtigen Weg zur bevorstehenden Wahlagitatio gezeigt habe. Sache der Genossen des Kreises Niederbarnim sei es nun, mit aller Kraft an die Wahlarbeit zu gehen. Nach einer kurzen Diskussion gab der Bezirksleiter Genosse Wächendorf unter Berücksichtigung der Besondereheiten bekannt, daß eine Hausagitation für den Ort am 6. und 8. Oktober zur Gewinnung von „Vorwärts“-Lesern und Mitgliedern und zuvor eine unentgeltliche Zustellung des „Vorwärts“ für eine Woche an die Bewohner der neu bebauten Raachstraße stattfinden. Hierauf wählte die Versammlung einen Vergütungs-ausschuss, aus dem drei Genossen Wessel, Petersdorf und Bernhard beauftragt, auf ein Jahr, der zu gleicher Zeit die Vorarbeiten eines Weinachtsbergnägens zu erledigen hat. Mit einer Ermahnung zur regen Beteiligung an der Hausagitation und an der Protestversammlung am 17. Oktober in den Markgrafenjalen schloß Genosse Wächendorf die Versammlung.

### Zerpenschleuse (Kreis Niederbarnim).

Die am 19. März in Zerpenschleuse abgehaltene Versammlung unter freiem Himmel, die der Amtsvorsteher Seeger und der Lehrer Altboldt durch ihre Reden und Worte zu fördern suchten, hat prächtige Erfolge gezeitigt. Aus dem Ort, an dem 1907 nur vier sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren, sind 22 Mitglieder in den Wahlverein eingetreten. Leider gelang es den Gegnern der Sozialdemokratie, die Wahrung eines Grundstücks in Zerpenschleuse selbst unmöglich zu machen. Sie erreichten es aber, daß in der an Zerpenschleuse Gebiet anstehenden Gemeinde Klandorf am letzten Sonntag eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel auf dem Steinischen Grundstück an der Prenzlauer-Berliner Chaussee abgehalten wurde. Die Versammlung war prächtig besucht. Sie zählte gegen 300 Teilnehmer, meist Einwohner von Klandorf und den umliegenden Ortsteilen. Genosse Stadthagen sprach von einer von den dortigen Genossen sehr geschmackvoll errichteten Tribüne aus über „Kriegsgefahr und Teuerung“. Die Versammlung nahm gegen etwa 15 Stimmen eine gegen Kriegsgefahr und Lebensmittelteuerung gerichtete Resolution an. Mehrere Versammlungsteilnehmer meldeten sich zum Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein.

### Köpenick.

Ueber „die politische und wirtschaftliche Lage“ sprach in einer Volkversammlung Genosse Siering. Reicher Beifall lohnte die vortrefflichen Ausführungen des Referenten. In Anbetracht der Tatsache, daß die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse die Welt in Spannung halten, hätte die Versammlung viel zahlreicher besucht werden müssen. In einer Stadt wie Köpenick, in der über 3000 organisierte Arbeiter vorhanden sind, müßten solche Versammlungen von demonstrierender Wirkung sein. Die bevorstehenden Kämpfe erfordern es, daß die Gewerkschafts- und Parteigenossen solche Aktionen regen unterstützen.

### Herzfelde.

Die Beschäftigung auswärtiger billiger Arbeitskräfte wird gerade in Herzfelde in erheblichem Umfange betrieben. Auch die beiden bürgerlichen Gemeindevorsteher, die Brüder Mann, hatten diesen Sommer auf ihren Giebeln über 300 auswärtige Arbeiter, zum größten Teil Deutsch-Russen, beschäftigt. Die aus den östlichen Provinzen herangezogenen Arbeitskräfte sind gegenüber den einheimischen natürlich sehr bevorzugt, weil sie die Löhne herabdrücken und den Fabrikanten größere Profite sichern. Daß die ausländischen Arbeiter hier die Löhne drücken, beweist ein Vorgang, über den uns folgendes berichtet wird: Seit Montag beschäftigten die Brüder Mann hiesige Arbeiterfrauen auf ihrem Felde mit Kartoffelbuddeln. Sie erklärten, ihnen einen Tagelohn von 1,80 M. zahlen zu wollen. Die Arbeiterzeit betrug 10 1/2 Stunden pro Tag. Am Mittwoch wurde den Arbeiterinnen jedoch erklärt, daß der in Aussicht gestellte Tagelohn von 1,80 M. fortan nicht mehr gezahlt werden könne. Es sollte nunmehr im Accord gearbeitet werden. Als hierauf die Arbeiterinnen fragten, wie hoch sich die Akkordlöhne in diesem Falle stellen würden, wurde ihnen bedeutet, daß sie das bei der Entlohnung gewahrt werden würden. Als Antwort darauf verließen die Frauen sofort die Arbeitsstätte. Hierauf soll den Frauen gesagt worden sein, daß man die Arbeiterinnen einige Pfennige mehr bezahlen würde, so beläme man die Kartoffeln auch ohne die Herzfelder Arbeiterinnen heraus! Die Herren Unternehmer, auch wenn sie Gemeindevorsteher sind, fragen natürlich nichts nach einheimischen Arbeitern und Arbeiterinnen, sobald letztere Anspruch auf menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse stellen.

### Dris-Buckow.

Mit den Beschlüssen des Jenaer Parteitages beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Nach einem Bericht des Genossen Groger bedauerte in der Diskussion Genosse Raay die Nichtaufhebung des Rärnberger Beschlusses über die Waiseier. Des weiteren verurteilte er die Gruppenbildung auf den Parteitag. Die Genossen Friedrich, Schröder und Ernst verlangten eine schärfere Propaganda für die Arbeiterklasse am 1. Mai und bezweifelten die Gewerkschaftsbeamten als Hemmnis der Arbeiterbewegung. Nachdem Genosse Groger in seinem Schlusswort auf die Ausführungen der Diskussionsredner eingegangen und die Vorbesprechungen des linken und rechten Flügels mißbilligt hatte, eruchte der Vorsitzende die Versammlung, im Sinne der gefassten Beschlüsse tätig zu sein. Genosse Raay forderte dann noch zu reger Agitation für die am 17. Oktober stattfindende öffentliche Protestversammlung gegen den Lebensmittelwucher auf.

### Neuenhagen (Dübahn).

Aus der Gemeindevorstellung. Die Jahresrechnung pro 1910 weist eine Einnahme von 171.006,25 M. und eine Ausgabe von 153.670,98 M. auf; hiervon hat das Kleinstrentendienst 33.555,46 M. Einnahme und 33.967,35 M. Ausgabe. Die Herstellung der vielen kleinen Anschlüsse, dagegen eine zu geringe Abnahme von Licht und Kraft, zwingen zur Einführung der Verpflasterung einer Mindestabnahme. — Die Kosten zum Erwerb des Platzes am Bahnhof und der Verbreiterung der Lindenstraße sind aus dem sogenannten Fonds für Gemeindegewerke entnommen worden; aber die Rechtmäßigkeit dieser Kostendeckung war man geteilter Meinung. — Der Beitrag der Gemeinde zu den Kirchenlasten betrug im Rechnungsjahr 1910 1208,11 M. Diese Summe wird nicht durch besondere Steuer aufgebracht, wie bei der katholischen Kirche, sondern wird durch die Allgemeinheit besteuert; daher müssen nicht nur diejenigen, welche der Kirche

überhaupt nicht mehr angehören, zu dieser Summe beitragen, sondern auch die Steuerzahler katholischer Konfession.

An Schullasten sind 13.188 M. zu verzeichnen. — Die Gemeindevorstellung beschloß, den Ueberfluß der Gesamtrechnung in Höhe von 17.335,29 M. der nächstjährigen Rechnung vorzutragen. Der Förderung des Genossen Krieger auf prozentuale Belastung des Ortsbezirks zu den Erwerbskosten des neuen Schulgrundstücks wurde von dem Schulvorstand durch Aufstellung eines 9000 M. betragenden Nachtragsplans teilweise entprochen. Der Ortsbezirk trägt dazu 748 M. und der Staat ganze 200 M. bei; mithin bleiben durch die Gemeinde 8652 M. aufzubringen. 7000 M. davon sind mit Genehmigung des Landrats aus dem Aufstellungsgeldfonds und 1652 M. aus laufenden Mitteln zu entnehmen. — Die Absicht des Schulvorstandes, an der Niederhaiderstraße nur ein vierklassiges Schulgebäude errichten zu lassen, wurde ganz energisch bekämpft; fast einmütig verlangte die Vertretung die Errichtung einer der Reuezeit entsprechenden, dem aufstrebenden Ort entsprechenden und in hygienischer Hinsicht mit allen Einrichtungen ausgestatteten Volksschule. Dem Gemeindevorsteher, als Mitglied des Schulvorstandes, wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die Vertretung gewillt ist, eventuell die Mittel zu versagen, wenn man dem Willen der Gemeindevorstellung nicht Rechnung trägt. — Die herabgesetzte Art, in welcher der Gemeindevorsteher das, unseren Parteigenossen schon bekannte Resultat der von denselben vorgenommenen Arbeitslorenzählung auf Anfrage des Herrn Krieger erst jetzt der Vertretung bekannt gab, wurde vom Genossen Krieger gebührend zurückgewiesen.

### Friedrichshagen.

Ueber Heine als politischen Dichter referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Konrad Hansen. Hierauf erstattete Genosse Wiele den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Den des Jenaer Parteitages gab Genosse Berger, der die wichtigsten Momente desselben hervorhob. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Hierauf gab Genosse Wiele bekannt, daß am Donnerstag, den 5. d. Mts., im Conradschen Lokal eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Ströbel über Lebensmittelteuerung referieren wird. Das Stifungsfest des Wahlvereins findet am 21. Oktober statt.

### Petershagen bei Fredersdorf.

Aus der Organisation. In der in Petershagen stattgefundenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst der Kassierer Bericht über das letzte Halbjahr. Einer Einnahme von 484,40 M. steht eine Ausgabe von 487,34 M. gegenüber. Die hieraus vorgenommene Wahl der Bezirksleitung hatte folgendes Ergebnis: 1. Bezirksleiter Hölsharth (Petershagen), 2. Bezirksleiter Ofentastler (Petershagen), Kassierer Schworzhäuser (Petershagen), Schriftführer Bräuning (Petershagen), Revisor Börlisch und Tische (Petershagen), Revisoren Jufelde (Petershagen) und Ritting (Fredersdorf). Unter Verschiedenem wies Genosse Hölsharth noch darauf hin, daß, sobald die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ zirka 200 beträgt (jetzt 173), die Zustellung eine bessere werden soll, indem durch Neueinstellung noch eines Boten jeder Ort besonders bestellt wird. Des weiteren sprach Redner den Wunsch aus, daß sich die Genossen in Zukunft zahlreicher wie bisher an den Parteiarbeiten beteiligen möchten. Zum Schluß wurde noch auf die am Sonntag, den 1. Oktober in Neuenhagen bei Wortmann stattfindende Bezirksvertreterkonferenz aufmerksam gemacht.

### Bernau.

Ein „fetter“ Konkurs. Eine selten niedrige Dividende ist in dem Konkurs des hiesigen Bürgerlichen Brauhaus zu verzeichnen gewesen. Die zahlreichen Gläubiger erhalten nämlich nicht mehr und nicht weniger als 0,563 Proz. Einem Gläubiger, der hiernach eine Quote von 18 Pf. zu beanspruchen hatte, wurden dieser Tage nach Abzug des Portos und Bestellgeldes ganze drei Pfennige ausgezahlt. Dafür sollte der Gläubiger auch noch den Empfang des Geldes dem Konkursverwalter bestätigen, so daß er also noch 2 Pf. hätte zugahlen können.

### Hohen-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung wurden 169 M. Beiträge zur Ruhegehaltskasse für Lehrer und Lehrerinnen sowie die Kosten für die Einrichtung von zwei Schulklassen bewilligt. Einen Antrag des Laubstummensheimers hier, auf Ertrag der Grundversteuerung, lehnte die Vertretung einstimmig ab. Das Einkommen eines neu anzustellenden Maschinenmeisters für die neue Pumpstation wurde trotz Protestes unserer Genossen nur mit 1800 M. Jahreseinkommen und freier Wohnung beschloffen.

### Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorstellung. Auf die vom Genossen Breitmann in der letzten Sitzung gestellte Anfrage bezüglich des Salzpergels des zum Bau der höheren Mädchenschule verwendeten Steine erklärte im Namen des Gemeindevorstandes Baumeister Schulz, daß die Steine einwandfrei seien. Ferner hatte Genosse Breitmann gemündigt, daß die jüngeren Schulkinder aus Wilhelmshagen nur vormittags Unterricht haben sollen, damit sie den weiten Weg nur einmal zu gehen brauchen. Die Schuldeputation hat sich damit beschäftigt und beschloffen, den Nachmittagsunterricht ausfallen zu lassen. Der Antrag des Grundbesitzervereins um Durchlegung der Wäckerstraße nach der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde der Baukommission überwiesen. Zur Unterstützung des Schuldieners in der Gemeindevorstellung Charlottenstraße wurde eine Hilfskraft angestellt, die 20 M. monatlich und freie Wohnung, Licht und Heizung verlangt. Zu dem Nachtrag der Baupolizeiordnung für die Vororte Berlins wurde Stellung genommen; es hat sich ergeben, daß der Nachtrag einige Vorteile enthält, aber auch schwerwiegende Nachteile. Die Vertretung beschloß, mit der Angelegenheit die Bauplankommission zu beauftragen und sie zu ermächtigen, eine Petition um Abänderung der betreffenden Paragraphen an die Regierung zu richten. Die erste Arbeit für die Heizungs-, Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen des Neubaus der höheren Mädchenschule wurde der Firma Brodmann-Charlottenburg zum Preise von 17.690 M. übertragen, die übrigen Anlagen der Firma Sörensen u. Co.-Berlin für 11.551 M. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

### Notawies.

Einen Fall von Arbeiterterrorimus konstruiert die konservative „Votsdamer Tageszeitung“ indem sie über das wüste Auftreten eines arbeitswichtigen Messerhelden folgendes schreibt: „Ein Messerstecher ereignete sich gestern (Sonntag) nachmittag um 2 1/2 Uhr in der Ahornstraße. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen soll der Messerstecher in der Kotzebel gehandelt haben. Angeblich hatte man ihn schon lange gedrängt, sich der Sozialistenpartei anzuschließen und auch gestern solche Versuche wiederholt. Da er sich beharrlich sträubte, hätten sechs Mann gegen ihn Stellung genommen, von denen ihn zwei mit den Stielabläßen ins Auge und ins Gesicht getreten.“ Diese Darstellung entspricht keineswegs den Tatsachen. Nach Aussage von Augenzeugen trug sich der Fall folgendermaßen zu: Der Lokaler Heinrich Kohlschmidt, der bereits öfter Arbeitswiderstande berichtet haben soll und von seinen organisierten Kollegen gemieden wird, kam am Sonntagnachmittag in die Gastwirtschaft Edel Ahorn- und Großbeerstraße und begann nach kurzer Zeit mit einigen der Gäste, Arbeitern der Dreschmühlens Fabrik, einen Streit, in dessen Verlauf er mehrmals energisch abgewiesen wurde. Schließlich verließ er das Gastzimmer, stellte sich jedoch im Vorgarten auf und zog einen Revolver aus der Tasche, um auf die Zurückgebliebenen durch die offenstehende Tür zu schießen. Zum Glück gelang es einem der Gäste, dem K. die geladene Waffe zu entreißen. Hierüber in Wut geraten, zog er nun sein Taschenmesser und drohte, jeden, der herauskomme, „altzumahen“. Um ein Unglück zu verhüten, verurteilten einige der Gäste, ihm das Messer wie ein Rasiermesser zu geben, so daß drei von den Gästen zum Teil schwere Verletzungen erlitten und verbunden werden mußten. Ein Verletzter mußte ins Oberlin-Kreiskrankenhaus gebracht werden.



— Und ein solches Subjekt sollen organisierte Arbeiter verurteilt haben, für die Sozialdemokratie zu gewinnen? Das können allerdings nur solche Leute glauben, die ihre geistige Nahrung aus den Spalten des Potsdamer „Intelligenzblattes“ schöpfen.

**Potsdam.**  
Der polizeilichen Aufmerksamkeit erfreut sich in letzter Zeit auch der hiesige Arbeiterturnverein „Freisch Auf“. Der Verein turnt zurzeit mangels eines entsprechenden Raumes im benachbarten Bornim. Dieser Tage erschien nun abends zur Turnstunde der Gendarm aus Eiche in Begleitung eines Polizeibundes, während sich ein zweiter Begleiter, ein Potsdamer Kriminalbeamter, in der Nähe anhielt. Der Gendarm ließ den Vorsitzenden des Vereins herandrufen und richtete an ihn die Frage, ob Jugendliche im Verein seien, weiter nannte er verschiedene Namen von Personen, von denen er zu wissen glaubte, daß sie dem Verein angehörten; dann wollte er die Namen der jugendlichen Personen wissen, die zurzeit als Gäste mitturnen. Auch wollte er wissen, ob der Turnwart geprüfter Turnlehrer ist, welche Zeitung die Vereinsmitglieder lesen und ob der Verein dem Arbeiterturnbund angehört. Da ihm der Vorsitzende seinen Wissensdrang nicht stillte, zog der Beamte unberichteter Weise von dannen.

Die Konsumgenossenschaft „Foschung“ für Potsdam und Umgebung hat sich, wie aus dem in der Generalversammlung gegebenen Bericht des Geschäftsführers zu entnehmen ist, auch im 7. Geschäftsjahr gut entwickelt. Die Mitgliederzahl ist um 256 gestiegen und beträgt jetzt 1219. Der Umsatz stieg von 204 258 M. auf 327 314 M. Die Genossenschaft hat sich an der gemeinsam mit dem Konsumverein Romawes erbauten Bäckerei mit 30 000 M. beteiligt. Die Bankbestände einschließlich Kassenbestand betragen 30 050 M., die Beteiligung an der Grobeinkaufsgesellschaft 1533 M., das Inventar und Gesamtkonto 2500 M. und der Warenbestand rund 32 000 M. Die Kassen sind die Mitgliederzahl mit 15 590 M.; die verschiedenen Reserven sind mit 7417 M. bezeichnet und werden nach den Beschlüssen der Generalversammlung um 4000 M. vermehrt; an Grundstücksanteilschemen sind für 6490 M. ausgegeben. Die von den Mitgliedern eingezahlten Spargelder haben die Höhe von 48 698 M. erreicht. Die aufgegebenen Mitgliederbeiträge betragen 16 749 M. Diesmal sollen insgesamt 5 1/2 Prozent zur Auszahlung kommen. In der Verschmelzungsfrage mit dem Konsumverein Romawes wies der Genosse Schulz-Kowawes auf Grund der von seiner Verwaltung gefaßten Beschlüsse nach, daß auch sie bemüht sei, einen Ausgleich der noch bestehenden Gegensätze zu schaffen. Für den weiteren Ausbau der Genossenschaft wurde i. r. Verwaltung die Vollmacht gegeben, im

gegebenen Fall in Glindow und im südlichen Teil der Stadt Potsdam noch eine Verkaufsstelle zu eröffnen. In den organisierten und aufgelierten Arbeitern in diesen Gegenden liegt es nun, durch zahlreichem Beitritt dafür zu sorgen, daß diesen Beschlüssen recht bald die Tat folgt. Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Punkte wurde der Genosse Stoop, welcher sein Amt als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt hatte, als solcher wiedergewählt.

**Eingegangene Druckschriften.**

Die Freiheit. Roman von Hiesbet Dill. 4 B., geb. 5 M. — Abenteuerliche. Von H. Delmeil. 3 B., geb. 4 M. — Die Wege des Freiherrn von Wolfburg. Roman von Gräfin E. Ulfst. 4 B., geb. 5,50 M. — Deutscher Dichterwald. Lyrische Anthologie, begründet von G. Scherer, bearbeitet von H. Ruffner. Geb. 7 M. — Max Liebermann. Des Meisters Gemälde in 308 Abbildungen. Herausgegeben von G. Baulh. (Künstler der Kunst in Gesamtausgaben, 10. Band.) Geb. 7 M. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.  
Die Schuhmacherei in Deutschland im Lichte der antiken Berufs- und Betriebsbedingungen von 1882 bis 1907. 31 S. Herausgegeben vom Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands. Selbstverlag in Nürnberg.  
Kiehlings Berliner Berkehr. Winter 1911/12. Kursbuch. 40 Bl. H. Kiehlings, Berlin, Kleinbeckstr. 26.

# Sunlicht Seife

10 & 25 Pfennig



Bravo! „Bravo“ sagt entzückt das Frauchen, „So hätt'ich mir's nicht gedacht!“ „Wundervolle Sunlichtseife!“ „Wäsche blütenweiss sie macht!“

## Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 4. Oktober 1911:  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
A. Opernhaus, Bohème.  
R. Schauspielhaus, Penitente.  
Deutsches, Penitente.  
Haberland, Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania, Taubenstraße 48/49.  
Geschmisse der belebten Natur.  
Festung, Glaube und Gelmat.  
Neues Kgl. Opernhaus, Faust.  
Kammerspiele, Komödie der Jungen.  
Neues Schauspielhaus, Josephine.  
Kleines, Papa.  
Neues Operetten, Die schöne Helena.  
Berliner, Bummelstudenten.  
Luisenpark, Der Großfürst.  
Schiller, O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.  
Schiller, Charlottenburg, Zopf und Schwert.  
Geibel, Bild, Schauspielhaus, Moral.  
Neues, Die Näherin.  
Wehen, Die Dame in Rot.  
Komische Oper, Die teuflische Schwärze.  
Hoftheater, Ein Walzer von Chopin.  
Thalia, Volksliche Wirtschaft.  
Königsgräberstraße, Spielereien einer Kaiserin.  
Trionon, Ihr Alibi.  
Hof, Der Glockenguß zu Breslau.  
Luffen, Die Nacht der Liebe.  
Garten, Der selbige Holschinsky.  
Hof, Spezialitäten.  
Wintergarten, Spezialitäten.  
Wassag, Die Nacht von Berlin.  
Wassag, Spezialitäten.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Königsgräber, Spezialitäten.  
Gartenfeld, Schmerzlose Behandlung.  
Das Kind der Firma.  
Kofe, Die Näherin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Hof, Caprice. Kobi Krach, Nr. 14.  
Walhalla, Luffen, das hat eingelagert.  
Hof, Dach- und Schließgesellschaft.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Belle Alliance, Der Sittenapostel.  
Futimes, Lou - Liebesbesen.  
Neues Volkstheater, In Behandlung.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Die Dame in Rot.  
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
Ein Walzer von Chopin.  
Schwan in 3 Akte v. Adoult u. Barré.  
Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bohlen-Danders.  
Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Mittwoch, 4. Oktober, abends 8 Uhr: Moral.  
Donnerstag 8 Uhr: Judith.  
Freitag 8 Uhr: Moral.  
Sonntag 8 Uhr zum erstenmal: Die Legionäre.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Mittwoch, 4. Okt., abends 8 1/2 Uhr: Der Sittenapostel.  
Donnerstag und Freitag: Der Sittenapostel.  
Luisen-Theater.  
Mittwoch und folgende Tage: Die Nacht der Liebe.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die drei Hauemännerchen.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Peitsch.  
Schauspiel in 4 Akten von R. v. Holtz.  
Donnerstag: Richters Millionen.  
Sonntag nachm.: Prinzessin Edeltraut.

**Metropol-Theater.**  
Die Nacht von Berlin!  
Große Abendrevue in 7 Bildern von Zul. Freund. Musik von B. Holländer.  
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr:  
10 sensationelle Novitäten.  
Experimentell-Pathologie.  
Leo Erichsen  
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel Tangel  
Neu Horter Burleske-Gesellschaft usw.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
die japan. Mimosendramatikerin mit ihrer Truppe i. ihr. Mimosendramen.  
Ali Ben Hamad-Truppe, 15 eingeb. Springer a. Agadr.  
Georg Kaiser in ihren Putzi Cassani Parodien und das  
gr. Oktober-Progr.  
14 Spezialitäten.

**SPORTPALAST**  
Potsdamer Str. 72  
Allabendlich: Hural Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw.  
Zirka 200 Mitwirkende.  
2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.  
Grüster Eispalast der Welt!

**CLOU**  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.  
Gr. Doppel-Konzert.  
Musikchor d. Garde-Füsiliers-Regiments.  
Obermusikmeister Dippel.  
Musikchor des 2. Garde-Dräger-Regts.  
Obermusikmeister Peschke.  
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Herrnfeld Theater**  
Noch nie dagewesener Lacherfolg!  
Das Kind der Firma  
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung  
Anfang 8 Uhr.  
Bortel. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

**Neue Welt**  
Hasenheide 108/14 Hasenheide 108/14  
Mittwoch, 4. Oktober, abends 8 Uhr:  
Polnische Wirtschaft.  
Repertoire-Casse des Berliner Thalia-Theaterd.  
Vorverkauf: Entree 10 Pf., Balkon 75 Pf., 2. Parterre 1 M., 1. Parterre 1,25 M. bei J. Böckmann, Rixdorf, Bergstr. 135, Krüger u. Oberbek, Hermannplatz 1 und Neue Welt.

**Ausstellung Nordland**  
Kurfürstendamm 151  
(frühere Rollschuhbahn — nahe Ringbahnhof Halensee).  
Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 11 Uhr nachts.  
Vorführungen von 4 Uhr ab.  
125 Polarbewohner  
bei Arbeit, Sport und Spiel.  
Original-Hütten u. Zelte, Hausindustrie.  
Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf.  
Eintrittspreis in die Vorführungshalle 30 Pf.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Dr. W. Berndt: Geheimnisse der belebten Natur in lebenden Bildern.  
Das Programm der Hörsalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

**Zirkus A. Schumann.**  
Heute abend 7 1/2 Uhr: Brillante Vorstellung mit auserwähltem Programm und 9 1/2 Uhr:  
1000 Jahre Meeresgrunde  
Große Feerie in 5 Bildern, wovon besonders hervorzuheben: 2. Bild: Maurischer Palast; das märchenhafte orientalische Ballett. 4. Bild: Dampfer auf hoher See; Explosion u. Untergang; Rettung im Aeroplan. 5. Bild: Palais de Danse; das glänzende Balabile.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Kobi Krach.  
Unter Teil.  
Nr. 14.

**Castans Panoptikum.**  
Corso-Varieté.  
Friedrichstr. 165.  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
u. a.: Die Zwergin-Mutter u. ihre Tochter  
12 Attraktionen 12  
Entree 50 Pf.

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Allabendlich der neue Berliner Pöffen-Schlager Der selbige Holschinsky.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Papa Ritsche.  
Noack's Theater.  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnentstraße 16.  
Der Glockenguß zu Breslau.  
Schauspiel in 3 Akte von Wagnier.  
Const. Geim, Glockenstr., Dir. H. Dill.  
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., 60 Pf. u. 1 M.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße  
Eis-Arena.  
Täglich f. Schlittschuhläufer u. Zuschauer ab 10 Uhr vorm. geöffnet. — Nachmittags von 4 1/2 Uhr Militärkonzert, bis 7 1/2 Uhr: abwechselnd d. Kapelle d. 2. Garde-Dräger-Regts. u. 3. Garde-Feldart-Regts. und Regiments Garde du Corps. 7 1/2 Uhr: Produkt. d. Solokräfte.  
Abends: Montreal, Lichterlinze, Bänderreigen, Apacheutze, Pushballsp. etc.  
Kapelle Einöshofer u. pers. Ltg. d. Kpllmst. Einöshofer.  
Erstklassige Restauration bis 1 Uhr nachts.  
Bis 8 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

**Zirkus Busch**  
Heute abend 7 1/2 Uhr: Gr. Gala-Vorstellung! Die größte und letzte Attraktion aus Karl Hagenbecks berühmten Tierpark Stellingen: Die beiden Menschenaffen „Max und Moritz“. Kurzes Gastspiel.  
Die 4 Orig. Perez m. ihr. staunenswerrenden Produktionen.  
Herr Ernst Schumann, Nendras.  
Gedr. Marjalis, hervorr. Clown.  
Frl. Anna Stennis, Schulfreierin.  
Um 9 1/2 Uhr zum 15. Male: Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

**Trionon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ihr Alibi.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Meysol, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Schubert, Grünig A. u. R. Schrader.  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Volks-Theater.**  
Rigor, Hermannstr. 20.  
Sonntag, 8/10: Wack u. Schlichgesellschaft. Schwan in 3 Akten von Rich. Manz.  
Montag, 9/10: Die Cameliendame. Drama in 5 Akten von Dumal fils.

**Königstadt-Kasino**  
Goldmarthstr. 72, Ecke Regard-Str.  
Täglich:  
Erstklass. Spezialität an Bild wochent. 8, Sonntag 6 1/2 Uhr.  
Ab Sonntag, d. 8. Oktober cr., beginnen Familien-Nachmittags-Vorstellungen um 4 Uhr zu ermäßigtem Preisen. (Entree 20 Pf.)

**Voigt-Theater**  
Schindbrücken, Badstraße 58.  
Mittwoch, den 4. Oktober 1911:  
Wack u. Schlichgesellschaft, ft.  
Schwan in 3 Akten von R. Manz und J. Winter.  
Rassenerstraße 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Germania-Prachtsäle**  
N., Chausseestr. 110. Carl Richter.  
Jeden Mittwoch:  
Paul Mantheys lustige Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem Freitanz.  
— Borzugskarten gelten. —  
Morgen Donnerstag:  
Gr. Militär-Streichkonzert.  
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



# Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

## Acht allgemeine Mitglieder-Versammlungen.

**Heute Mittwoch, 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:**

**Norden und Moabit:** Hensels Festsaal, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstraße.

**Süden und Südosten:** Muhs Festsaal, Mantelstr. 95.

**Osten:** Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29 (oberer Saal).

**Westen, Südwesten, Schöneberg u. Wilmersdorf:** „Königshof“, Bülowstr. 37.

**Morgen Donnerstag, 5. Oktbr., abends 8 1/2 Uhr:**

**Charlottenburg:** „Volkshaus“, Rosinenstraße 3.

**Rixdorf:** Cabbert, Steinhewerstraße 114.

**Friedrichsberg-Lichtenberg:** Schulz, Kronprinzenstraße 47, Ecke Schornweber Straße.

**Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde:** „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schönebergstr.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

### Unsere Organisation und Agitation.

Referenten die Kameraden: Hinrichsen, Knüpfer, Witt und Ziege.

Das Erscheinen aller Mitglieder in diesen Versammlungen ist Ehrenpflicht.

254/20

Der Vorstand.

**Zur Beachtung!** Gemäß den Bestimmungen unseres Tarifvertrages tritt am Montag, den 2. Oktober, der 90 Pf.-Stundenlohn in Kraft. Solche Unternehmer, die gegen diese Bestimmung verstoßen, sind unserem Verbandsbureau sofort mitzuteilen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Col I. Amt 3, 1209. Verwaltungsstelle Berlin: Charlitzstr. 3. Hauptbüro: Col III. Amt 3, 1937.

Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr:

### Versammlung

aller in den Eisengießereien Berlins u. Umgegend beschäftigten Former und Berufsgenossen in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der stattgefundenen Verhandlungen. 2. Diskussion. Wir erwarten das persönliche und vollständige Erscheinen aller organisierten Kollegen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

### Achtung! Gürtler. Achtung!

Donnerstag, den 5. Oktober, abends 6 Uhr:

### Versammlung

aller in Gürtlereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Die jetzige Situation in der Goldmetallindustrie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! Es wird bestimmt erwartet, daß niemand in dieser Versammlung fehlt. Alle müssen erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert!

199/19 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Kammacher.

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 Uhr:

### Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Tages-Ordnung:

1. Die Beschlüsse der Unternehmerorganisation. Referent: Kollege Gildbrand. 2. Branchenangelegenheiten.

### Ladeneinrichtungs- u. Kontormöbelbranche

Sonntag, den 8. Oktober, abends 6 Uhr:

### Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die Frau in der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Margarete Philipp. 2. Nach dem Vortrag: Tanz und musikalische Unterhaltung. Die Kollegen werden gebeten, ihre Frauen mitzubringen.

Sehr besuchtes

### Garten-Restaurant

mit reichlicher, sehr neuer Einrichtung für circa 300 Personen, mit zum Teil geschützter Aussicht, billig zu verkaufen. Auszahlung 16.000 Mark. Wohnhaus 12 Zimmer, großes Saalgebäude, Bade- und Bootshaus, Regalbohrer, Ausrüstung, circa 2 Wägen groß am Wald und Wasser gelegen. Wasserleitung mit Berlin. Anfragen E. H., Postamt 31, Berlin.

### Steyppeden

in sauberster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt in der Fabrik

Bernhard Strohmandel, Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Ecke Soyedstr.

(Zweilageschäft) W., Joachimsthaler Straße 25/26. Reparaturen u. Aufstellungen billig. Musterkatalog gratis u. franco

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barck, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



## H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42 Berlin C Spandauer Str. 70-71

## Grösstes Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

Der neue Winter-Katalog ist erschienen und wird auf Wunsch portofrei übersandt!

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang erbeten!

## Robert Baumgarten Damen-Konfektion

Engros Export

Hausvogteiplatz II

1. Etage (kein Laden) schrägüber Untergrundbahnhof (an der Jerusalemer Straße)

- verkauft auch einzeln
- Paletots
- Kostüme
- Kostüm-Röcke
- Abend-Mäntel
- Golf-Jackets
- Mädchen-Paletots

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet!

## Beinleiden.

Dr. med. Paekelmanns Spezialinstitut Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6. Mittwoch u. Sonntag 9-12.

## Möbel

Spezial-Geschäft

Auch

## Teilzahlung

Große Frankfurter Straße 45-46, I u. II

Wilhelm

## Misch

### Ohne jede Anzahlung

## Pianos

erstklassiges Fabrikat (dual prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stahlarbeiten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. Berlin, Ansbacher Str. 1. Conrad Krause Nachf. Auch Sonntags geöffnet.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Sahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
- W. G. Schmidt, Kirchdammstr. 14.
- O. H. Sadelbush, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 88. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
- NO. 2. Lucht, Immanuelstr. 12. N. Neul, Bernstr. 42.
- N. W. Baumann, Weinbergstr. 67. F. Trapp, Stettiner Str. 18.
- Karl Marx, Breitenburger Str. 27. J. Gönisch, Kaiserstr. 49.
- G. Vogel, Varyingstr. 37. H. Tieg, Invalidenstr. 124.
- E. Dehnd, Kueperstr. 24.
- NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8. Pabewenz, Göttemstr. 29.
- SW. G. Werner, Gudenauer 72. Doehn, Hagedorfer Str. 27.
- S. St. Fris, Brinzerstr. 31. J. Gutschmidt, Kollhofer Damm 5.
- SO. Paul Böhm, Kollhofer Platz 14/15. W. Gerich, Engelauer 15.
- Adlershof. Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
- Baumgartenweg. G. Gornig, Bismarckstr. 13, I.
- Borsigwalde. Paul Kienast, Kollhoferstr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Edarberg, Seelenheimer Str. 1.
- Friedrichshagen. Erich Werthmann, Röhrenstr. 18.
- Grünau. Franz Klein, Friedländerstr. 10.
- Johannisthal. Heilige, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
- Kerishorst. Richard Ritter, Köpenickerstr. 9, II.
- Köpenick. Emil Köhler, Riechstr. 6, Laden.
- Lichtenberg. Otto Zeiler, Gartenbergstr. 1.
- Nieder-Schöneweide. Gebr. Dehler Str. 4.
- Nowawes. Wilhelm Juppe, Friedländerstr. 7.
- Ober-Schöneweide. Alfred Sader, Wilhelmstr. 17, II.
- Pankow. Otto Rihmann, Kollhoferstr. 20.
- Reinickendorf. G. Gurich, Bräutigamstr. 56, Laden.
- Rixdorf. W. Heinrich, Köpenickerstr. 2. Conrad, Germaniastr. 60.
- E. Mohr, Auguststr. 29/30.
- Rummelsburg. H. Roicentrang, III-Friedhof 56.
- Schöneberg. Wilhelm Dämmer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau. Köppen, Weilerstr. 64.
- Steglitz. G. Berner, Köpenickerstr. 6.
- Tempelhof. Franz, Berliner Str. 76, Laden.
- Treptow. Robert Gramenz, Kollhoferstr. 412, Laden.
- Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 103. Schiller, König-Charles-Str. 39a.
- Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 16, Hof parterre.